ARBEITSPAPIERE ZUR LATEINAMERIKAFORSCHUNG

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine

III-08

Jan Schikora

"Politik jenseits der vermachteten Strukturen" – Zur Bedeutung sozialer Bewegungen für den Demokratieprozess in Brasilien

Arbeitskreis Spanien - Portugal - Lateinamerika Universität zu Köln ISSN 1616-9085

Inhaltsverzeichnis

1	Untersuchungsgegenstand	7
2	Theoretische Analyse der Demokratisierungspotenziale sozialer Bewegungen	10
2.1	Die Grundstrukturen sozialer Bewegung in Lateinamerika	10
2.2	Ursprung, Charakter und Grundlagen sozialer Bewegungen	11
2.3	Das Verhältnis sozialer Bewegungen zu Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit	13
2.4	Funktionen und Potenziale sozialer Bewegungen in Demokratieprozessen	15
2.5	Die Demokratisierungspotenziale sozialer Bewegungen – Versuch einer Systematisierung	18
3	Die brasilianische Demokratie: Theorie und Wirklichkeit	20
3.1	Der Weg zur Verfassung von 1988	20
3.2	Defizite des realen politischen Systems	21
	Parteien, politische Eliten und Abgeordnete	21
	Rechts- und Sozialstaatlichkeit	23
3.3	Die politische Kultur des Landes	25
3.4	Neues Entstehen sozialer Bewegung in Brasilien	26
4	Das Wirken sozialer Bewegungen auf den brasilianischen Demokratieprozess	30
4.1	Die Landlosenbewegung	30
	Interne Verfasstheit	32
	Grundlagen der kollektiven Identität	34
	Das individuelle politische und gesellschaftliche Umfeld	36
	Das Spektrum der Aktions- und Protestformen	38
	Die Rezeption in der Öffentlichkeit	40
	Einschätzung des realen Demokratisierungspotenzials	42
4.2	Die indigene Bewegung	44
4.2.1	Interne Verfasstheit	46
4.2.2	Grundlagen der kollektiven Identität	48
4.2.3	Das individuelle politische und gesellschaftliche Umfeld	50
4.2.4	Das Spektrum der Aktions- und Protestformen	53
4.2.5	Die Rezeption in der Öffentlichkeit	54
4.2.6	Einschätzung des realen Demokratisierungspotenzials	55
4.3	Die städtische Frauenbewegung	57
	Interne Verfasstheit	60
4.3.2	Grundlagen der kollektiven Identität	61
4.3.3	Das individuelle politische und gesellschaftliche Umfeld	63
	Das Spektrum der Aktions- und Protestformen	65
4.3.5	Die Rezeption in der Öffentlichkeit	66
	Einschätzung des realen Demokratisierungspotenzials	67
5	Fazit	71
6	Literaturverzeichnis	75

Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung

Herausgegeben von Christian Wentzlaff-Eggebert und Martin Traine

III-08 Politikwissenschaft

Köln: Arbeitskreis Spanien-Portugal-Lateinamerika, 2001 Redaktion: Julia von Rümker, Wolfgang Bauchhenß

ISSN 1616-9085

Download und weitere Informationen unter http://www.uni-koeln.de/phil-fak/aspla

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle	Kategorien zur Beurteilung des Potenzials sozialer Bewegungen in Demokratieprozessen	18
Abb. 1	Social Movement Activities in Brazil (Quelle: Foweraker/Landman 1997:120)	28
Abb. 2	Verteilung der agrarischen Nutzfläche in Brasilien/ Stand 1996	
	(Quelle: Atlas Fundiário Brasileiro (INCRA), in: FIAN 1998:13)	30
Abkürzung	gsverzeichnis	
CAPOIB	Conselho de Articulação dos Povos e Organizações Indígenas do Brasil – Artikulation der Indigenen Völker und Organisationen Brasiliens	ısrat
CDMB	Centro de Desenvolvimento da Mulher Brasileira – Zentrum der Entwicklung der brasilianischen Frau	
CEB	Comunidades Eclesiales de Base – Kirchliche Basisgemeinden, in den 70er Jahre gegründet	en
CEPIA	Cidadania, Estudos, Pesquisa, Informação, Ação — Bürgerschaft, Studien, Forsch Information, Aktion (feministische/s Informationszentrum und NGO)	iung,
CFEMEA	Centro Feminista de Estudo e Assessoria – Feministisches Studien- und Beratungszentrum	
CIMI	Conselho Indigenista Missionário – Indigenistischer Missionsrat (der katholische Kirche)	en
CMP	Central dos Movimentos Populares – Zentrale der Volksbewegungen, Mitte der Jahre als Dachverband sozialer Bewegungen gegründet	90er
CNBB	Conferência Nacional dos Bispos do Brasil - Brasilianische Bischofskonferenz	
CNDM	Conselho Nacional dos Direitos da Mulher – Nationaler Rat der Rechte der Frau	Į
COICA	Coordinadora Indígena de la Cuenca Amazónica – Indigene Koordination des Amazonasbeckens	
CPT	Comissão Pastoral da Terra – Landpastorale(-kommission), wesentlich zur Gründung des MST beigetragen	
CUT	Central Única dos Trabalhadores – Einheitszentrale der Arbeiter, autonomer, in 70er Jahren gegründeter Dachverband der Gewerkschaften der Industriearbe	
DDM	Delegacia dos Direitos da Mulher - Kommissariat (zur Wahrung) der Frauenrec	hte
FAO	United Nations Food and Agricultural Organisation – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen	
FIAN	Food First Information and Action Network – "Food First" Informations- und Aktionsnetzwerk, internationale NGO zur Durchsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte	
FUNAI	Fundação Nacional do Índio – Nationale Indigenenbehörde, in den 70er Jahren der Militärregierung Brasiliens gegründet	von
IBASE	Instituto Brasileiro de Análise Social e Econômica – Brasilianisches Institut für So und Wirtschaftsanalysen	zial-
IBGE	Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística – Brasilianisches Institut für Geografia und Statistik	aphie
ila	Informationsstelle Lateinamerika, in Bonn herausgegebene Zeitschrift zu Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Lateinamerika	

ILO International Labour Organisation – Internationale Arbeitsorganisation, 1946 als Sonderorganisation der Vereinten Nationen eingerichtet **INCRA** Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária – Nationales Institut für Kolonisation und Agrarreform (Brasiliens) IWF Internationaler Währungsfond MST Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra – Bewegung der Landarbeiter NGO Non Governmental Organization – Nichtregierungsorganisation (auch NRO) OP Orçamento Participativo – Partizipativer Haushalt, seit 1989 in verschiedenen Teilen Brasiliens (von der PT) auf kommunaler Ebene eingeführtes Konzept zur Beteiligung der Bevölkerung am Entwurf und der Verabschiedung von Haushalten **PCdoB** Partido Comunista do Brasil - Kommunistische Partei Brasiliens mit 7 (von insgesamt 513) Abgeordneten nach den letzten Parlamentswahlen 1998 **PFL** Partido da Frente Liberal – Partei der Liberalen Front, aus der ehemaligen Regierungspartei ARENA aus Zeiten der Militärdiktatur hervorgegangen, mit 105 Abgeordneten nach den Wahlen 1998, momentan eine der zwei stärksten Parteien des Landes **PSB** Partido Socialista Brasileiro – Brasilianische Sozialistische Partei mit 18 Abgeordneten nach den Wahlen 1998 PT Partido dos Trabalhadores (do Brasil) – Partei der Arbeiter (Brasiliens), 1979 neugegründete Partei mit starker Bindung an die Gewerkschaften mit 59 Abgeordneten nach den Wahlen 1998, momentan viertstärkste Partei des Landes União Democrata Ruralista - Demokratische Ruralistische Union, Gründung der **UDR** Land- und Großgrundbesitzer in Reaktion auf die zunehmende Bedeutung der Landlosenbewegung UNI União de Nações Indígenas – Union der Indigenen Nationen, indigene Organisation mit einiger Bedeutung in den 80er Jahren **UNICEF** United Nations International Children's Fund - Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen

"Escuta, no Brasil já teve tudo, mas hoje só temos um bando de cego, surdo, burro e mudo. Ninguém faz nada, nem os governantes nem a massa dominada. O povo é ignorante e o governo é uma piada. E se você não é um ignorante, muito bem, Então pelamorde Deus venha se expressar também.*

Gabriel O Pensador, "Esperanduqué" (1993)

_

^{* &}quot;Hör mal, in Brasilien gab es schon alles,/aber heute gibt es nur eine Bande von Blinden, Tauben, Eseln und Stummen./Niemand tut etwas,/weder die an der Macht noch die dominierte Masse./ Das Volk ist dumm und die Regierung ein Witz./ Und wenn Du nicht genauso dumm bist, sehr gut,/dann, um Himmels willen, fang an, den Mund aufzumachen." Gabriel O Pensador, "Warten auf was?"

1 Untersuchungsgegenstand

Die Bezeichnung der "Politik jenseits der vermachteten Strukturen" geht auf Jürgen Habermas zurück. Der Autor benutzt den Ausdruck, um das in den 90er Jahren zu neuerlicher Bedeutung gelangte Konzept der Zivilgesellschaft zu umschreiben. ¹ In ihm bringt Habermas die Unterscheidung zwischen institutionalisierten staatlichen Organisationen und Strukturen (Kongress, Regierung, Parteien, etc.) – nach ihm gekennzeichnet durch das Attribut der "Vermachtung" – auf der einen, und vergleichsweise gering institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Strukturen auf der anderen Seite zum Ausdruck. Soziale Bewegungen stellen wichtige "Akteure" dieser zivilgesellschaftlichen Sphäre dar. Seit ihrer gezielten Untersuchung in Westeuropa und Nordamerika ab Anfang der 70er Jahre werden ihnen in der Literatur bestimmte Funktionen und Potentiale zugeschrieben, die zur Demokratisierung einer Gesellschaft bzw. eines politischen Systems beitragen können.

Brasilien zählt wiederum zu den Ländern, die im Zuge der dritten "Demokratisierungswelle" erst Mitte der 80er Jahre, nach der Überwindung eines über 20 Jahre währenden Militärregimes, formal in den Kreis der Demokratien zurückgekehrt sind. Zugleich ist Brasilien das Paradebeispiel einer lateinamerikanischen "Demokratie ohne Demokraten"², in der es bisher nicht gelungen ist, die überkommenen autoritären Strukturen vollständig abzulegen. Die demokratische Vergangenheit des Landes beschränkt sich auf vier Jahrzehnte präsidialer Regime zwischen 1889, dem Jahr der Ausrufung der Republik, und 1930, dem Jahr der sogenannten Revolution, in deren Folge Getúlio Vargas sein populistisches Regime errichtete, und weiteren zwei Jahrzehnten nach Überwindung dieses Regimes 1945, die 1964 mit dem Putsch der Militärs beendet wurden. Gerade diese formal gesehen demokratischen Phasen wurden jedoch maßgeblich von den traditionellen Oligarchien, den wirtschaftlichen und zugleich politischen Eliten des Landes geprägt und zeichneten sich durch ein hohes Maß an autoritärer Repression und ein Minimum an Partizipation und Inklusion der breiten Bevölkerung aus. Beispielsweise wurden zwar 1888 die Sklaven in Brasilien als letztem Staat der Welt in die "Freiheit" entlassen, jedoch in der Folge weder sozial noch ökonomisch in die Gesellschaft integriert. Insofern sind viele der Missstände, die heute die demokratische Verfasstheit der brasilianischen Gesellschaft in Frage stellen, historisch bedingt. Es wäre von daher zwar nicht richtig, die junge Demokratie Brasiliens für diese Verhältnisse verantwortlich zu machen, allerdings scheinen sich einige der historisch gewachsenen Defizite auch nach der Überwindung der Militärdiktatur fortzuschreiben, ohne dass der ernsthafte politische Wille erkennbar wäre, diese elementar zu verändern. Mit der Verfassung von 1988 wurden zwar formal demokratische Institutionen und Verfahren etabliert, in der politischen Realität jedoch nicht konsequent mit dem autoritären Erbe gebrochen. So wird das politische System nach wie vor stark von den traditionellen Eliten des Landes beherrscht und zeigt sich in besonderem Maße exklusiv und "vermachtet". Die soziale Polarisierung ist hoch und den verschiedenen Formen von Gewalt kommt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen große Bedeutung bei. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist hingegen mangelhaft. Allerdings hat sich in Brasilien seit den 70er Jahren eine breite und vielschichtige soziale Bewegung entwickelt, die nach neuen Szenarien und Organisationsformen sucht, um die zahlreichen Missstände zu beheben und soziale, politische und kulturelle Veränderungen durchzusetzen.

¹ Habermas 1997

² Der Begriff wurde Dieter Nohlen entlehnt. (Nohlen 2000:169)

Diese Arbeit will dazu beitragen, die Bedeutung und die Rolle sozialer Bewegungen innerhalb der brasilianischen Demokratie – wobei Demokratie generell als ein fortschreitender Prozess behandelt wird – zu erfassen. Können soziale Bewegungen in Brasilien zur Demokratisierung der politischen Kultur und des politischen Systems beitragen? Welche Motivationen bestehen und welche gesellschaftlichen Zustände werden kritisiert? Welche Widerstände treten auf und welche Potentiale werden entwickelt? Zeitlich wird der Zeitraum nach 1988, also nach dem Abschluss des offiziellen Transformations- bzw. Demokratisierungsprozesses, und insbesondere die zweite Hälfte des letzten Jahrzehnts betrachtet. Dabei werden anhand ausgewählter Beispiele Tendenzen und Entwicklungen skizziert, die als Grundlage der individuellen Beurteilungen dienen. Inhaltlich beschränkt sich die Arbeit auf drei Bewegungen, die in ihrer Unterschiedlichkeit die Vielschichtigkeit der "neuen" sozialen Bewegung³ in Brasilien spiegeln. Dabei handelt es sich zum einen um die bäuerliche Landlosenbewegung, die u. a. eine Veränderung der Besitzverhältnisse und die Abschaffung der oligarchischen Machtstrukturen auf dem Lande anstrebt. Des weiteren wird die Bewegung der indigenen Völker betrachtet, deren Engagement vor allem aus ethnisch-kulturellen Gesichtspunkten zu verstehen ist. Sie verzeichnete im Vorfeld der letztjährigen, offiziellen 500-Jahr-Feierlichkeiten der "Entdeckung" Brasiliens durch den portugiesischen Seefahrer Pedro Alvarez Cabral eine neue Dynamik, die sich u. a. in der Kampagne "Outros 500" ("Andere 500 (Jahre)") niederschlug. Schließlich wird die städtische Frauenbewegung untersucht, die zum Teil der feministischen Bewegung europäischen Zuschnitts nahe kommt, sich zum anderen Teil jedoch stark in den Dienst sozioökonomischer Modifikationen und Verbesserungen stellt.

Methodologisch wird dabei im Rahmen der akteurs- bzw. handlungsbezogenen Theorien von der Prämisse ausgegangen, dass die soziale Welt von Akteuren durch ihre Handlungen gestaltet wird und somit grundsätzlich von diesen beeinflussbar ist. Gleichzeitig wird jedoch berücksichtigt, dass die Handlungen der Akteure in erheblicher Weise von den systemischen (Makro-) Strukturen einer Gesellschaft geprägt bzw. beeinflusst werden. So besitzen *Constraints*, also systemisch-strukturelle Restriktionen, für die Bewegungen in Brasilien eine erhebliche Bedeutung. Ohne ihre Berücksichtigung wäre das Entstehen, die Entwicklung und die Ausprägung sozialer Bewegung in diesem Land kaum zu verstehen. Methodologisch manifestiert sich diese Überlegung darin, dass die akteursbezogene Vorgehensweise durch eine systemische Komponente ergänzt wird, die im Rahmen der Arbeit insofern zum Ausdruck kommt, als die Grundstrukturen des realen politischen Systems dargestellt und bei der Analyse der Bewegungen, also der Akteure, als beeinflussende Elemente berücksichtigt werden.

Die Arbeit lässt sich dabei grob in drei Abschnitte unterteilen. Im ersten Abschnitt, dem Kapitel zwei, soll zunächst der theoretische Rahmen des Phänomens sozialer Bewegung erörtert werden. Dabei muss auch auf Unterschiede im Verhältnis sozialer Bewegungen in Lateinamerika zu solchen der Wohlstandsgesellschaften Westeuropas oder Nordamerikas verwiesen werden. Die in diesem Abschnitt erarbeiteten Faktoren interner und externer Art, aus denen sich die individuellen Potentiale der Bewegungen ableiten, dienen am Ende des Kapitels der Erstellung von sechs Kategorien, mittels derer im Hauptteil der Beitrag sozialer Bewegungen für die Demokratisierung von Gesellschaft und Staat in Brasilien systematisiert werden soll.

Das Attribut "neu" bezieht sich in diesem Fall auf das Neuentstehen und die Neustrukturierung sozialer Bewegung im Brasilien der 70er Jahre. Die Bezeichnung soll also keineswegs eine Analogie zu den Neuen Sozialen Bewegungen Westeuropas und Nordamerikas ausdrücken. (siehe hierzu Kapitel 2.1)

Zuvor werden jedoch im Mittelteil der Arbeit, dem Kapitel drei, die Grundzüge des politischen und sozioökonomischen Systems und der politischen Kultur Brasiliens in knapper Form herausgearbeitet. Eine knappe Darstellung des Entstehens der "neuen" sozialen Bewegung im Brasilien der 70er Jahre und deren Entwicklung in den 80er Jahren wird das Kapitel beschließen.

Den Hauptteil der Arbeit bildet dann das dreigeteilte Kapitel vier, in dem das Wesen und Wirken der ausgewählten Bewegungen untersucht wird. Die Ergebnisse der individuellen Analysen differieren dabei zum Teil sehr voneinander, ein Umstand, der letztlich auf die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Charaktere der untersuchten Bewegungen zurückzuführen ist. Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und, wenn möglich, verallgemeinert, um so generell Rückschlüsse auf den Beitrag sozialer Bewegungen zur Demokratisierung von Gesellschaft und Staat in Brasilien zu ziehen.

Der Theorieteil stützt sich vornehmlich auf die Standardwerke von Jean L. Cohen und Andrew Arato Civil Society and Political Theory (Cambridge 1992), Joe Fowerakers Theorizing Social Movements (London 1995), den "historisch-systematischen Grundriss" "Soziale Bewegungen" von Joachim Raschke (Frankfurt/Main 1985) sowie eine Reihe von Aufsätzen und Auszügen aus Monographien, unter anderem verfasst von Jürgen Habermas, Dieter Rucht, Wolfgang Merkel und Carlos Vilas. Der Beitrag, den soziale Bewegungen für den Demokratieprozess in Brasilien leisten, ist hingegen wenig erforscht. Zwar gibt es, gerade im angloamerikanischen Raum, eine Mehrzahl von Studien über soziale Bewegungen in Lateinamerika (z. B. Foweraker, Alvarez, Escobar, Vilas u. a.), die allerdings deren demokratische Potentiale meistens nur peripher oder wenig systematisch untersuchen. In der deutschsprachigen Literatur werden außer dem 1998 erschienenen Werk von Dieter Boris "Soziale Bewegungen in Lateinamerika", das als wichtige Anregung für diese Arbeit diente, die Bewegungen im Rahmen der Zivilgesellschafts- bzw. der Transformationsforschung der "dritten Demokratisierungswelle" fast ausschließlich nur am Rande als Beispiele zivilgesellschaftlicher Akteure behandelt (Merkel, Reusch, Lauth, u. a.). Dafür konzentrieren sich diese Beiträge jedoch auf die demokratische Relevanz der Bewegungen bzw. zivilgesellschaftlicher Akteure allgemein und ergänzen insofern in fruchtbarer Weise die soziologischen Studien sozialer Bewegungen. Neben diesen wissenschaftlichen Materialien stützt sich der empirische Teil, gerade was die jüngsten Entwicklungen in Brasilien betrifft, auch auf eine Vielzahl von Artikeln und Quelltexten aus deutschen, englischen und brasilianischen Periodika und dem Internet.

2 Theoretische Analyse der Demokratisierungspotenziale sozialer Bewegungen

2.1 Die Grundstrukturen sozialer Bewegung in Lateinamerika

Die Bewegungsforschung wird von zwei verschiedenen Schulen bzw. Theorien beherrscht. In Westeuropa ist dies die Theorie der Neuen Sozialen Bewegungen, während in Nordamerika die Ressourcenmobilisierungstheorie dominiert.⁴

Das identitätsbezogene Erklärungsmodell der europäischen Schule untersucht dabei vornehmlich das Phänomen der Neuen Sozialen Bewegungen, die in den 60er und 70er Jahren in den Wohlstandsgesellschaften Nordamerikas und Westeuropas entstanden. Deren Vertreter (u. a. Habermas, Touraine, Offe) sehen soziale Bewegungen als das Resultat tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen an: Deshalb sei das Entstehen der Neuen Sozialen Bewegungen nur vor dem Hintergrund des Wertewandels, der sich in den 60er und 70er Jahren in der Bürgersphäre vollzogen hat, zu verstehen.

Die Ressourcenmobilisierungstheorie setzt hingegen nicht bei den Ursachen an, sondern widmet sich vornehmlich dem Problem der (finanziellen) Mittelbeschaffung. Dabei wird von der Grundannahme ausgegangen, dass soziale Unzufriedenheit zwar universell sei, kollektive Aktionen jedoch abhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen: Je mehr gesellschaftlicher Wohlstand deshalb in einer Gesellschaft vorhanden sei, desto leichter sei der Zugang zu Ressourcen und um so größer die Möglichkeiten sozialer Mobilisierung.⁷

Für den lateinamerikanischen Kontinent muss hingegen konstatiert werden, dass weder die Grundannahmen der Theorie der Neuen Sozialen Bewegungen noch die Ressourcenmobilisierungstheorie sonderlich überzeugen. So wurde der Subkontinent weder von einem soziokulturellen Wertewandel vergleichbar demjenigen Westeuropas erfasst, noch handelt es sich z. B. bei der Landlosenbewegung oder der indigenen Bewegung um Neue Soziale Bewegungen, sondern um spezifisch brasilianische (bzw. lateinamerikanische) Erscheinungsformen sozialer Bewegungen, deren Ursprünge in den Beginn dieses Jahrhunderts zurückreichen. Auch verspricht der Versuch, die Fülle sozialer Bewegungen im struktur- und einkommensschwachen Lateinamerika anhand der Grundannahme der Ressourcenmobilisierungstheorie zu erklären, nicht zu überzeugenden Resultaten zu führen. Im Gegenteil sind hier vielmehr konkrete ökonomische Mangelerscheinungen wichtige Motive für das Entstehen sozialer Bewegung.

Die heutzutage in Lateinamerika existenten Bewegungen entstanden zudem nicht etwa in liberalen Wohlstandsgesellschaften westeuropäischen oder nordamerikanischen Zuschnitts, sondern fast ausschließlich innerhalb autoritärer Militärregime. Sowohl die ökonomischen als auch die politischen und soziokulturellen Ausgangsbedingungen sind somit beim (Wieder-)Aufkommen sozialer Bewegungen in Lateinamerika als grundsätzlich verschieden von denjenigen Westeuropas oder Nordamerikas zu begreifen. So war nach dem vorübergehenden Abebben sozialer Bewegung in Brasilien infolge des Militärputsches von 1964 bei deren Wiederentstehen der Widerstand gegen das herrschende Militärregime eine herausragende Motivation im Wirken der verschiede-

⁴ Vgl. hierzu Foweraker 1995: ff. und Cohen/Arato 1992:49 ff.

⁵ Typische Beispiele sind die Antiatomkraft-, die Friedens-, die Studenten- und die Umweltbewegung.

⁶ Vgl. Foweraker 1995: ff.

⁷ Vgl. Foweraker 1995:1 ff.

⁸ Vgl. Boris 1998:38

⁹ Vgl. hierzu Vilas 1997:5f.

nen Bewegungen, die keine Analogie zu Europa oder Nordamerika zulässt. Zudem standen soziale Bewegungen im Brasilien dieses Jahrhunderts traditionell in engen Patronage- und Klientelbeziehungen mit einzelnen Politikern oder Parteien, zu dessen Überwindung die Repressionen des Militärregimes indirekt beitrugen.

Der Unterschied zwischen den Neuen Sozialen Bewegungen Westeuropas und Nordamerikas und den sozialen Bewegungen Lateinamerikas manifestiert sich auch bei der Analyse der jeweiligen Trägerschaften. Während die Neuen Sozialen Bewegungen Westeuropas und Nordamerikas vornehmlich von Angehörigen der Mittelschicht getragen werden, entwickelten sich in Lateinamerika vor allem die Angehörigen ärmerer Schichten zu den hauptsächlichen Trägern sozialer Bewegungen und zu "neuen" politischen Akteuren. ¹⁰ Eine Vielzahl der lateinamerikanischen Bewegungen besitzt zudem den Charakter von Massen- oder Volksbewegungen, der sich in ihrer Bezeichnung als "movimentos populares" ausdrückt.

Insofern hat Foweraker recht, wenn er konstatiert, dass "[...] social movements change in character and organization with the kinds of political authority they challenge." Nichtsdestotrotz tragen die allgemeinen analytischen und theoretischen Erkenntnisse beider "Bewegungsschulen" dazu bei, auch für Brasilien die Motivationen, Rahmenbedingungen, Charaktere und Potentiale der verschiedenen Bewegungen zu verstehen bzw. einzuschätzen.

2.2 Ursprung, Charakter und Grundlagen sozialer Bewegung

Die Wahrscheinlichkeit des Entstehens sozialer Bewegungen wird in der Literatur eng mit dem Konzept "relativer Deprivation" verknüpft. Danach nehmen bestimmte Bevölkerungsgruppen ein gesellschaftliches Problem wahr, das in der Öffentlichkeit oder der institutionellen politischen Sphäre nicht hinreichend Beachtung findet. Es entsteht ein Empfinden "relativer Deprivation", das sich zu einer sozialen Bewegung ausweiten kann, wenn die Deprivierten einen sozialen Zusammenhang besitzen – etwa über ethnische, kulturelle oder ökonomische Gemeinsamkeiten – oder entwickeln, der als Grundlage ihrer kollektiven Mobilisierung ausreicht.

Soziale Bewegungen sind insofern als kollektive Akteure zu begreifen, die in den Prozess sozialen Wandels eingreifen. Dabei impliziert der Begriff des "Akteurs" keine Einheitlichkeit, sondern steht in der Regel vielmehr stellvertretend für eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen mit verschiedenen Aktionsansätzen und Proteststrategien. Die eigentlichen Akteure sind in den Trägerorganisationen einer Bewegung zu sehen, wohingegen die Bewegungen selbst eher den Charakter von Handlungssystemen in Form mobilisierter, assoziativer Netzwerke von Organisationen und Gruppen besitzen und damit ihrerseits bereits soziale Prozesse in der gesellschaftlichen Sphäre spiegeln. Dieser Prozesscharakter manifestiert sich begrifflich im "Signum von Massenhaftigkeit, Dynamik, Kraft und Vorwärtsstreben", das der "Bewegung" innewohnt. Das Attribut "sozial" impliziert dabei, dass die Gesellschaft für gestaltbar gehalten wird und dementsprechend auf deren sozioökonomische, aber auch kulturelle oder politische Verhältnisse einzu-

¹² Vgl. hierzu z. B. Neidhardt 1994:33

Daneben haben sich natürlich auch in Lateinamerika einige Bewegungen entwickelt, die den "Neuen Sozialen Bewegungen" zuzurechnen wären, wie die Umweltbewegung, die neue feministische Bewegung u. a., die hauptsächlich von Angehörigen der Mittelklasse getragen werden.

¹¹ Foweraker 1995:21

¹³ Vgl. Rucht 1997:391 bzw. Foweraker 1995:23

wirken versucht wird. Ziel kann dabei das Herbeiführen, das Verhindern oder das Rückgängigmachen von sozialem, politischem oder kulturellem Wandel sein.¹⁴

Die empirischen Analysen sozialer Bewegungen ergeben, dass diese bei längerem Fortbestand zu Hierarchisierungen und Institutionalisierungen neigen, die dem *Ad-hoc-*Charakter widersprechen, der ihnen allgemein zugesprochen wird:

"[...] the organization of the new movemençs is variously described as decentralized, nonhierarchical, antioligarchical, open, spontaneous, fluid and participatory. [...] In fact, all movements begin informally and develop some degree of formal organization."¹⁵

Der Grund für diesen Prozess, in dem die losen Netzwerke durch bestimmte Rollenzuweisungen institutionalisiert werden, ist im Ziel der Bewegung begründet, Einfluss auf soziale bzw. politische Prozesse zu gewinnen, zu der es schneller Entscheidungen, permanenter Organe und eines höheren Grades an Organisiertheit bedarf. Zugleich können hieraus jedoch Hierarchisierungsund Spaltungstendenzen resultieren, die den authentischen Bewegungscharakter zu zerstören drohen. Hen den Ablauf solcher Prozesse zu veranschaulichen, bietet sich die Unterscheidung zwischen Träger- und Resonanzgruppe an. Die Trägergruppe wird dabei als der Kreis von Aktiven begriffen, der die Führungsgruppe oder das dynamische Element der Bewegung konstituiert, wohingegen die Resonanzgruppe die passiveren, aber mobilisierbaren Sympathisanten einer Bewegung umfasst. Im Fall der Institutionalisierung wäre eine deutliche Verschiebung des internen Machtgefälles zugunsten der Träger- und zuungunsten der Resonanzgruppe zugrunde zu legen. Sie kann im Extremfall zum Bruch zwischen Träger- und Resonanzgruppe und zum Ersterben der Bewegung führen.

Ein zentraler Faktor dafür, ob eine Bewegung eine solche Entwicklung verhindern kann und über einen längeren Zeitraum als kollektiver Akteur aufzutreten in der Lage ist, ist die Intensität ihrer kollektiven sozialen Identität. Beim Aufbau dieses verbindenden "Wir-Gefühls", das stets aufs Neue vermittelt werden muss, spielen Ziele als Leitbilder des Handelns einer Bewegung eine wichtige Rolle. Bewegungsinterne Ziele können dabei in die komplexere Form der (Bewegungs-) "Ideologie" auf der einen und die konkrete, praxis- und nahzielorientierte (Bewegungs-) "Programmatik" auf der anderen Seite unterschieden werden. Der Ideologie einer Bewegung kommt insofern Bedeutung bei der Ausbildung ihrer kollektiven Identität bei, als diese bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse und Widersprüche als Ursache der Unzufriedenheit hervorhebt, ein alternatives Bild ohne diese Widersprüche entwirft und die Bewegung als die einzige Kraft sieht, die auf dessen Umsetzung drängt. Indem eine Bewegung einzelne Forderungen und Aktionen in ihren ideologischen Gesamtrahmen einordnet, rechtfertigt sie diese vor den eigenen Anhängern und der weiteren Öffentlichkeit. Die Ideologie birgt damit ein wichtiges legitimatorisches Potenzial.

¹⁴ Vgl. Rucht 1997:390f.

¹⁵ Foweraker 1995:43f.; genauso: Cohen/Arato 1992:556f.

¹⁶ Vgl. Cohen/Arato 1992:556f., die diese Situation als das "Dilemma sozialer Bewegungen" bezeichnen.

¹⁷ Vgl. Raschke 1985:127

Als eine Folge dieses Prozesses wäre z. B. das Aufgehen eines aktiven Teils der Bewegung in einer One-Issue-Organisation, Interessengruppe oder Partei vorstellbar. Ein Beispiel hierfür ist die Friedens-, Antiatomkraft- und Umweltbewegung der 70er Jahre, deren Institutionalisierung in mehreren westeuropäischen Ländern zur Gründung der Partei der "Grünen" führte.

¹⁹ Raschke 1985:173f.

Die Programmatik einer Bewegung ist hingegen als die Konkretisierung der abstrakten Ideologie in kurz- und mittelfristigen Teilzielen zu verstehen. Nach Ansicht von Bröckelmann-Simon ergibt sich aus ihr für die Bewegungen ein "Problem des permanenten Erfolgsdrucks", da diese vor dem Hintergrund ihrer strukturellen Instabilität durch konkrete Ergebnisse ständig die Fähigkeit nachweisen müssten, die gesteckten Ziele auch tatsächlich erreichen zu können. ²⁰ Beide Komponenten, Ideologie und Programmatik, sind somit als wichtige Grundlagen kollektiver Identität zu sehen.

Zusammenfassend ist sozialen Bewegungen eine "doppelte Ausrichtung"²¹ zuzumessen: Defensiv versuchen sie, kollektive Identitäten zu festigen, bestehende Assoziationsformen zu erhalten und subkulturelle Gegenöffentlichkeiten und Gegeninstitutionen zu erzeugen; offensiv zielen sie hingegen darauf, Themen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz aufzubringen, Missstände zu kritisieren und auf deren Veränderung hinzuwirken. Die individuellen Potentiale, die hierbei entwickelt werden, hängen intern im wesentlichen von zwei Faktoren ab: zum einen von der internen Verfasstheit einer Bewegung, die als Skala zwischen losem *Ad-hoc-Charakter und fortgeschrittener Institutionalisierung zu charakterisieren ist, und zum anderen von den Grundlagen und der Ausprägung ihrer kollektiven Identität, zu denen insbesondere ihre ideologische und programmatische Ausrichtung zählt bzw. beiträgt.

2.3 Das Verhältnis sozialer Bewegungen zu Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit

Daneben ist es leicht einsehbar, dass die Potentiale sozialer Bewegungen auch von externen Faktoren abhängen. Als solche sind die konkreten und individuellen Umfelder der Bewegungen anzusehen, aus denen sich die Interaktionsmuster zwischen Bewegung und Staat bzw. politischen Institutionen, die Verankerung in der Gesellschaft und die Rezeption in der Öffentlichkeit ergeben.

Der Staat ist dabei – nicht nur in Lateinamerika – als der wichtigste Adressat des Protests sozialer Bewegungen anzusehen, da ihm in modernen Demokratien wesentliche Verantwortung bei der Ausgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen zukommt und er zugleich über die hierfür notwendigen Ressourcen verfügt.²² Daraus lässt ableiten, dass die konkrete Ausformung des Staates bzw. der Institutionen und Strukturen des politischen Systems starken Einfluss auf die Entwicklung und die Gestalt sozialer Bewegungen ausüben. So kann, gerade in defizitären oder defekten Demokratien, das Entstehen sozialer Bewegungen zumindest zu Teilen als direkte Reaktion auf die Defizite des Systems verstanden werden.²³ Andererseits bestimmen die staatlichen Organe mittels ihrer legislativen und exekutiven Macht den institutionellen und rechtlichen Kontext, der Auswirkungen auf soziale Bewegungen haben kann. So können etwa Kontrollinstanzen oder Strukturen und Organe autoritärer, repressiver Natur bestehen oder als Gegenmobilisierung entstehen – z. B. in Form staatlicher, militärischer oder paramilitärischer Kontroll- und Repressionsapparate –, die das Entstehen und die Entwicklung sozialer Bewegung verhindern, behindern oder limitieren können.²⁴

²⁰ Vgl. hierzu Bröckelmann-Simon 1994:326

²¹ Vgl. Habermas 1997:447f.; Cohen/Arato 1992:531f.

²² Vgl. Foweraker 1995:18f., 2 ff.

²³ Vgl. hierzu Foweraker 1995:6 ff.

²⁴ Vgl. Raschke 1985:34 ff.; Foweraker 68f.

Dass umgekehrt das Wirken sozialer Bewegungen und die Artikulation sozialen Protests die institutionalisierte politische Sphäre, den Staat, nicht unbeeinflusst lässt²⁵, ergibt sich aus der Überlegung, dass der Staat in allen politischen Systemen seine Legitimität letztlich am "Legitimitätsglauben der Herrschaftsunterworfenen" bemisst, also am "Glauben, daß Strukturen, Verfahrensweisen, Handlungen, Entscheidungen, Politiken, Beamte oder politische Führer eines Staates die Qualität der Richtigkeit, der Angemessenheit, des moralisch Guten besitzen."²⁶ Die Legitimität des Staates ist damit in entscheidendem Maße davon abhängig, wie seine Fähigkeit eingeschätzt wird, gesellschaftliche Konflikte zu entschärfen und zu einem Ausgleich zu bringen.²⁷ Da soziale Bewegungen ihrerseits diese gesellschaftlichen Konfliktpotenziale spiegeln, ergibt sich der Schluss, dass deren Wirken die staatliche Sphäre grundsätzlich in irgendeiner Form beeinflusst. Dabei ist zu erwarten, dass je massenhafter der Protest einer sozialen Bewegung ausfällt und je besser es gelingt, diesen in einen größeren Kontext sozialer Mobilisierung einzubinden (etwa in Allianz mit anderen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen), desto höher die Wahrscheinlichkeit der Einflussnahme auf politische Institutionen und Entscheidungsprozesse einzuschätzen ist. 28 Deshalb kommt der Frage nach politischen oder gesellschaftlichen Verbündeten (z. B. in Form von Parteien, Gewerkschaften, Organisationen aus dem zivilgesellschaftlichen Umfeld) hohe Bedeutung zu. So wird die Entwicklung und das Schicksal einer sozialen Bewegung eng an die Effektivität ihrer Bündnispolitik geknüpft.²⁹ Zu dieser Bündnispolitik zählt u. a. die Frage nach Inklusion in assoziativen Netzwerken. Um daher den politischen, gesellschaftlichen oder kulturellen Einfluss, den eine Bewegung auszuüben in der Lage ist, zu bemessen, bedarf es individueller Analysen der Interaktionsmuster und sozio-politischen Konstellationen, die zwischen einer Bewegung und ihrem Umfeld bestehen.

Die Aktions- und Protestformen, derer sich soziale Bewegungen zur Einflussnahme auf politische Institutionen und Entscheidungen bedienen, besitzen entweder intermediären, demonstrativen oder direkten Charakter. Zielt die intermediäre Aktion dabei primär auf die Einbindung "fremder" Vermittlungsträger (z. B. Parteien und Gewerkschaften), so verfolgen demonstrative bzw. direkte Aktionen das Ziel, politische Instanzen von außen her zu beeinflussen und zu einem bestimmten Tun oder Unterlassen anzuhalten. Während demonstrative Aktionen dabei in der Regel intermediäre Vermittlungsprozesse erzwingen wollen, sind direkte Aktionen nicht unbedingt hierauf angelegt, sondern betonen stärker den Protestcharakter, der in der Zufügung von physischem Schaden zutage tritt. Als direkte Aktionen gelten politisch motivierte Streiks, Boykotte, Sabotageakte, lokale Besetzungen u. a.; Beispiele demonstrativer Aktionsformen sind hingegen Protestkundgebungen, Demonstrationen und Akte zivilen Ungehorsams, wohingegen Petitionen, Gremienaktivitäten und andere Formen institutionalisierter Meinungsvermittlung als intermediäre Aktionen zu verstehen sind.

Besondere Bedeutung bei der Bemessung der individuellen Potentiale sozialer Bewegungen wird schließlich der Rezeption in der Öffentlichkeit zugeschrieben. Die politische Funktion von

²⁵ Einfluss bedeutet hier, der behavioristischen Tradition der Weberschen Einfluss- und Handlungstheorie folgend, dass der Handelnde A den Handelnden B zu etwas veranlassen kann, was B sonst nicht tun würde.

²⁶ Vgl. Habermas 1976:54 (in Anlehnung an Max Weber und R. M. Merelman)

²⁷ Vgl. Alvarez 1989:207

²⁸ Vgl. Bröckelmann-Simon 1994:353

²⁹ Vgl. Raschke 1985:33 ff.

³⁰ Vgl. hierzu Raschke 1985:27 ff.

Öffentlichkeit besteht in der Aufnahme und Verarbeitung bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinungen einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System. Öffentliche Meinungen sind in diesem Sinne als Meinungen zu verstehen, die in öffentlichen Kommunikationen geäußert werden, so dass sie von einem mehr oder weniger großen Publikum wahrgenommen werden. ³¹ Daraus leitet sich das Bild von Öffentlichkeit als einer Arena ab, in der die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure um öffentliche Aufmerksamkeit konkurrieren. Politische Einflussnahme und die Vermittlung alternativer Modelle ist ohne Öffentlichkeit nicht vorstellbar. Vor diesem Hintergrund kann es deshalb als Existenzfrage sozialer Bewegungen angesehen werden, ob sie Organisationsformen finden, die Solidaritäten und Öffentlichkeiten hervorbringen. ³²

Im Hinblick auf das Verhältnis sozialer Bewegungen zu den Massenmedien zeigen die Erfahrungen, dass eine Bewegung bei den Massenmedien schon viel erreicht, wenn sie Aufmerksamkeit findet. So besteht generell ein Missverhältnis zwischen der Zahl von Informationen über das Auftreten, d. h. über einzelne spektakuläre Aktions- und Protestformen der Bewegung und den Inhalten, d. h. den Motiven und Zielen des Protests. Die Form des Protests erregt generell größeres mediales Interesse als dessen Ursache. Im Umkehrschluss heißt dieses, dass es für soziale Bewegungen von elementarer Bedeutung ist, sich eigene alternative öffentliche Räume und Arenen zu erschließen, um Inhalte und Hintergründe zu vermitteln. Dabei kommen eigenen medialen Ausdrucksformen in Form von Alternativzeitungen, Broschüren, Informationsblättern und mit wachsender Bedeutung Websites im Internet eine wichtige Rolle zu. Als Arenen diskursiven Argumentation werden hingegen vor allem "klassische" Kommunikationsräume und Präsenzöffentlichkeiten erschlossen, die durch die wachsende Dominanz der Massenmedien an den Rand gedrängt wurden. Dazu zählen u. a. die Interaktionsöffentlichkeiten auf Straßen und Plätzen oder die Veranstaltungsöffentlichkeiten im Rahmen von Demonstrationen, Seminaren und Kongressen.³⁴

Resümierend lässt sich daher konstatieren, dass die Potentiale sozialer Bewegungen nicht nur von internen, sondern auch von externen Faktoren abhängen, wozu insbesondere die Interaktion zwischen Bewegung und Staat, Bewegung und Gesellschaft sowie Bewegung und Öffentlichkeit zählen. Der Begriff der Interaktion drückt dabei die Reziprozität der verschiedenen Beziehungsmuster aus. Indikatoren für konkrete Potentiale sozialer Bewegungen im politischen und gesellschaftlichen System ergeben sich dabei zum einen aus dem Spektrum der Aktions- und Protesttypen und zum anderen aus dem Vermögen, Öffentlichkeiten zu erschließen.

2.4 Funktionen und Potentiale sozialer Bewegungen in Demokratieprozessen

Allgemein dient als Basis zur Einschätzung der Potentiale sozialer Bewegungen innerhalb demokratischer Systeme die Annahme einer demokratisch auf sich selbst einwirkenden Gesellschaft, in der Bürger ihre gesellschaftliche Umgebung selbst gestalten und die hierzu erforderliche Handlungsfähigkeit entwickeln können. Demokratie wird danach als ein dynamischer, nie vollendeter Prozess angesehen:

³¹ Vgl. hierzu Neidhardt 1994:8f., 26

³² Vgl. Habermas 1997:454

³³ Vgl. Raschke 1985:344f.; Buro 2000:12

³⁴ Vgl. Rucht 1997:394; Costa 1997:65

,...democracy can never fully be institutionalized. There can be no point in time at which one could relax and say that we have arrived at a perfect procedural institutionalization of the principles of democratic legitimacy. Like the principles of rights, democracy must be seen as a verité à faire." 35

Eine allseits anerkannte Lehrmeinung über das, was der Begriff der Demokratie bezeichnet, gibt es hingegen nicht. Allerdings gelten Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit, ein offener Wettbewerb um politische Ämter und Macht, Assoziations-, Meinungs- und Chancengleichheit und ausreichend Raum für die politische Partizipation und Inklusion der Bürger als wichtige Anhaltspunkte für die demokratische Verfasstheit politischer Systeme. Grundsätzlich kann Demokratie demnach als eine auf Freiheit und Gleichheit gegründete gesellschaftliche Lebensform bezeichnet werden, in der die ausgeübte Macht ideell auf das Volk als höchstem Gewaltträger zurückgeführt werden kann. Die politische Kultur eines solchen Systems zeichnet sich durch einen herrschaftsfreien Dialog von gleich zu gleich aus, in dem sich ein hohes Maß an Toleranz, Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit spiegelt. Te

Sozialen Bewegungen werden wichtige Potentiale, gerade im Übergang autoritärer in demokratische Systeme, im Sinne eines Beitrags zur Vertiefung der Demokratie bzw. zu einer verbesserten Qualität der Demokratie zugemessen. An erster Stelle wird ihnen eine sozialisatorische Funktion bzw. die Rolle von Organisatoren sozialer Lernprozesse zugeschrieben, die die Ausbildung einer aktiven Staatsbürgerschaft fördert. Dabei wird zugrunde gelegt, dass deren Aktivisten es lernen, Dinge selbst in die Hand zu nehmen, sich in Konflikte einzumischen und im Zuge eines *learning by doing* Erfahrungen zu sammeln. Im günstigsten Falle ließe sie dies zu mündigen, kritikfähigen und unbequemen Staatsbürgern heranreifen, die selbstbewusst für ihre Rechte eintreten. Damit haben soziale Bewegungen zugleich ein wichtiges, wenngleich schwer messbares Potenzial bei der Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur inne.

Genauso ist das Wirken sozialer Bewegungen aber auch als Ausdruck staatsbürgerschaftlicher Selbsthilfe zu interpretieren, in der marginalisierte und unterrepräsentierte Gruppen oder Anliegen – unter Umständen advokatorisch – vertreten und unter den Gesichtspunkten von Partizipation und Inklusion an das politische System herangeführt werden. ⁴¹ Damit können soziale Bewegungen auch den Abbau gesellschaftlicher *Cleavages* fördern, was wiederum als wichtiger Faktor für die Demokratisierung der politischen Kultur zu verstehen wäre. Zugleich kann dieses auch, muss jedoch nicht automatisch, zur Stabilisierung eines politischen Systems beitragen. Während in demokratischen Systemen von einer tendenziell systemstabilisierenden Wirkung aus-

³⁵ Cohen/Arato 1992:592f.

³⁶ Vgl. Nohlen 2000:169 bzw. Merkel 1999:31

³⁷ Vgl. Vilas 1997:7 f.

³⁸ Vgl. Birle 2000:259; speziell zu Brasilien: Holston/Caldeira 1989:26 ff.

Der Gedanke, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zur Festigung der Demokratie beitragen, geht letztlich auf Alexis de Tocqueville zurück, der 1835 bzw. 1840 in seinen Ausführungen "Über die Demokratie in Amerika" politische "associations" als "große unentgeltliche Schulen" der Demokratie begriffen hatte: "Damit die Menschen gesittet bleiben oder es werden, muß sich unter ihnen die Kunst der Vereinigung in dem Grade entwickeln und vervollkommnen, wie die gesellschaftlichen Bedingungen sich ausgleichen." (Tocqueville 1984:597, 599). Heute findet die These Toquevilles in der Literatur breiten Rückhalt, u. a. bei Cohen/Arato (1992:472f.); Habermas (1997:445); Merkel/Lauth (1998:6) und Buro 2000:13.

Vgl. Rucht 1997:392f.; Birle 2000:259; Foweraker/Landman (1997:33) beschreiben soziale Bewegungen in diesem Sinne als "both schools for understanding rights and vehicles for disseminating ideas and perceptions of rights."

⁴¹ Vgl. Rucht 1997:393f.; Birle 2000:259

gegangen werden kann⁴², können in "defekten" oder "defizitären" Demokratien gerade bestimmte systemische Mängel oder politische bzw. sozioökonomische Zustände Anlass und Ziel sozialen Protests sein und somit destabilisierend auf dieses wirken.

Dies gilt um so mehr, als soziale Bewegungen als Faktoren kritischer Öffentlichkeit fungieren. Als solche finden sie gesellschaftliche Problemlagen in den privaten Lebensbereichen, aber auch konkrete Mängel des politischen Systems (etwa im *Output*-Bereich), nehmen diese auf und leiten sie an die politische Öffentlichkeit weiter. ⁴³ Soziale Bewegungen tragen damit nicht nur zur Erweiterung des in der Öffentlichkeit thematisierten Problembündels bei, sondern fördern auch die gesellschaftlichen Kommunikations- und Artikulationsmöglichkeiten, die als essenziell für einen breitenwirksamen Stimmungsumschwung zu erachten sind. ⁴⁴ Zugleich fungieren sie damit als eine intermediäre Instanz zwischen der Gesellschaft bzw. der Lebenswelt und der institutionalisierten politischen Sphäre und füllen Funktionen im Bereich von Interessenartikulation und -aggregation aus.

In Anknüpfung hieran und an die Überlegungen zur Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und dem Staat müssen soziale Bewegungen deshalb auch als Korrektiv und Innovationspotenzial für die etablierte, staatliche Politik begriffen werden. ⁴⁵ Die Möglichkeit, etablierte Politik zu korrigieren bzw. zu innovieren, ist dabei nach dem zuvor Gesagten grundsätzlich auf zweierlei Weise vorstellbar: erstens als eine Strategie der Selbsthilfe, die auf die Veränderung der Lebenspraxis ohne den Rückgriff auf politische Instanzen zielt, und zweitens als eine Strategie politischer Intervention, die darauf gerichtet ist, Proteste und kritische Öffentlichkeiten auszubilden, um staatliche Entscheidungen in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund wird in der Literatur häufig die These der Selbstbeschränkung sozialer Bewegungen vertreten, die besagt, dass die Bewegungen nur mittelbar auf die Selbsttransformation des Systems einwirken, jedoch keine politische Macht innerhalb dieses Systems anstreben könnten. 46 Sie wird für demokratische Systeme u. a. dadurch begründet, dass die Legitimität sozialer Bewegungen deutlich geringer zu veranschlagen ist als diejenige der aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierungen und politischen Organe. Wie sich allerdings soziale Bewegungen in defekten oder defizitären Demokratien verhalten, ist bisher wenig erforscht. Auch die Erfahrungen in Osteuropa und Lateinamerika, wo soziale Bewegungen zwar mitunter entscheidend zum Sturz autoritärer oder totalitärer Regime beitrugen, lassen diesbezüglich keine konkrete Aussage zu, da sie nach deren Sturz häufig Demobilisierungsphasen durchliefen. 47 Für den Fall Brasiliens soll diese Arbeit deshalb auch zu der Diskussion beitragen, ob soziale Bewegungen nur auf gesellschaftspolitische Einflussnahme oder unter bestimmten Umständen auch auf das Erringen politischer Macht zielen, wenngleich es im Einzelfall schwierig sein wird zu definieren, wo Einflussnahme aufhört und wo politische Macht anfängt.

Zusammengenommen sollte der Erfolg sozialer Bewegungen bzw. deren demokratiefördernde Wirkung also nicht allein daran gemessen werden, inwieweit Interessen und Forderungen gegen-

⁴² Vgl. Merkel 1999:166f. in Anlehnung am Almond/Verba 1963

⁴³ Vgl. Habermas 1997:443f.; Cohen/Arato 1992:531f.; Rucht 1997:394f. u. a.

⁴⁴ Vgl. Costa 1997:63

⁴⁵ Vgl. Rucht 1997:395f.

⁴⁶ Vgl. Habermas 1997:449f.

⁴⁷ Vgl. Birle 2000:25 ff.

über dem Staat und der politischen Sphäre durchgesetzt oder kritische Öffentlichkeiten oder Proteste ausgebildet werden können. Stärker in die Lebenswelt hineinreichende Aktivitäten, also der Aspekt sozialen Lernens und staatsbürgerschaftlicher Selbsthilfe, sind zwar in ihrer unmittelbaren Wirkung schwer messbar, in ihren mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur jedoch nicht zu unterschätzen. Insofern lässt sich die Bedeutung sozialer Bewegungen in demokratischen Prozessen auf vier verschiedene Funktionen bzw. Potentiale zusammenfassen: Sozialisation bzw. soziales Lernen durch politische Erfahrungen; staatsbürgerschaftliche Selbsthilfe und Vertretung peripherer, marginalisierter Interessen; die Ausbildung einer kritischen Öffentlichkeit und die Korrektur bzw. Innovation etablierter, staatlicher Politik.

2.5 Die Demokratisierungspotenziale sozialer Bewegungen – Versuch einer Systematisierung

Um im Hauptteil den Beitrag der untersuchten Bewegungen zur Demokratisierung von Gesellschaft und Staat in Brasilien systematisch zu erfassen, werden sechs Kategorien aufgestellt, die sich aus den bisherigen Ausführungen dieses Kapitels ergeben. Zugleich soll damit auch der Kritik Thierys entgegengewirkt werden, der in einem Aufsatz darauf hingewiesen hat, dass es "zu einem beliebten Topos geworden ist, jeder Art von Basisorganisation – und existierte sie auch in noch so großer Marginalität – die Weihe der Zivilgesellschaft zu verleihen und sie zu Hoffnungsträgern einer zukünftigen Demokratie zu machen."

Kategorien zur Beurteilung des Potenzials sozialer Bewegungen in Demokratieprozessen

_

⁴⁸ Thiery 1992:76

Die konkreten Potentiale und Möglichkeiten sozialer Bewegungen zu öffentlicher, politischer und gesellschaftlicher Einflussnahme hängen nach dem zuvor Gesagten sowohl von internen wie externen Faktoren ab. Zu den internen Faktoren zählt die interne Verfasstheit einer Bewegung, aber auch die ihr zugrundeliegende Ideologie und Programmatik, die entscheidend sind für die Ausprägung der spezifischen kollektiven Identität. Kategorie A untersucht in diesem Sinne, wie die jeweilige Bewegung sich strukturiert, d. h., bis zu welchem Grad sie institutionalisiert ist bzw. inwiefern der bewegungstypische *Ad-hoc-*Charakter bewahrt wurde. Kategorie B gibt hingegen Aufschluss über die individuellen Grundlagen der kollektiven Identität der vorgestellten Bewegung.

Als externe Faktoren sind die Interaktionsmuster und konkreten Konstellationen anzusehen, die zwischen einer Bewegung und ihrem gesellschaftlichen und politischen Umfeld bestehen. Kategorie C soll diese konkreten Konstellationen veranschaulichen.

Interne und externe Faktoren zusammengenommen ergeben den Rahmen, in dem soziale Bewegungen agieren, Dynamiken entwickeln und Demokratisierungspotenziale realisieren können. Hinweise auf diese Potentiale und Dynamiken liefert vor allem das Spektrum der Aktionsund Protestformen einer Bewegung (Kategorie D) und deren Rezeption in der Öffentlichkeit (Kategorie E), die getrennt voneinander betrachtet. Dabei tragen die Erfahrungen des politischen Engagements, die sich aus den verschiedenen Aktions- und Protestformen ergeben, wie zuvor argumentiert, wesentlich zur Wahrnehmung der eigenen Rechte und somit zur Herausbildung einer demokratischen Kultur bei. Die Frage nach der Rezeption in der Öffentlichkeit beleuchtet hingegen die Kompetenz sozialer Bewegungen bei der Erschließung von Öffentlichkeiten und Solidaritäten. Dabei wird einerseits die Resonanz und Rezeption der betreffenden Bewegung in den Massenmedien dargestellt, zum anderen jedoch deren Kompetenz bei der Bildung alternativer Gegenöffentlichkeiten beleuchtet.

Abschließend werden in Kategorie F die Ergebnisse der übrigen Kategorien in Zwischenfaziten zusammengeführt, um dabei die Frage nach den individuellen Potenzialen der einzelnen Bewegungen zu beantworten. Als Grundlage der Beurteilung dienen dabei die verschiedenen Funktionen, die sozialen Bewegungen in der politischen Theorie zugesprochen werden. Das heißt, es werden sowohl die Wirkungen der Bewegungen auf das politische System wie auf die politische Kultur untersucht.

3 Die brasilianische Demokratie: Theorie und Wirklichkeit

3.1 Der Weg zur Verfassung von 1988

Die Demokratie in Brasilien besitzt eine überaus kurze Tradition, autoritäre Züge und Strukturen pflanzten sich hingegen durch das gesamte 20. Jahrhundert fort. ⁴⁹ So folgten auf die Ausrufung der Republik 1889 zwar vier formal demokratische Jahrzehnte, allerdings wurden diese maßgeblich von Angehörigen der Landaristokratie und hohen Militärs – aus deren Reihen die ersten Präsidenten stammten – geprägt und zeichneten sich durch ein äußerst geringes Maß an Partizipation und Inklusion der breiten Masse der Bevölkerung aus. Im Gegenteil kam es in dieser Phase immer wieder zur repressiven und gewaltsamen Unterdrückung von Aufständen und Volksbewegungen, wie z. B. der Zerstörung der religiösen Gemeinde von Canudos im Jahre 1895.

1930 begann der Aufstieg des Populisten Getúlio Vargas, der zwischen 1937 und 1945 mit der Errichtung des autoritär-klientelistisch geprägten "Estado Novo", des sogenannten "Neuen Staates", seinen Höhepunkt erreichte. Darauf folgte bis 1964 noch einmal eine kurze Phase formal demokratischer Systeme, bis 1964 der Putsch hoher Militärs auch dieses Experiment beendete. Während der nächsten zwanzig Jahre wurde das Land dann von hochrangigen Militärs regiert, die anfangs von weiten Kreisen des städtischen liberalen Bürgertums und der Wirtschaftseliten gestützt wurden. In dieser Zeit wurde die im Grunde durchaus fortschrittliche Verfassung von 1945 außer Kraft gesetzt, so dass lediglich die von den Militärs erlassenen sogenannten "Institutionellen Akte" und "Konstitutionellen Verordnungen" als verfassungsrechtliche Grundlagen fungierten. Ebenso wurde durch die "formale" Einführung eines "Zweiparteiensystems" – faktisch waren die Möglichkeiten beider Parteien zur Mitwirkung im politischen Entscheidungsprozess allerdings äußerst begrenzt – das erst 1945 etablierte pluralistische Parteiensystem wieder abgeschafft.

Erst am 01. Januar 1979 wurde mit Inkrafttreten der "Emenda Constitucional N° 11" die Gründung von Parteien und somit das pluralistische Parteiensystem, zunächst allerdings zögerlich, wiederhergestellt. Im November 1982 fanden zwar vom Militär behinderte und beschränkte, jedoch im Grundsatz freie und demokratische Kongress- und Gouverneurswahlen statt. Die Präsidentschaftswahlen am 15. Januar 1985 vollzogen sich hingegen – trotz massiver öffentlicher Forderungen nach Direktwahl – nur über ein Wahlmännergremium. Erster ziviler Präsident nach über zwanzig Jahren wurde der eigentlich zum Vizepräsidenten gewählte Senator José Sarney, nachdem der zum Präsidenten gewählte Tancredo Neves noch vor seiner Amtseinführung verstorben war. Sarney hatte während der Diktatur der damaligen regimetreuen Regierungspartei angehört. Unter seiner Präsidentschaft wurde eine verfassungsgebende Versammlung einberufen, die in der Folge die neue brasilianische Verfassung erarbeitete. Diese wurde schließlich am 05. Oktober 1988 verkündet und trat damit zugleich in Kraft. Mit diesem Ereignis kehrte Brasilien endgültig in den Kreis der formaldemokratischen Staaten zurück und schloss damit – zumindest offiziell – den Transformationsprozess eines autokratischen in ein demokratisches System ab.

In der Verfassung von 1988 wurden die Prinzipien festgelegt, auf denen die sogenannte *Nova* República, die Neue Republik, aufgebaut wurde: In Artikel 1 etwa ist neben der Definition Brasiliens als Republik das Föderalismus-, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip verankert. Artikel 2 legt das Prinzip der horizontalen Gewaltenteilung fest, das im weiteren näher definiert

20

⁴⁹ Einen gelungenen Abriss über die jüngere brasilianische Geschichte liefert Thomas E. Skidmore in seinem Werk *Uma História do Brasil* (Skidmore 1998:10 ff.).

wird: Artikel 44 ff. weisen dem zweigeteilten Kongress die legislative Gewalt zu, legen die Modalitäten seiner Wahl auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems fest; Artikel 76 ff. implementieren, der brasilianischen Tradition folgend, ein präsidiales Regierungssystem und schreiben die direkte Wahl des Präsidenten vor; die Artikel 92 ff. schließlich widmen sich der Definition der judikativen Strukturen und der Verwirklichung des Rechtsstaatsprinzips.

Interessant für den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit zeigt sich der Artikel 3, in dem die sozialstaatlichen Ziele näher definiert werden:

```
"Article 3 [State Objectives]

The fundamental objectives of the Federative Republic of Brazil are:

I. to build a free, just and solidary society;

II. to guarantee national development;

III. to eradicate poverty and marginal living conditions and to reduce social and regional inequalities;

IV. to promote the well being of all, without prejudice as to origin, race, sex, colour, age, and any other forms of discrimination. "50"
```

Darauf folgt in dem überaus umfangreichen Artikel 5 der Katalog "Individueller und Kollektiver Rechte und Pflichten", in dem, sehr breit angelegt, die Bürger- und Menschenrechte verankert sind, bevor in den Artikeln 6-11 auf die durch die Verfassung geschützten sozialen Rechte verwiesen wird. Artikel 6 lautet:

```
"Article 6 [Basic principles]

Education, health, work, leisure, security, social security, protection of motherhood and childhood, and assistance to the destitute, are social rights under this Constitution."
```

Ausgehend von der Verfassung von 1988 lässt sich somit konstatieren, dass es Brasilien zumindest formal gelungen ist, die autoritären Strukturen abzustreifen und das "neue" politische System auf demokratischen Prinzipien zu begründen.

3.2 Defizite des realen politischen Systems

Indes macht jedoch gerade das Beispiel Brasiliens deutlich, dass die Implementierung einer Verfassung allein keinerlei Gewähr für die reale Verankerung demokratischer Prinzipien und Kultur bietet. Im folgenden sollen einige der prägnantesten Züge des "neuen" politischen Systems Brasiliens vorgestellt werden, die Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit belegen. Die dabei zutage tretenden systemischen Defizite sind, wie im Kapitel zuvor argumentiert, als wichtige Motive des Entstehens, aber auch der Beschränkung sozialer Bewegung zu begreifen.

3.2.1 Parteien, politische Eliten und Abgeordnete

Parteien gelten in Demokratien als wichtige Vermittlungsinstanzen zwischen Volk und Staat. Sie nehmen Impulse und Interessen der ersten Sphäre auf, bündeln bzw. aggregieren diese und machen sie somit der zweiten, der staatlichen Sphäre zugänglich. Das brasilianische Parteiensystem weist vor diesem Hintergrund erhebliche Defizite und Fehlfunktionen auf. So sind, wie Veser bei seiner Analyse des brasilianischen Parteiensystems herausarbeitet, die Parteien noch

Zu den Artikeln siehe: "Brazil - Constitution", www.uni-bayreuth.de/students/jurweb/geo/jurweb-br.html, eingesehen am 08.03.00

heute stark durch Personalismus, Regionalismus und Populismus geprägt.⁵¹ So verfügt, mit Ausnahme der Arbeiterpartei PT, keine der großen Parteien über eine wirkliche Verankerung in der Gesellschaft oder könnte etwa als Volkspartei bezeichnet werden.⁵² Die schwache Organisation der Parteien wird in der einschlägigen Literatur auch als Folge des parteilichen Selbstverständnisses und der brasilianischen Rechtstradition gesehen, wonach Parteien nicht als Ausfluss von Interessenvertretungen gesellschaftlicher Gruppen, sondern vielmehr als Teil des Staatsapparates behandelt werden.⁵³ Sie haben deshalb in der Regel den Charakter von "catch-all"-Parteien und stellen äußerst niedrige Anforderungen an Bewerber für die Aufnahme in die Partei. Entsprechend lax zeigt sich die Parteiendisziplin. So benutzen viele Politiker Parteien nur als Sprungbrett für politische Ämter und wechseln je nach Opportunität die Parteizugehörigkeit.⁵⁴ Damit trägt der Parteienstatus auch zu dem häufig geringen Maß an Transparenz und Verantwortlichkeit im Verhalten von Politikern bei, das Phänomenen wie Korruption und Vetternwirtschaft im Umfeld der Abgeordneten Tür und Tor öffnen.⁵⁵ Der Staat wird dabei häufig immer noch "als Kuh, die gemolken werden [kann]"⁵⁶, behandelt.

Insgesamt besitzen die politischen Eliten des Landes einen überaus exklusiven Charakter, in dem nach wie vor eine enge Verschränkung von Landbesitz, ökonomischer und politischer Macht besteht. Gerade in den politisch und wirtschaftlich unterentwickelten Regionen des Nordens und Nordostens, jedoch auch im Hinterland des bevölkerungsreichen, industriell geprägten Südostens des Landes mit den Zentren São Paulo und Rio de Janeiro, bis heute die oligarchischen, klientelistischen und autoritären Strukturen überdauert. Diese Strukturen erlauben es den Angehörigen der traditionellen Oligarchien bis heute, die Politik des Landes maßgeblich zu prägen. So entstammt ein Großteil der Abgeordneten und Senatoren entweder direkt den Kreisen der Großgrundbesitzer oder aber ist denselben in irgendeiner Form verbunden. Ein Beispiel hierfür ist die Familie des ersten zivilen Präsidenten José Sarney, die nicht nur zu den größten Landeigentümern im nördlichen Bundesstaat Maranhão gehört, sondern in der aktuellen Regierung mit José Sarney Filho den Umweltminister stellt. Der aktuelle Senatspräsident Antônio Carlos Magalhães wiederum, als "Beispiel des 'modernen' und städtischen Oligarchen", entstammt einer der mächtigsten Familien des Bundesstaates Bahia, dessen Politik er seit mehr als zwanzig Jahren in verschiedenen politischen Funktion mitbestimmt. Er füllt heute als Mitglied

⁵¹ Vgl. Veser 1993:264; genauso: Almond/Powell 1996:586

⁵² Vgl. Kinzo 1993:96

⁵³ Veser 1993:264

Veranschaulicht wird diese Einschätzung durch eine Statistik im Lateinamerika-Jahrbuch, wonach im Zuge der Verfassungsänderung bzgl. der Wiederwahl von Personen in Exekutivämter fristgerecht mit Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr bis Oktober 1997 40% der Parlamentsabgeordneten ihre Parteizugehörigkeit wechselten. (Bobemer/Krumwiede/Nolte/Sangmeister 1998:147)

⁵⁵ Vgl. Pinheiro 1997:266

⁵⁶ Vgl. Waack 1995:118

Ein Grund hierfür ist sicherlich auch, dass die kostenaufwendigen Wahlkampagnen weder vom Staat bezuschusst noch von den finanziell schwachen Parteien getragen werden, so dass in der Regel nur Politiker mit entsprechendem finanziellen Rückhalt oder zahlungskräftigen bzw. einflussreichen Verbündeten um hohe politische Ämter konkurrieren können.

Vgl. "Interview mit Elías Araújo (MST)", Artikel in der Zeitschrift des Instituts für Brasilienkunde "Brasilien-Dialog", Nr. 1/2/96, S. 22

der rechtskonservativen PFL zudem eine Schlüsselposition innerhalb der Regierungskoalition des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso aus.⁵⁹

Die Interaktion von Gesellschaft und Parteien bzw. Abgeordneten zeigt sich zusammengenommen als ein gestörtes Funktionssystem. Folglich ist gerade auf dem Feld der Interessenaggregation auf eine geringe Kapazität der Parteien zur Aufnahme von Impulsen aus der gesellschaftlichen Sphäre zu schließen, zumal die geschilderten Missstände sich auf Seiten der Bürger in extrem niedrigen Niveaus von Identifikation mit Parteien niederschlagen. Die Bindung zwischen den Abgeordneten als Volksvertretern und den Bürgern gestaltet sich entsprechend dünn. Daneben scheint auch das geringe Maß an politischem Interesse, Partizipation und Inklusion der breiten Masse der Bevölkerung, die das politische System Brasiliens prägen, durch diese Mängel mitbegründet zu sein.

3.2.2 Rechts- und Sozialstaatlichkeit

Die permanente und strukturelle Verletzung bürgerlicher, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller (Menschen-)Rechte ist in Bezug auf Brasilien eine in der Literatur und in den Medien intensiv behandelte Thematik. So wird u. a. immer wieder auf die alltägliche und endemische Gewalt verwiesen, die durch Angehörige staatlicher Einrichtungen und Organe, gerade der Polizei, ausgeübt wird. Beispiele hierfür sind u. a. der systematische Einsatz von Folter, die Misshandlung und Ermordung von Inhaftierten und "Verdächtigen" durch Einheiten der Polizei und Repressionen verschiedener Art, die z. B. regelmäßig in den Jahresberichten von *Amnesty International* denunziert werden. Gerade die Angehörigen ärmerer Schichten, ethnischer Minderheiten und systemkritischer Kreise (z. B. in Gestalt lokaler Gewerkschaftsführer, Landlosenaktivisten u. a.) sind hierbei die bevorzugten Ziele polizeilicher "Strafverfolgung" und Repression, deren negativen Höhepunkt die Bildung sogenannter Todesschwadronen bildet, die die Straßen von Straßenkindern und marginalisierten Randexistenzen "reinigen."

Das Phänomen der Todesschwadrone und die Zunahme privater Schutzfirmen werden zudem mitunter als Indizien für die (Teil-)Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols bzw. für dessen faktische "Privatisierung" gesehen. Dabei wird darauf verwiesen, dass der Staat seiner Aufgabe, wirksam für den Schutz der Rechte aller Bürger einzutreten, nicht gewachsen sei. Die rechtsstaatlichen Garantien und das Prinzip der Rechtssicherheit stellen vor diesem Hintergrund formal existierende Grundsätze dar, gegen die in der Praxis regelmäßig und straffrei verstoßen wird. Mit der Kriminalisierung und Marginalisierung armer Bevölkerungsteile tragen staatliche Organe zudem dazu bei, die Gesellschaft faktisch in Bürger erster und zweiter Klasse zu teilen. Die Segregation verläuft dabei entlang der Pole "arm" und "reich" und macht die Möglichkeit der

Vgl. hierzu: Moreyra, Sergio Paulo: "F. H. Cardoso und die Oligarchien", in: ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Nr. 215, Mai 1998, S. 13

⁶⁰ Vgl. O'Donnell 1992:48

⁶¹ Vgl. Veser 1993:264f.

⁶² Die Jahresberichte von Amnesty International zu Brasilien sind im Internet abrufbar unter: www.amnesty.de/berichte/index.html.

⁶³ Vgl. den "Jahresbericht 2000" von Amnesty International, a. a. O.; genauso: Pinheiro 1997:262, 270

⁶⁴ Vgl. Pinheiro 1997:264

Inanspruchnahme staatsbürgerlicher Rechte stark von der materiellen Verfassung der Bürger abhängig. ⁶⁵ Dies zeigt sich besonders deutlich vor Gericht:

"the poor suffer criminal sanctions from which the rich are generally immune, while the rich enjoy access to private law (civil and commercial) from which the poor are systematically excluded.[...] Instead, the protections and immunities civil rights are intended to ensure as constitutional norms are generally perceived and experienced as privileges of elite social statuses and thus of limited access. They are not, in other words, appreciated as common rights of citizenship. 466

Die soziale Polarisierung ist neben historischen Gründen heute auch als Ausfluss der *Output*-Mängel im Bereich von Sozial-, Einkommens- und Verteilungspolitik zu sehen. Almond/Powell verweisen in diesem Zusammenhang vor allem auf die unzureichende Gesundheits- und Wohnungsfürsorge, die strukturellen Defizite des Bildungssektors mit zuwenig Schulen bzw. zuwenig freien Plätze an den vorhandenen Schulen, mit zu geringer Bezahlung der Lehrer, extrem niedrigen Raten absolvierter Schuljahre und qualifizierter Schulabgänger und einem hohen Prozentsatz an Straßenkindern.⁶⁷

Als noch wesentlicher für die sozialen Missstände werden die Mängel in der Steuer- und Verteilungspolitik gesehen. So weist eine 1998 veröffentlichte Studie des brasilianischen Instituts für sozioökonomische Analysen IBASE aus, dass Brasilien eine der höchsten Einkommenskonzentrationen der Welt besitzt. Die am oberen Ende der Einkommensskala liegenden 20% von Personen verdienen danach 32mal soviel wie die 20% am unteren Ende der Skala und konzentrieren über 60% des Volkseinkommens auf sich, während die unteren 20% gerade 2% desselben ausmachen. Häufig liegen die Nominaleinkommen der unteren 20% sogar unterhalb des (nach Artikel 6 (0) IV. der Verfassung per Gesetz erlassenden) Mindestlohns. Paradoxerweise trugen gerade die "demokratischen" 90er Jahre in erheblichem Maße zur Verschärfung der sozialen Problematik bei. So sorgten die ökonomischen Reformen und Strukturanpassungsmaßnahmen der letzten Dekade wie die Öffnung des Marktes für die internationale Konkurrenz und die Privatisierung der traditionell bedeutenden Staatsbetriebe nicht nur für die Verschärfung der Ungleichverteilung des Volkseinkommens, sondern auch für ein rapides Anwachsen der Arbeitslosenzahlen und der Beschäftigung im informellen Sektor.

Paulo Singer kommt daher in einer 1997 veröffentlichten, von der *International Labour Organization* ILO in Auftrag gegebenen Studie zu der Einschätzung:

"Brazil is the land of inequality. There, the degree of unevenness between the rich and the poor, the white and the non-white, between men and women, urban and rural dwellers, poorly and highly educated, is probably greater than anywhere else. [...] Those who are "excluded" from getting an income, social prestige or legal rights are precisely those who get less from these resources because others get too much. [...] Other forms of social exclusion, closely associated with poverty, is the lack of schooling, illiteracy and child labour." ⁷¹

. .

⁶⁵ Vgl. hierzu Vilas 1997:7f. und 24f.

⁶⁶ Vgl. Holston/Caldeira 1989:266f. bzw. 274/276

⁶⁷ Vgl. Almond/Powell 1996:596

Vgl. Urani 1998:30/32 (zum Teil ergänzt durch die Daten bei Almond/Powell 1996:563); zur selben Einschätzung gelangt Harold Barrios in: Nohlen 2000:123.

⁶⁹ Der sogenannte "salário mínimo" liegt landesweit seit Mitte 2000 bei 151 Reais, also etwa 180-190 DM.

Vgl. zu den Entwicklungen die ökonomische Diagnose des brasilianischen Arbeitsministeriums: Ministério do Trabalho e Emprego Brasileiro: "Mercado de Trabalho", www.mte.gov.br/se/mercado/ merc 02.htm, eingesehen am 03.10.2000

⁷¹ Singer (1997)

Zusammenfassend zeigt sich daher in Brasilien das Paradox umfassend definierter konstitutioneller Garantien und einer in der breiten Bevölkerung extrem schwach ausgeprägten Staatsbürgerschaft. Armut ist dabei zugleich als Resultat und Ursache der Versagung von Rechten zu verstehen. Hein die demokratische Verfassung und die demokratisch legitimierten Institutionen Brasiliens, so das Fazit dieser Analyse, reichen nicht aus, um in der politischen und gesellschaftlichen Realität demokratische Prinzipien zu implantieren. Dabei muss auch in bestimmten Kreisen von Staat und Regierung ein Mangel an politischem Willen zur Umsetzung der verfassungsmäßigen Rechte und Garantien konstatiert werden. Dabei werden gerade die enormen sozialen und wirtschaftlichen Lasten und die stark fragmentarisierte Gesellschaft des Landes auch als Zwang für den Staat interpretiert, eine Position der Stärke einzunehmen, um die potentiell systemdestabilisierende Wirkung dieser Zustände nicht zur Entfaltung kommen zu lassen. Insofern wird deutlich, dass sich die autoritären Strukturen auch hinter der formal demokratischen Verfasstheit des politischen Systems in der Realität durchaus fortgepflanzt haben.

3.3 Die politische Kultur des Landes

Die "demokratischen Defizite" innerhalb des politischen Systems Brasiliens lassen auch Rückschlüsse auf die politische Kultur des Landes zu. So weisen Holston/Caldeira in einer Studie nach, dass die breite Bevölkerung das harte und gewalttätige Vorgehen der Polizei unterstützt und auf der anderen Seite der Arbeit von Menschenrechtsgruppen sehr distanziert und geradezu feindselig gegenübersteht. Gerade in den ärmeren Schichten, deren Angehörige die vornehmlichen Opfer von polizeilicher Gewalt und Repression sind, sei diese Haltung, so die Autoren, weit verbreitet.⁷⁴

Daneben ist de Diskriminierung der afrobrasilianischen, indigenen und anderen "nichtweißen" Ethnien weiterhin tief in der Gesellschaft verwurzelt, in der aber auch Frauen zahlreichen Ungleichbehandlungen und Vorurteilen erliegen. Auch die Anzahl von Gewaltverbrechen in den brasilianischen Großstädten, aber ebenso in den ländlich geprägten Regionen, ist hoch. Dies lässt generell auf eine hohe Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Eigeninteressen politischer, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Art und ihrer Akzeptanz als legitimem Mittel schließen. Birle urteilt in seiner Analyse der Zivilgesellschaft in Lateinamerika, dass in keinem anderen Land die unzivilen Verhaltensformen in Form von Kriminalität und Gewalt derart ausgeprägt sind wie in Brasilien und infolge von wachsender Armut und sozialer Ausgrenzung eher zu- als abnehmen.

Die Akzeptanz und Zustimmung gegenüber den demokratischen Institutionen ist hingegen extrem gering. Hierfür sprechen jedenfalls die Werte des *Latinobarómetro*, einer Umfrage, in der u. a. die Zustimmung der lateinamerikanischen Bevölkerungen zu demokratischen Werten und Institutionen gemessen wird. Danach ist zwar allgemein in Lateinamerika eine steigende Zustimmung zur demokratischen Regierungsform festgestellt worden, die aber in Brasilien mit 39% mit

⁷² Vgl. Vilas 1997:21 f.

⁷³ Vgl. die Argumentation bei Vilas (1997:15)

⁷⁴ Vgl. Holston/Caldeira 1989:272

⁷⁵ Vgl. Singer (1997)

⁷⁶ Amnesty International räumt etwa ein, dass "Gewaltverbrechen ein Hauptproblem in Brasilien sind." (1994:65)

⁷⁷ Birle 2000:263, 261

Abstand am geringsten ist.⁷⁸ Das Vertrauen der Brasilianer in die Demokratie, in den Rechtsstaat und die politischen Institutionen scheint somit, nach über einem Jahrzehnt "demokratischer" Erfahrung, weiterhin unterentwickelt zu sein.⁷⁹

Unter den Vorzeichen einer gleichberechtigten, demokratischen politischen Kultur müssen diese Einstellungen kritisch beurteilt werden. Grundsätzlich kann dabei das autoritäre Erbe, das das politische System Brasiliens nach wie vor belastet, als ein Faktor für die geringe Zustimmung zur Demokratie angenommen werden. Daneben trägt aber auch das Moment des "desencanto", der Ernüchterung und Enttäuschung der Bevölkerung hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und des Potenzials des demokratischen Systems zur Behebung der sozio-politischen Missstände zu der geringen Zustimmung zur Demokratie bei. Die "Virulenz der notorisch ungelösten Probleme" von Armut, ethnischer Diskriminierung, Rassismus, Klientelismus u. a. trägt offenkundig wenig dazu bei, in der breiten Bevölkerung Vertrauen in die Kompetenz der politischen Institutionen zu entwickeln. Für diese These scheint zumindest das Ergebnis einer Umfrage des brasilianischen Meinungsforschungsinstitutes Vox Populi zu sprechen, die den Popularitätsverlust des Präsidenten Cardoso seit seiner Erstwahl 1994 verdeutlicht. Während die Zustimmung zu Cardoso im Jahre 1995 noch 57% der Befragten betrug, sank sie im September 1998 auf 45%, erreichte ein Jahr später mit nur noch 8% ihren absoluten Tiefpunkt und erholte sich bis Mai 2000 nur leicht auf Werte zwischen 10 und 16%.

Zusammengenommen lässt sich daher konstatieren, dass sich die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen Brasiliens nach wie vor durch den Ausschluss breiter Schichten der Bevölkerung kennzeichnen. Sowohl im politischen System als in der politischen Kultur haben autoritäre Strukturen bis heute überdauert. Im Hauptteil der Arbeit wird zu klären sein, inwiefern soziale Bewegungen auf die Kompensation der beschriebenen systemischen Mängel und auf die Demokratisierung von Strukturen und Institutionen hinwirken und zur Ausbildung einer demokratischen politischen Kultur beitragen können. Denn Brasilien besitzt nicht nur eine der "unzivilsten Gesellschaften", sondern gegenwärtig die wohl mobilisierungsfähigsten zivilgesellschaftlichen Akteure des lateinamerikanischen Subkontinents.

3.4 Neues Entstehen sozialer Bewegung in Brasilien

Wenngleich die Wurzeln sozialer Bewegungen in Brasilien wie in allen lateinamerikanischen Ländern in das Ende des 19. bzw. die Anfänge des 20. Jahrhunderts zurückreichen, so ist die Mehrzahl der heute in Brasilien existenten Bewegungen fast ausschließlich unter der autoritären Militärregierung in den 70er Jahren entstanden. Bereits in den Jahren vor und nach dem Militärputsch von 1964 war allerdings schon ein starkes Anwachsen sozialer Bewegungen, ihrer Trägergruppen

Die Ergebnisse der Studie wurden veröffentlicht in dem Artikel "In Lateinamerika genießt die Demokratie breite Unterstützung in der Bevölkerung", in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. Mai 2000, S. 10.

⁷⁹ Vgl. auch die Einschätzung von Pinheiro 1997:271

⁸⁰ Vgl. Birle 2000:251f.

Die Umfrage wird zitiert bei Secco (2000:42f.). Die gesunkene Popularität des Präsidenten ist sicherlich zum Teil auf die Währungskrise in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres zurückzuführen, spiegelt nach Paulo Maldo zum anderen Teil aber auch den verspielten Kredit des Präsidenten in den ärmeren Bevölkerungsschichten, deren Stimmen 1998 noch maßgeblich zur Wiederwahl Cardosos beigetragen hatten. (vgl. Maldo, Paulo: "Caminhos fechados, novos caminhos", Artikel in der Zeitschrift PORANTIM, Nr. 226 vom Juni 2000, S. 3)

und -organisationen zu beobachten. ⁸² Allerdings erlagen sie gerade in den ersten Jahren der Militärdiktatur, die als "república do siléncio", Republik der Stille, bezeichnet werden, schweren Repressionen vonseiten der neuen Machthaber. Erst in dem durch Präsident Ernesto Geisel Mitte der 70er Jahre eingeleiteten Prozess der "abertura", also der politischen Öffnung, nahm die Bedeutung sozialer Bewegungen zu. Vor allem die vehemente Einforderung von Bürger- und Menschenrechten war charakteristisch für diese frühe Phase. Den Anfang machten die Nachbarschafts- und Stadtteilbewegungen, die sich aufgrund konkreter lebensalltäglicher Mängel (z. B. an Wasser, Elektrizität u. a.) formierten. Es folgten die autonome Gewerkschaftsbewegung der Industriearbeiter, Landarbeiter- und Bauernbewegungen, die Studenten-, die Frauen- und die ethnischen Bewegungen der indigenen Völker bzw. der afrobrasilianischen Bevölkerung.

Eine wichtige Rolle bei der Wiedergeburt sozialer Bewegung in Brasilien wird der katholischen Kirche zugeschrieben, die sich in der Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-65) und der II. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1968 in Medellín neu zu definieren begonnen hatte als "Kirche der Armen" und "Basiskirche", deren Fundament die neu begründete "Theologie der Befreiung" bildete. In diesem Sog entstanden in Brasilien die ersten sogenannten Comunidades Eclesiales de Base (CEB's), christliche Basisgemeinden, in denen sich Angehörige eines Stadtteils, eines Dorfes oder einer Nachbarschaft trafen, um die Bibel zu lesen, zu interpretieren und deren sozioökonomisches Potenzial zum Wandel zu entdecken. 83 Zunehmend entwickelten sie sich in dieser Phase infolge der relativen Freiräume vonseiten der Militärs zu den "fast einzigen Sprachrohren der Bevölkerung gegen Repression, Unterdrückung und Verelendung. 684 Sie erschlossen zunehmend öffentliche bzw. gesellschaftliche Räume, die später von den erstarkenden sozialen Bewegungen genutzt werden konnten. Zu deren (Neu-)Aufkommen trugen wiederum die verschiedenen von der katholischen Kirche landesweit gegründeten Sozialpastoralen maßgeblich bei. Diese förderten nicht nur aktiv die Entstehung sozialer Bewegungen, sondern stellten sich demonstrativ an deren Seite. Beispiele hierfür sind z. B. die Landpastorale CPT und die Arbeiterpastorale, die wesentlich zur Gründung der Landlosenbewegung MST bzw. des autonomen Gewerkschaftsdachverbandes CUT beitrugen. 85

Die nachfolgende Grafik⁸⁶, in der Foweraker und Landman öffentliche Aktionen sozialer Bewegungen, die in Medien und Literatur Beachtung fanden – also von gewissem Ausmaß waren –, in einer Skala von 0 bis 30 erfasst haben, verdeutlicht, dass der gesamte Transformationsprozess – beginnend mit der Einsetzung des militärischen *Softliners* Geisel als Präsident 1974, über die Kommunalwahlen 1979 und die indirekte Wahl des ersten zivilen Präsidenten Sarney 1985 bis hin zur Verabschiedung der Verfassung 1988 – begleitet war von regen Aktivitäten vonseiten sozialer Bewegungen.

⁸² Vgl. zu diesem Abschnitt der Entstehung sozialer Bewegungen unter autorit\u00e4rer Herrschaft in Brasilien: No\u00e9 1989:382-408

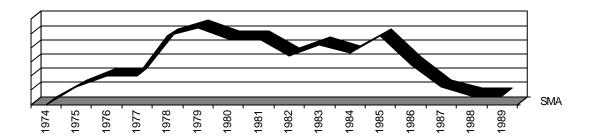
Vgl. hierzu das Kapitel: "Kirche von unten – Politisierung der Religion. Religiös-soziale Bewegungen und das Beispiel Brasilien" in: Boris 1998:144-163; außerdem: Burdick 1992:171-184

Boris 1998:149; ähnlich argumentiert Burdick, der die CEB's als "important historical force" und "political umbrella for popular struggles" sieht. (Burdick 1992:180)

⁸⁵ Vgl. Hees 2000a:16

⁸⁶ Vgl. hierzu Foweraker/Landman 1997:11 ff.

Abb.1: Social Movement Activities in Brazil (Quelle: Foweraker/Landman 1997:120)



Aus der Grafik geht hervor, dass insbesondere im Vorfeld der Wahljahre 1979 bzw. 1985 ein großes Mobilisierungsvermögen bestand. Die Teilnehmer an den Protesten und Aktivitäten, so die Ergebnisse Fowerakers und Landmans, entstammten dabei zum Großteil dem Umfeld der Bewegungen der Industriearbeiter, der Kleinbauern, der Studenten, der Frauen und allgemein vor allem aus ärmeren Bevölkerungsschichten. Als interessant stellt sich innerhalb der Grafik die abfallende Tendenz der Aktivitäten nach 1985 und die stagnierende Entwicklung der Jahre 1988/89 dar, die die verschiedentlich vertretene These zu stützen scheint, wonach in Transformationsgesellschaften nach der Etablierung demokratischer Institutionen und Verfahren zivilgesellschaftliche Aktivitäten abebbten und an Bedeutung verlören. Birle sieht diese These hingegen für Lateinamerika als widerlegt an. Er räumt zwar ein, dass, bezogen auf Brasilien, nach 1988 tatsächlich ein vorübergehendes Abflauen der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu beobachten gewesen sei, dass jedoch im Verlauf der 90er Jahre immer wieder "eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit" unter Beweis gestellt worden wäre, so etwa während der Korruptionsaffäre um den Präsidenten Collor de Mello Ende 1992, die schließlich zu seinem *Impeachment* führte. Der Grafik der Präsidenten Collor de Mello Ende 1992, die schließlich zu seinem *Impeachment* führte.

Untermauert wird die Einschätzung Birles durch die Studie von Paoli und Telles, die die besondere Bedeutung der Verfassung von 1988 für das Entstehen und die Entwicklung sozialer Bewegung in Brasilien herausarbeiten. Dund in der Tat scheinen den in der Verfassung verankerten Rechte und Garantien wichtige Funktionen hinsichtlich der Genese, Artikulation und Legitimation von Forderungen und Protesten sozialer Bewegungen beizukommen. So wurden in den Folgejahren der Verabschiedung der Verfassung durch das Wirken sozialer Bewegungen zahlreiche öffentliche Arenen neu erschlossen und besetzt, in denen aktiv über die Verwirklichung der verfassungsrechtlich abgesicherten Menschen- und Grundrechte z. B. im Bereich von Ethnizität, Gender, Kultur, Umweltschutz, Wohnungs- und Gesundheitspolitik diskutiert und gestritten wurde. Damit wurde auch das Exklusivmonopol des Staates aufgebrochen, die Agenda gesellschaftlicher und sozialer Prioritäten vorzugeben. Der Gesundheitspolitik diskutiert und gestritten vorzugeben.

⁸⁷ Foweraker/Landman 1997:153

⁸⁸ Vgl. etwa Croissant/Lauth/Merkel 2000:33f.

⁸⁹ Vgl. Birle 2000:257

⁹⁰ Vgl. Paoli/Telles 1998:66 bzw. 68. Eine ähnliche Einschätzung findet sich bei Hellmann 1995:23.

⁹¹ Vgl. Paoli/Telles 1998:75

Im folgenden werden mit der Bewegung der Landlosen, der indigenen Völker und der Frauen Bewegungen untersucht, für die die besondere Bedeutung der Verfassung von 1988, wie sich im Verlauf der Analyse zeigen wird, uneingeschränkt gilt. Daneben spiegeln die Spezifika der Trägergruppen – materielle Armut, "nicht-weiße" ethnische Zugehörigkeit und weibliches Geschlecht – zugleich vorrangige Ziele sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Benachteiligung und Diskriminierung und Motive zur Vorenthaltung von staatsbürgerlichen Grund- und Menschenrechten. Bereits der Bestand der drei Bewegungen ist daher als Beitrag zur Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft aufzufassen und soll im folgenden näher beleuchtet werden.

4 Das Wirken sozialer Bewegungen auf den brasilianischen Demokratieprozess

4.1 Die Landlosenbewegung

Landlose und landarme Bauern gehören zu den Trägern der ältesten sozialen Bewegungen auf dem lateinameri kanischen Subkontinent. Als Ursache hierfür kann vor allem die teilweise extreme Ungleichverteilung des Bodens angenommen werden, die gerade in Brasilien besonders ausgeprägt ist. Das Latifundium, der in der Kolonialzeit begründete und über die Jahrhunderte etablierte und erweiterte agrarische Großgrundbesitz, ist der wichtigste Ausdruck dieser ungleichen Landverteilung und zugleich das größte Angriffsobjekt der kleinbäuerlichen Agitation. Die nachfolgende Grafik aus dem Inhalt des Atlas Fundiário Brasileiro der brasilianischen Nationalen Behörde für Kolonisation und Agrarreform (INCRA) verdeutlicht den Grad der Ungleichverteilung. Während 53% der Gesamtheit der Landbesitzer nur über Grundstücke mit weniger als zehn Hektar Land und zusammengenommen über knapp 3% der gesamten agrarischen Nutzfläche verfügen, zeigt sich am oberen Ende der Skala eine beträchtliche Konzentrationserscheinung. Nur 0,3% der Landbesitzer verfügen über immerhin 15% der gesamten Anbaufläche, was einem jeweiligen Besitz von über 10.000 Hektar Land entspricht; nimmt man die Besitzer von 1000 bis 10.000 Hektar Land hinzu, so verfügen 1,1% der Landbesitzer über 42% der Anbaufläche. Demgegenüber stehen nach verschiedenen Schätzungen absolut vier bis fünf Millionen landlose Familien und ebenso viele Kleinstparzellenbesitzer und Kleinpächter.

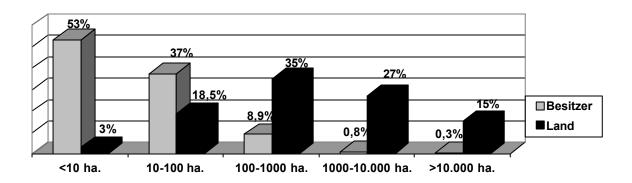


Abb.2: Verteilung der agrarischen Nutzfläche in Brasilien/Stand 1996 (Quelle: Atlas Fundiário Brasileiro (INCRA), in: FIAN 1998:13)

Gegen diese Ungleichheiten regte sich zum ersten Mal in den 50er und 60er Jahren Widerstand unter den besitzlosen Bauern, die sich in sogenannten Bauernligen organisierten und für die Durchführung einer Agrarreform zu kämpfen begannen. ⁹² Der Militärputsch 1964 beendete die Ligen allerdings abrupt. Erst Ende der 70er Jahre kam es auch dank des kirchlichen Engagements zu einer Reorganisierung der Kleinbauern und Landlosen, die heute in verschiedenen Zusammenschlüssen und Gewerkschaften agieren und für die Durchführung einer umfassenden Agrarreform eintreten.

30

⁹² Einen historischen Überblick über Bauernbewegungen in Brasilien bietet Bröckelmann-Simon (1994:20 ff.) bzw. in stark geraffter Form Boris (1998:5 ff.)

Den Ausgangspunkt für die Bildung einer eigenen Landlosenbewegung bildeten spontane, lokal begrenzte Landbesetzungen und -besiedlungen Ende der 70er Jahre im Süden Brasiliens. Die dabei angewandte Strategie unter dem Motto "Ocupar, resistir, produzir" ("Besetzen, Widerstand leisten, produzieren") ist im Grunde bis heute die zentrale Vorgehensweise der verschiedenen Landlosenorganisationen. Danach werden innerhalb kürzester Zeit und für die Behörden häufig überraschend bis zu mehreren Tausend landlose Familien in Lagern zusammengezogen und in Bewegung gesetzt. Ziele dieser Märsche sind entweder ungenutzte Ländereien in staatlichem Besitz oder aber brachliegende, "unproduktive" Ländereien bzw. Fazendas von Latifundiários, Großgrundbesitzern, die besetzt werden. Die Besetzung der Landstriche und die Errichtung sogenannter Acampamentos, provisorischer Zeltcamps aus Plastikplanen, sind der erste Schritt zur Aneignung des Landes. Behaupten sich die Besetzer in dieser frühen "hektischen" Phase, die in der Regel geprägt ist durch Widerstände vonseiten der betroffenen Großgrundbesitzer oder der Polizei, so gehen sie in der Regel bald dazu über, das Land zu parzellieren und zu bestellen. In dieser fortgeschrittenen Phase verliert das Acampamento seinen provisorischen Charakter und nimmt zusehends die Form eines Assentamento, einer Niederlassung, an.

Seit der Verabschiedung der Verfassung von 1988 besteht in einer solchen Situation grundsätzlich die Möglichkeit, den faktischen Landbesitz auch rechtlich einzuklagen. Die Grundlage des dafür nötigen juristischen Prozedere bilden die Artikel 184-191. Danach kann "unproduktives Land" (definiert in Artikel 185) nach der Zahlung einer angemessenen Entschädigung an die Eigentümer "zu sozialen Zwecken" enteignet werden (Artikel 184). Zuständig für das Verfahren ist die Nationale Behörde für Kolonisation und Agrarreform INCRA. Nach der Feststellung der "Unproduktivität" und der formalen Enteignung, die sich in der Regel allerdings über mehrere Jahre durch die verschiedenen gerichtlichen Ebenen ziehen, legt die Verfassung nahe, das Land in Form von "Landtiteln" an bedürftige (landlose) Familien zu verteilen (Artikel 189). Artikel 187 sieht dabei ausdrücklich eine aktive Beteiligung der Betroffenen vor, die durch entsprechende Maßnahmen wie Kleinstkredite, technische Unterstützung u. ä. gefördert werden sollen. Insofern verleiht die Verfassung mit diesen Passagen – wenngleich die eigentliche Landnahme ein illegaler Akt bleibt – den Besetzungen der Landlosen eine gewisse legitimatorische Basis, flankiert dadurch, dass die ungleiche Landverteilung in den politischen Institutionen durchaus als gesellschaftliches Problem anerkannt wird.

Die institutionelle Entwicklung der Landlosenbewegung vollzog sich unter maßgeblicher Beteiligung der Landpastorale CPT zu Beginn der 80er Jahre. So wurden 1982 und 1984 die ersten beiden "Nationalen Treffen der Landlosen" abgehalten, nachdem zuvor deren Organisation in verschiedenen Bundesstaaten vorangetrieben worden war. Im Januar 1985 wurde schließlich der "Erste Nationale Kongress der Landlosen" in Curitiba veranstaltet, an dem 1500 Delegierte aus ganz Brasilien teilnahmen. Sie vollzogen die formale Gründung des Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), der "Bewegung der Landarbeiter ohne Land".

⁹³ Vgl. zur Entstehung des MST: Bröckelmann-Simon 1994:24 ff.; in Kurzform bei Boris 1998:5 ff. und aus der Sicht beteiligter Aktivisten bei Stédile/Fernandes 1999:15-56

⁹⁴ zum Wortlaut der Artikel vgl.: "Brazil - Constitution", a. a. O.

Bis heute wird der MST teilweise mit der Bewegung der Landlosen gleichgesetzt und spiegelt damit auch den Eigenanspruch des MST. So wird dieser z. B. in der deutschen Medienlandschaft häufig mit dem Terminus "die brasilianische Landlosenbewegung" versehen. In der Fachliteratur wird hingegen durchaus erkannt, dass sich die aktuelle brasilianische Landlosenbewegung nicht nur auf den MST beschränkt, sondern neben diesem eine Reihe allerdings kleinerer und häufig lokal begrenzter, aber selbständiger Organisationen umschließt. Der MST wird hier daher eher als Organisation behandelt. Grundsätzlich herrscht allerdings Einklang über die herausgehobene Stellung, die dem MST innerhalb der Landlosenbewegung zufällt. Er gilt unumstritten als deren stärkster und "auffälligster" Akteur. Damit erscheint die These, wonach der MST und die Bewegung "tendenziell zusammenfallen", durchaus berechtigt. Dieses zeigt sich nicht zuletzt in dem überaus hohen Mobilisierungspotenzial des MST an der Basis, das Beleg für dessen hohe Legitimität innerhalb der Masse der Landlosen ist und ihm zum Teil durchaus die Züge einer Massenbewegung, eines "movimento popular", verleiht.

4.1.1 Interne Verfasstheit

Betrachtet man die interne Verfasstheit des MST, so muss wegen seiner organisatorischen Verdichtung in den 80er Jahren zielgerichtet das Verhältnis von nationaler zu lokaler Ebene bzw. von Träger- zu Resonanzgruppe untersucht werden. Auf nationaler Ebene tendiert der MST zu einem straffen Zentralismus, der sicherlich auch als Ausfluss des in Kapitel 2.2 dargestellten Institutionalisierungs- bzw. Hierarchisierungsdrucks zu begreifen ist. So sieht Bröckelmann-Simon in seiner Studie des MST dessen wachsende Rollendifferenzierung als unvermeidlich an und begründet sie mit dem unkomplizierten und schnellen Handlungsbedarf beim Umgang mit staatlichen Institutionen, aber auch mit internationalen Organisationen. Daneben erzwinge "die strategische Planung normverletzender spektakulärer Aktionen ein gewisses Maß an Klandestinität" und damit "einsame" Entscheidungen mit einem Mangel an Transparenz. Zugleich spiegeln die zentralistischen Strukturen jedoch auch die Avantgarde-Vorstellungen der Träger- bzw. Führungsgruppe des MST. ¹⁰⁰ Effizienz nach außen – Dieter Boris schätzte den MST 1998 als

Der Gebrauch des Begriffs "Movimento", Bewegung, im Namen des MST weist am deutlichsten auf dessen Eigenanspruch hin, als Bewegung zu gelten. In einem im letzten Jahr veröffentlichten, umfangreichen Interview verwies João Pedro Stédile aus dem Nationalen Direktorium des MST zudem zum wiederholten Male explizit darauf, dass der MST sich als Bewegung und nicht als Organisation begreift. (Stédile/Fernandes 1999:37)

Vgl. z. B. den Artikel von Eva Karnofsky in der Süddeutschen Zeitung "Cardoso setzt Soldaten gegen Landlose ein" (2000:10), den Artikel "Rebellen mit Grund und ohne Boden" von Michael Zuchold und Björn Stiel in der Jungle World (2000:20), den Artikel von Wolfgang Hees "Mit Papp-Urnen gegen die Verschuldung" in der iz3w (2000a:16f.) u. a.. Walter Haubrich hingegen beschreibt den MST in dem Artikel "Landlose und Regionalfürsten" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7.10.2000, S. 6, als "Organisation von Landarbeitern ohne Land", nachdem allerdings am 26.8.1998 in dem Artikel "In Brasilien drohen Landbesetzungen", auch in der FAZ, der MST noch als "die inzwischen stärkste Sozialbewegung ihrer Art in Lateinamerika" bezeichnet worden war.

⁹⁷ Vgl. Boris 1998:54

Siehe Bröckelmann-Simon 1994:13; daneben verweisen z. B. auch Dieter Boris (1998:54) und John L. Hammond (1999:482) auf den Status des MST als Organisation, aber zugleich auf dessen Sonderstellung innerhalb der Bewegung.

Obwohl diese Arbeit dazu tendiert, den MST generell eher als Organisation anzusehen, wird sich die Darstellung dieses Kapitels doch auf ihn beschränken. Begründet werden kann diese Vorgehensweise mit der Sonderstellung und Vorreiterrolle des MST innerhalb der Landlosenbewegung, jedoch auch damit, dass neben dem MST kaum andere Organisationen in der Literatur und den Medien behandelt werden.

¹⁰⁰ Vgl. Bröckelmann-Simon 1994:34 ff. bzw. 271

"wichtigste außerparlamentarische Oppositionskraft gegenüber der Regierung" ein¹⁰¹ – wird somit bewusst mit dem weitgehenden Verzicht auf interne Demokratie erkauft. Der hieraus resultierende vertikale Kommunikationsfluss, in dem die anstehenden Themen, Positionen und Strategien von der Führungsebene vorgegeben und nachträglich durch Basisversammlungen bestätigt werden, verursacht intern allerdings eine zunehmende Distanz zwischen Führung und Basis. ¹⁰² Damit besteht generell die Gefahr eines Auseinanderdriftens zwischen der Führungsgruppe und den nicht unmittelbar eingebundenen Teilen an der Basis, die Gefahr der substanziellen Abnahme des bisher hohen Mobilisierungspotenzials und auch des Verlustes des Bewegungscharakters.

Konkret gestalten sich die internen Strukturen des MST wie folgt: Die nationale Schaltzentrale des MST befindet sich in São Paulo, wo ein nationales Sekretariat mit (im Jahre 1993) 22 festangestellten Mitarbeitern unterhalten wird. Hier versammelt sich und agiert der engere Führungszirkel des MST, die Nationale Direktion, der 21 Funktionäre angehören. Diese werden in der Regel auf regionalen Treffen vorgeschlagen und (im Falle von mehr Bewerbern als Plätzen nach vorherigen Stichwahlen) entweder auf den Jahrestreffen der Nationalen Koordination oder aber auf den sogenannten "Nationalen Treffen" ("Encontro Nacional") des MST ernannt. Die Direktion zeigt sich für die Umsetzung und Ausgestaltung der auf diesen Treffen bzw. Versammlungen vorgegebenen politischen Leitlinien verantwortlich und vertritt den MST in Verhandlungen nach außen, also z. B. in Gesprächen mit der Regierung.

Die Nationale Koordination wiederum besteht pro Bundesstaat, in dem der MST vertreten ist, aus (1993 jeweils zwei) auf dortigen Versammlungen per Akklamation ernannten Vertretern, ferner den Mitgliedern der Nationalen Direktion sowie einer festen Zahl von Mitgliedern der "Nationalen Kommission der Angesiedelten" (1993: zwölf), einem Gremium bereits angesiedelter Landloser. Die Treffen der Nationalen Koordination dienen neben der Ernennung der Direktionsmitglieder genauso wie die Nationalen Treffen des MST und der Angesiedelten vor allem dazu, in gemeinsamer Diskussion die Positionen der einzelnen regionalen Sektionen des MST zu koordinieren, diese zu allgemeinen politischen Positionen und Leitlinien zu entwickeln und die Teilnehmer auf diese "einzuschwören." Daneben findet alle fünf Jahre ein sogenannter "Nationaler Kongress des MST" statt, auf dem die großen politischen Richtlinien von den Delegierten in einem Fünfjahresplan verabschiedet werden. Zum letzten, dem IV. Kongress im August 2000 in Brasília erschienen aus den 23 (von 27) Bundesstaaten, in denen der MST heute präsent ist, insgesamt 11.000 Delegierte.

Obwohl die Strukturen das Bemühen spiegeln, dem öffentlich propagierten Anspruch der Basisgebundenheit und des demokratischen, anti-hierarchischen Charakters der Entscheidungs-

Vgl. zum gesamten Absatz: Bröckelmann-Simon 1994:34 ff.. Der Autor stützt seine Einschätzung an dieser Stelle empirisch durch eine Reihe von ihm geführter Interviews an der Basis des MST ab.

¹⁰¹ Boris 1998:56; genauso die Einschätzung von Bartelt 2000:9

Die Angabe basiert auf Bröckelmann-Simon (1994:281). Dessen Daten erscheinen jedoch aufgrund des Erscheinungsjahres 1994 mittlerweile größtenteils überholt. Die übrigen Zahlenangaben, sofern nicht anders ausgezeichnet, basieren deshalb auf den aktuelleren Daten von Stédile (Stédile/Fernandes 1999:81-86) bzw. der Homepage des MST.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die "Mystik" des MST, die im folgenden Abschnitt behandelt wird. (vgl. Stédile/Fernandes 1999:84)

prozesse gerecht zu werden 105, zeigen sie einen stark hierarchisierten und "vermachteten" Charakter, der sich zum Teil aus der ideologischen Linie des MST erklärt.

4.1.2 Grundlagen der kollektiven Identität

Die Ideologie des MST spielt als Grundlage seiner kollektiven Identität eine enorm wichtige Rolle. In MST-Kreisen wird jedoch nicht von Ideologie, sondern von "mistica" gesprochen. Als Symbole seiner "Mystik" und kollektiven Identität verfügt der MST über eine eigene Fahne und eine eigene Hymne. Inhaltlich vereint der MST in ihr religiöse Motive und "linke" Ideologie. Damit sieht sich der MST vor allem in der Tradition der Theologie der Befreiung, die ihrerseits den historischen Widerspruch von Religion und Sozialismus zu überbrücken sucht. Im Mittelpunkt der "Mystik" steht der Kampf für Land, eine umfassende Agrarreform und sozialen Wandel. Damit wird also nicht nur für die Umverteilung des Landes und den verbesserten Zugang zu Ressourcen (Produktions- und Geldmittel, Saatgut, Bildung, etc.) gestritten, sondern für eine fundamentale Veränderung der oligarchischen Strukturen und der Besitzverhältnisse auf dem Land.

In den 80er Jahren und zu Beginn der 90er Jahre hatte der ideologische Diskurs des MST, wie die Studie von Bröckelmann-Simon verdeutlicht, eine deutlich antikapitalistische Ausrichtung, in der offen die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft propagiert wurde. Aus dieser Interpretation heraus, so der Autor, sei im Grunde ein nationaler Alleinvertretungsanspruch mit einem gewissen Zwang zur Vereinheitlichung von Positionen und Erscheinungsbild nur folgerichtig gewesen. Heute zeigt sich dieser Diskurs jedoch teilweise revidiert bzw. relativiert. So lässt sich João Pedro Stédile aus dem Direktorium des MST öffentlich mit den Worten zitieren, dass der Kampf für den Sozialismus nicht die Mission des MST, sondern diejenige der Parteien sei. Die "historisch wichtigen Ziele" des MST seien lediglich die Eliminierung der Armut auf dem Land und der Kampf gegen die soziale Ungleichheit. Daneben drängt die Führungsebene des MST darauf, in den *Acampamentos* und *Assentamentos* neue Beziehungsgeflechte und kollektive Organisationsformen aufzubauen, durch die der Individualisierung gesellschaftlicher Beziehungen begegnet werden soll. Zusammengenommen zeigt sich daher, dass der ideologische Ansatz des MST immer noch stark unter dem Einfluss sozialistischer Theorien steht, der jedoch in öffentlichen Stellungnahmen keine besondere Betonung erfährt, da offensichtlich erkannt wurde,

¹⁰⁵ Vgl. Stédile/Fernandes 1999:40 bzw. 8 ff.

[&]quot;Mistica" ist in Brasilien ein eigentlich religiös belegter Ausdruck, der häufig von kirchlichen Institutionen verwandt wird, um die Grundlage des Gemeinschaftsgefühls zu umschreiben.

Die Fahne des MST zeigt vor rotem Hintergrund als zentrales Motiv ein stark idealisiertes (in Grün gehaltenes) Landarbeiterpaar, das mit erhobener Faust aus den Umrissen Brasiliens austritt. Die Hymne bezieht sich inhaltlich auf den Kampf um Land, weist jedoch auch zahlreiche religiöse Motive auf.

¹⁰⁸ Vgl. hierzu Stédile/Fernandes 1999:5 ff., 12 ff.

¹⁰⁹ Vgl. Stédile/Fernandes 1999:3 ff.

¹¹⁰ Vgl. Bröckelmann-Simon 1994:273

¹¹¹ Der Artikel "Stédile nega que objetivo do MST seja socialismo" erschien am 11.5.99 in der Zeitung O Povo, S. 9.

¹¹² Vgl. Stédile/Fernandes 199912 ff.

dass der Begriff des "Sozialismus" in weiten Bevölkerungskreisen negative Assoziationen hervorruft.113

Konstatierte Bröckelmann-Simon 1994 infolge des "Alleinvertretungsanspruches" und der Autonomiebestrebungen des MST, die auf die Selbstregulierungskompetenz der Bewegung zur Lösung der anstehenden Probleme setzten, noch "eine gewisse Isolation" und die Ausgrenzung externer Verbündeter¹¹⁴, so spiegelt die Modifikation des ideologischen Diskurses des MST auch das Bemühen, der Gefahr gesellschaftlicher Isolierung offensiv zu begegnen. Programmatisch äußert sich diese neue Ausrichtung in den politischen Leitlinien der Abschlusserklärung des IV. Nationalen Kongresses des MST im August 2000, in denen es heißt:

- "1. Die Organisation der Armen intensivieren, um den massiven Kampf um die Agrarresorm voranzutreiben.
- 2. Die Einheit auf dem Lande aufbauen, neue Formen des Kampfes entwickeln. Helfen bei der Bildung und Stärkung anderer ländlicher sozialer Bewegungen [...].
- 3. Das Elitenmodell bekämpfen, [...]. Die Agrarreform, die wir wollen, um die Probleme im Bereich von Arbeit, Wohnen, Erziehung, Gesundheit und Lebensmittelproduktion für das gesamte brasilianische Volk zu lösen, in die Gesellschaft tragen. /....*]*
- 6. Planen und Ausführen von Aktionen, die getragen sind von Großzügigkeit und Solidarität mit der Gesellschaft, um so neue Werte zu schaffen und das politische Bewusstsein der landlosen Arbeiter zu heben. [...]
- 7. An der Seite der Arbeiter und städtischen sozialen Bewegungen auftreten, vor allem derjenigen, die an der Konstruktion eines "politischen Volksprojektes" ("projeto político popular") interessiert sind, um so die Allianz zwischen Land und Stadt zu stärken. [...]
- 8. Aktionen gegen den Imperialismus entwickeln, u. a. durch die Bekämpfung der Politik der internationalen Organisationen, die in Diensten des IWF, der WTO, der Weltbank und des Amerikanischen Freihandelsabkommens handeln. Und zu kämpfen für die Aussetzung des externen Schuldendienstes.
 - Gegen die Privatisierungen der brasilianischen Staatsbetriebe aufzutreten.
 - Die brasilianische Kultur gegenüber den kulturellen Aggressionen des Imperialismus verteidigen.
- 9. Aktive Beteiligung an den verschiedenen Initiativen, die für die Konstruktion eines "Volksprojektes für Brasilien" stehen.
- 10. Die Bedeutung der Fragen des Umweltschutzes, der Biodiversität [...] herausstellen. [...]
- 11. Die Bewusstseinsschaffung der ländlichen und städtischen Bevölkerung über die Notwendigkeit der Agrar-

Die Erklärung steht damit zum einen deutlich im Zeichen eines breit angelegten zivilgesellschaftlichen Dialogs und Handelns, wobei insbesondere die Allianz mit den Arbeitern und progressiven Gewerkschaften, städtischen und ländlichen sozialen Bewegungen, der Umweltbewegung u. a. bemüht wird. Zum anderen halten die Formulierungen jedoch auch am Antiimperialismusdiskurs fest und lassen z.B. ein Bündnis mit den Linksparteien (wie der Arbeiterpartei PT und den sozialistisch bzw. kommunistisch ausgerichteten Parteien PSB bzw. PcdoB) offen. 116 Diese neue "Allianzpolitik" dürfte auch das Ergebnis des in den 90er Jahren

¹¹³ Stédile selbst räumt ein, dass der MST sich der Schriften von Lenin, Marx, Engels, Mao Tse Tung und Rosa Luxemburg bediene, "um die eine oder andere Sache zu übernehmen." (Stédile/Fernandes 1999:59f.) Der rhetorische Rückzug Stédiles ist sicherlich auch im Zusammenhang mit dem Umdenken der gesamten brasilianischen (und lateinamerikanischen) Linken zu verstehen, die in den 90er Jahren noch relativ lange in den ideologischen Argumentationsmustern aus den Zeiten des Kalten Krieges verharrt war, allerdings dann begonnen hat, den eigenen Diskurs zu überdenken bzw. zu modifizieren.

¹¹⁴ Siehe Bröckelmann-Simon 1994:337-339

^{115 &}quot;4° Congresso Nacional do MST – Linhas políticas reafirmadas no IV Congresso Nacional do MST", www.mst.org.br/historico/congresso/congresso19.html, eingesehen am 11.10.00 um 17:00 Uhr (Übers. aus dem Portugiesischen durch den Verf.)

¹¹⁶ Vgl. auch Stédile/Fernandes 1999:36f.

durchlaufenen Prozesses sein, an dessen Ende die Erkenntnis stand, dass die fundamentale Veränderung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen nicht aus einer isolierten Position heraus vollbracht werden kann. Ihren pragmatischen Ausdruck findet dieser Strategiewechsel im sogenannten "Projeto Popular para o Brasil", dem "Volksprojekt für Brasilien." Es handelt sich dabei um ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, das für die Stärkung basisdemokratischer Prinzipien und für größere soziale und politische Partizipation, Emanzipation und Inklusion der Bürger eintritt.

4.1.3 Das individuelle politische und gesellschaftliche Umfeld

Der letzte Gedanke leitet über zur Betrachtung des politischen und gesellschaftlichen Umfeldes und der Frage nach Gegnern bzw. Verbündeten des MST und der Landlosenbewegung. Dabei sticht auf der Seite potentieller Gegner die zahlenmäßig zwar kleine, jedoch politisch sehr einflussreiche Gruppe der Latifundiários, der Großgrundbesitzer, hervor. Sie stellt sicherlich einen der erbittersten und politisch wie gesellschaftlich einflussreichsten Gegner der Landlosenbewegung dar, spätestens nachdem in direkter Reaktion auf das Erstarken des MST die Gründung der UDR ("União Democrata Ruralista") betrieben worden war. Es handelt sich dabei nicht nur um eine einflussreiche Interessenvertretung, sondern auch um eine militante "Selbstverteidigungstruppe", die Pistoleiros und kleine Privateinheiten verpflichtet, um aktiv den Kampf mit den Landbesetzern aufzunehmen. 117 Die Zahl von wenigstens 102 ermordeten Landlosen, in der Regel lokale Führer und Aktivisten, aus den Reihen des MST zwischen 1987 und Februar 2000 sind sicherlich auch als Ergebnis dieses Konfrontationskurses zu sehen. 118 Daneben haben sich im letzten Jahrzehnt aber auch Einheiten der Militärpolizei, die mit der Räumung von besetzten Grundstücken oder Straßen beauftragt wurden, bei Repressionen gegen Landlose hervorgetan. Beispiele hierfür sind die Erschießung von 19 Landlosen durch eine Einheit der Militärpolizei im Zuge der Räumung einer vom MST blockierten Straße im nördlichen Bundesstaat Pará im April 1996 und die Tötung von zehn Landlosen 1995 bei der Räumung einer besetzten Fazenda in Corumbiará im nördlichen Bundesstaat Rondônia. 119

Da die juristische Zuständigkeit in den meisten Fällen, in die Landlose involviert sind, bei den lokalen Gerichten liegt, haben Landlose aufgrund der klientelistischen Verflechtungen tendenziell auch vor Gericht eine schwache Position inne. Hierfür spricht jedenfalls der hohe Grad an Straflosigkeit bei Verbrechen gegen Landlose und die vielfach praktizierte Diskriminierung Landloser vor Gericht. ¹²⁰ Zugleich wird das Ausmaß der Repressionen und Widerstände deutlich, die den Landlosen aus der Gesellschaft entgegenschlagen. In besonderem Maße macht der MST die Regierung Cardoso und den Kongress für diese Zuspitzung des Konfliktes um Land verant-

118 Vgl. hierzu die Statistiken "*Trabalhadores Rurais do MST assassinados 1987-2000*" (www.mst.org.br/bibliotec/assassinato/mstassassinados.htm) bzw. "*Assassinatos no Campo 1980-1999*" (www.mst.org.br/bibliotec/assassinato/ass89-99.htm) auf der *Homepage* des MST, beide eingesehen am 18.10.00. Letztere besagt, dass sich die Gesamtzahl der zwischen 1980 und 1999 ermordeten Landlosen und Kleinbauern auf mindestens 1481 beläuft. Vgl. auch den Jahresbericht 2000 von Amnesty International (Rubrik "Landkonflikte"), a. a. O.

¹¹⁷ Vgl. u. a. Hammond 1999:471, 474

Auch in Deutschland beschäftigte das "Massaker von Eldorado dos Carajás" die Medien. Martin Gester etwa widmete ihm in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.04.96 den Artikel "Land der Massaker, Land der Empörung" auf S. 10.

Vgl. exemplarisch den Fall von José Rainha und die Verhandlung zu Eldorado dos Carajás, u. a. nachzulesen im Jahresbericht 2000 von Amnesty International (a. a. O.) bzw. bei Hammond 1999:476f.

wortlich, da diese die notwendigen Maßnahmen zulange verschleppt bzw. verwässert hätten. ¹²¹ Dabei wird die Regierung zum einen an ihrem Versprechen zu Beginn der ersten Amtszeit Cardosos 1995 gemessen, in dem die Durchführung einer umfassenden Agrarreform propagiert wurde. Zwar kann die Regierung auf eine im Vergleich zu den Vorgängerregierungen relativ hohe Zahl angesiedelter Landloser verweisen, allerdings gibt der MST zu bedenken, dass die Mehrzahl der Ansiedlungen nur in Reaktion auf die vorherige Besetzung durch die Landlosen betrieben wurde. Zum anderen wird angeführt, dass die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung mit umfassenden Privatisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen und der weltmarktorientierten Modernisierung der Landwirtschaft dazu geführt hat, dass die Zahl der Landlosen nach 1994 insgesamt nicht ab-, sondern noch zugenommen habe. ¹²²

Zusammengenommen zeigen sich erhebliche Ressentiments und Widerstände, gerade aus den Kreisen der wirtschaftlichen und politischen Eliten, gegen die Landlosenbewegung bzw. den MST und seine Vorgehensweise. Allerdings gibt es auch gesellschaftliche Gruppen, die den MST unterstützen. Dazu zählt traditionell die Kirche in Gestalt der christlichen Basisgruppen, der Landpastorale CPT und der brasilianischen Bischofskonferenz CNBB. 123 Daneben haben vor allem die autonomen Gewerkschaften unter der Führung des Gewerkschaftsbundes CUT und die zu Anfang der 80er Jahre aus der Szene der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hervorgegangene Arbeiterpartei PT das Engagement der Landlosen politisch und teilweise logistisch unterstützt. 124 Zudem haben in den letzten Jahren Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen und Organisationen eine größere Relevanz in der Strategie des MST erhalten. Das Projeto Popular als sicherlich bedeutendstes Beispiel der neuen Allianzpolitik wurde in den Jahren 1996/97 ins Leben gerufen. 125 Es handelt sich dabei um ein breit angelegtes Bündnis, an dem neben dem MST kirchliche Einrichtungen wie die Sozialpastoralen der katholischen Kirche, die beiden autonomen Gewerkschaftsdachverbände, die in den 90er Jahren gegründete Zentrale der Volksbewegungen CMP und andere zivilgesellschaftliche Organisationen wie die dem MST nachempfundene städtische Obdachlosenbewegung der Sem Teto und die Indigenenbewegung partizipieren. Die Träger des Bündnisses haben neben kontinuierlicher Aufklärungsarbeit auch verschiedene Großveranstaltungen organisiert, die im anschließenden Kapitel näher betrachtet werden.

Darüber hinaus vermochte es der MST in kleinerem Rahmen immer wieder, populäre Künstler und Intellektuelle zu Solidaritätsbezeugungen und -aktionen zu bewegen. Beispiele hierfür sind Musikkonzerte, Fotoausstellungen – wie die des renommierten brasilianischen Fotografen Sebastião Salgado mit Bildern aus dem Umfeld der Landlosenbewegung – u. a.. ¹²⁶ Außerdem hat

¹²¹ Vgl. zu den Vorwürfen die "Carta ao Presidente", a. a. O.; João Pedro Stédile im Interview mit Chico Max, veröffentlicht in der Zeitschrift Caros Amigos, Nr. 8, November 1997, S. 26-33; ergänzend: Boris 1998:57f. und Hammond 1999:483f.

¹²² Vgl. hierzu den Artikel "Großgrundbesitzer setzen auf Gentechnik – Millionen von Kleinbauern droht die Marginalisierung" von Wolfgang Hees im Sonderheft der Lateinamerika Nachrichten "500 Jahre Brasilien – Auf den Blickwinkel kommt es an", Nr. 311 vom Mai 2000, S. 32. Darin verweist Hees darauf, dass die Zahl landloser Familien von 4,8 Mio. 1995 auf mittlerweile über 5 Mio. angestiegen sei und das die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe im letzten Jahrzehnt von 5,8 Mio. auf 4,8 Mio. gesunken sei.

Vgl. hierzu z. B. die Erklärung der Bischofskonferenz CNBB "Letzte Hoffnungen – Leere Versprechungen", zitiert in der Zeitschrift des Instituts für Brasilienkunde "Brasilien-Dialog", Nr. 3/4/95, S. 4 ff.

¹²⁴ Vgl. Boris 1998:54; Birle 2000:257

¹²⁵ Vgl. hierzu Hees 2000a:16

vgi. meizu riees 2000a.10

¹²⁶ Informationen zu der Ausstellung von Salgado finden sich auf der Seite "Campanha TERRA" des MST, www.mst.org.br/campanha/terra/indice.htm, eingesehen am 16.10.00.

der MST in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen unternommen, die Forderungen nach einer umfassenden Agrarreform und sozialem Wandel zu internationalisieren und über die Grenzen hinaus Solidaritäten und Unterstützung für die eigenen Belange zu erhalten. ¹²⁷ Ein Beleg hierfür ist die Mitbegründung des internationalen Bündnisses von Kleinbauernorganisationen, *La Via Campesina*, das in Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsorganisationen die Kampagne "Brot, Land und Freiheit" zur Durchsetzung von Agrarreformen in verschiedenen Dritte-Welt-Ländern führt. ¹²⁸

4.1.4 Das Spektrum der Aktions- und Protestformen

Die potenzielle Massenmobilisierung landloser Bauern versetzt den MST in Brasilien in die Lage, eine ganze Reihe medien- und öffentlichkeitswirksamer direkter und demonstrativer Aktionsund Protestformen zu initiieren. Die authentische Form seines direkten Protests sind dabei seit dem Ende der 70er Jahre die Landbesetzungen. Diese werden in der Regel durch parallel stattfindende, temporäre Besetzungen von öffentlichen Plätzen oder zentralen Straßen flankiert, um so zunächst von der Landbesetzung abzulenken, dann jedoch möglichst große Aufmerksamkeit auf diese zu lenken, da diese ein gewisses Maß an Sicherheit vor gewaltsamen Räumungen bietet. Dabei hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die MST-Führung es durchaus geschickt versteht, Landbesetzungen öffentlichkeitswirksam zu lancieren. So wurde etwa anlässlich der 500-Jahr-Feiern der "Entdeckung" Brasiliens angekündigt, der MST werde der 500 Jahre durch 500 Landbesetzungen gedenken.

Neben den eigentlichen Land- und Parallelbesetzungen sind vorübergehende Besetzungen öffentlicher Gebäude, und dabei besonders des Landwirtschaftsministeriums und der ihm angeschlossenen Agrarreformbehörde INCRA, *Sit-ins*, Hungermärsche, Blockaden von Straßen, Gebäuden und Grundstücken wichtige direkte bzw. demonstrative Aktionsformen, um Öffentlichkeit zu erzeugen, aber auch direkten Einfluss auf die politische Sphäre auszuüben. So wurde z. B. im September 2000 die Privat-*Fazenda* des brasilianischen Präsidenten Cardoso von ca. 650 Landlosen blockiert, um den Forderungen des MST in den gerade stattfindenden Verhandlungen mit der Regierung Nachdruck zu verleihen. ¹³⁰

Die Rolle des Staates als Adressat des demonstrativen, aber auch intermediären Protests, der in Verhandlungsrunden, Petitionen und offenen Briefen zum Ausdruck gebracht wird¹³¹, erklärt sich zum einen aus dessen Zuständigkeit für die Durchführung der Agrarreform – die sich in der Existenz einer nationalen Agrarreformbehörde, der INCRA, manifestiert – und zum anderen durch den gesellschaftlichen Hintergrund der Verschränkung von ökonomischer und politischer Macht.

¹²⁷ So verweist Melchers darauf, dass der MST "in ganz Lateinamerika an den Verhandlungstischen und Konferenzen präsent [ist], wann immer es um Agrarpolitik und Agrarreform geht." (vgl. Melchers, Ingo: "Reform oder Revolution – Agrarreform und Modernisierung in Brasilien", in: ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Nr. 215, Mai 1998, S. 14)

Vgl. FIAN 1998: ff. bzw. FIAN: "Brot, Land und Freiheit – Globale Kampagne für die Agrarreform in Brasilien", www.fian.de/frames.htm, eingesehen am 17.10.00

¹²⁹ Zuchold/Stiel 2000:20

¹³⁰ Karnofsky 2000:10

Vgl. exemplarisch zum Klima der Verhandlungsrunden den Artikel von Secco (2000:42) und zum Stil der offenen Briefe die "Carta ao Presidente" an den Präsidenten Cardoso. (www.mst.org.br/informa/info 32.htm, eingesehen am 20.7.2000)

Den Widerstand, den der MST klassischerweise gegen die Regierung übt, klassifiziert Dieter Boris als eine "Strategie der bewußten und eskalierenden Konfrontation."¹³² Allerdings hat sein Protest in der zweiten Hälfte der 90er Jahre durch seine gestaltende Rolle bei der Errichtung des *Projeto Popular*¹³³ eine neue Dimension hinzugewonnen. So wurde beispielsweise im vergangenen Jahr der sogenannte "*marcha popular pelo Brasil*" ("Marsch des Volkes durch Brasilien") veranstaltet. Der Kern des Marsches bestand aus ca. 1100 Personen, in der Mehrzahl Landlose, die zu Fuß von Rio de Janeiro in die ca. 1600 Kilometer entfernte Hauptstadt Brasilia marschierten. In zwei Monaten wurden dabei mehr als 130 Städte, Dörfer und Siedlungen des Landesinneren durchquert und unterwegs Seminare, Diskussionen, Workshops, Konferenzen und Informationsveranstaltungen abgehalten, die sich mit Themen wie der Agrarreform und den sozialen Missständen in Brasilien auseinander setzten. Zeitweilig wuchs so die Zahl der Teilnehmer dieses "pädagogischen Marsches" auf ca. 10.000 Personen an. ¹³⁴

Im letzten Jahr wurde im Rahmen der "Consulta Popular" in der Woche vor dem 7. September, dem Nationalfeiertag des Landes, landesweit in einem inoffiziellem "Plebiszit" über die Rechtmäßigkeit der Auslandsverschuldung, ihre Rückzahlbarkeit sowie die Kündigung des Vertrages mit dem IWF abgestimmt, um die Öffentlichkeit für diese Thematik zu sensibilisieren und die Regierung unter Druck zu setzen. Dabei wurden landesweit über 5000 Urnen aufgestellt, in denen nach verschiedenen Schätzungen über sechs Millionen wahlberechtigte Bürger ihre Stimme abgaben und sich dabei mehrheitlich gegen die Rückzahlung der Auslandsschulden, für den Bruch mit dem IWF und die Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik aussprachen. 135

Ein letztes Beispiel für neue Qualität des Protests des MST war die Teilnahme an der Kampagne, die 1999 zur Verabschiedung des Gesetzes 9840/99 führte, einem Gesetz, das den Stimmenkauf bei Wahlen illegalisiert und u. a. Politiker, die des Stimmenkaufs überführt werden, von der Wahl ausschließt. Dabei war es zum erstenmal seit seiner Einführung durch die Verfassung von 1988 (Artikel 61) zu einem Volksbegehren gekommen. Eine Million Wähler, die dem vorgeschriebenen Mindestmaß von einem Prozent der Gesamtwähler (Artikel 61 (2)) entsprachen, waren durch die 15monatigen Anstrengungen des eigens hierzu gegründeten Netzwerks von über 60 nichtstaatlichen Organisationen – darunter der MST – mobilisiert worden, den "Gesetzentwurf des Volkes" (Artikel 61 (2)) in Form einer Petition zu unterschreiben. Flankiert wurde die Unterschriftenaktion durch eine breit angelegte Informations- und Aufklärungskampagne,

Verschiedentlich wird in diesem Zusammenhang auch der Begriff der "Consulta Popular" ("Volksbefragung") verwendet. Sie stellt jedoch nur einen Aspekt des Projeto Popular dar.

¹³² Boris 1998:57

Vgl. die Angaben in dem Artikel "Capital thronged with Protesters" im Latin American Brazil Report vom 19.10.99, S. 3 bzw. bei Vasco 1999:6

Vgl. Dilger 2000a:35f. Dilger verweist darauf, dass die Aktion den Sprecher des Repräsentantenhauses, Michel Temer, in einem Interview zu der Äußerung veranlasst haben soll, die "Bekundung des Volkswillens zu berücksichtigen."; daneben siehe auch: Hees 2000a:17 bzw. 2000b:26 f.

Die Ausführungen dieses Teils beziehen sich auf den Artikel von Chico Whitaker (2000:22) sowie die Informationen im Internet auf den Seiten der Lei-9840-Kampagne (www.lei9840.org.br, eingesehen am 12.10.2000), die unter dem Motto "Lei 9840 – Voto não tem preço, mas consequências" ("Das Gesetz Nr. 9840 - Die Stimme hat keinen Preis, sondern Konsequenzen") stehen. Den Hintergrund der Kampagne bildete eine Studie der CNBB, die gezeigt hatte, in welchem Ausmaß der Stimmenkauf bei den vorangegangenen Wahlen betrieben worden war, um in ein politisches Amt gewählt zu werden.

die, zunächst noch beschränkt auf die Medien alternativer Öffentlichkeit¹³⁷, mit zunehmender Dauer auch in den großen Medien des Landes Berücksichtigung erfuhr. Interessant war nicht nur das erfolgreiche Zustandekommen des Begehrens, sondern vielmehr seine Rezeption im brasilianischen Kongress. Binnen 35 Tagen debattierten Abgeordnetenhaus und Senat das Reformvorhaben, und fast unmittelbar nach seiner Verabschiedung wurde es vom Präsidenten Cardoso gegengezeichnet, einen Tag vor dem Stichtag, der ihm bereits für die Wahlen im Herbst 2000 Gültigkeit verlieh. ¹³⁸ Vergegenwärtigt man sich demgegenüber die größtenteils überaus schleppende Gesetzgebungspraxis in Brasilien, ist dieses Beispiel dazu angetan, die Relevanz der These, dass breit angelegte Massenmobilisierung am ehesten politische Einflussnahme verspricht, zu belegen. Bezogen auf den MST lässt sich hingegen festhalten, dass dieser in der zweiten Hälfte der 90er Jahre an der Mehrzahl der großen Mobilisierungen, zum Teil in zentraler Position, teilgenommen hat.

4.1.5 Die Rezeption in der Öffentlichkeit

Wie Sérgio Costa in seiner Analyse zur Medienlandschaft in Brasilien zeigt, ist die öffentliche Meinung im "Fernsehland Brasilien" stark von der Berichterstattung der großen Medienkonzerne abhängig. Das Verhältnis des MST zu diesen Sendern ist indes ambivalent. So reduziert sich die Berichterstattung der großen Sender über den MST zunächst im wesentlichen auf spektakuläre Ereignisse. Ein solches war das bereits erwähnte "Massaker von Eldorado dos Carajás", über das im April 1996 breit berichtet wurde, wobei als "Highlight" ein Amateurvideo der Tat zu sehen war. Über den Sternmarsch des MST auf Brasília ein Jahr später, der in Mahnung des "Massakers" stattfand, wurde ebenfalls noch intensiv berichtet. Außerdem trug der größte TV-Sender des Landes, Rede Globo, mit der populären telenovela – einer eigenständigen brasilianischen Form der Soap Opera – "O Rei do Gado" ("Der Herr des Viehs") im selben Jahr nachweislich zu einer zusätzlichen Solidarisierung mit den Belangen der Landlosen bei. So ergaben Umfragen, dass zum damaligen Zeitpunkt 83 bis 85% der Bevölkerung Landbesetzungen, sofern friedlich vollzogen, als legitim ansahen. Die Germanschen der Belangen der Landbesetzungen, sofern friedlich vollzogen, als legitim ansahen.

Allerdings lässt sich hieraus kein genereller Rückschluss auf den Umgang der Medien mit dem MST ziehen. Zu einem weniger positiven Bild kommt z. B. die Journalistin und Direktorin der NGO *Justiça Global* Maria Luisa Mendonça in ihrer Analyse der Rezeption des MST in den vier

Eine wichtige Rolle spielte dabei vor allem das Internet, in dem Hintergrundinformationen, Ratschläge zur Gründung von sogenannten "Komitees 9840" u. a. zur Verfügung gestellt wurden.

¹³⁸ Vgl. Whitaker 2000:22

Costa verweist u. a. darauf, dass mittlerweile 92% der brasilianischen Haushalte Fernsehen empfängt, wohingegen die Leserdichte bei Zeitungen mit 57 pro 1000 Einwohner einen extrem niedrigen Wert erreich t (zum Vergleich: in Deutschland liegt die Leserdichte bei 350, in den USA bei 268 und in Mexiko bei 120). In einer Umfrage 1988, so Costa, hielten 80% der Brasilianer den größten Medienkonzern des Landes, Rede Globo, der sich im Besitz des konservativen Medienmoguls Roberto Marinho befindet, für einflussreicher als den Präsidenten, die Kirche und den Nationalkongress. (Costa 1997:56)

Vgl. Hammond 1999:472 bzw. Faltheuer 1997:67. Die Novela spielt sich vor dem Hintergrund einer Landbesetzung ab. Ihre Protagonisten waren ein überaus "fieser" Großgrundbesitzer und dessen Sohn, der sich in eine "wunderhübsche", sympathische Besetzerin verliebt.

¹⁴¹ Vgl. hierzu: Mendonça 1999; Lima 1999:51

größten Zeitungen des Landes aus dem Jahre 1999. ¹⁴² Zwar ist dessen Präsenz in den untersuchten Zeitungen, wie die Zahl von 300 Artikeln in vier Monaten zeigt, grundsätzlich hoch, allerdings, so die Autorin, sei der MST, zumindest seit 1998, in zunehmendem Maße als gewalttätiger Aggressor, potentielle Guerilla-Organisation und *Agent provocateur* behandelt worden. Allgemein, so Mendonça, zeigt sich die Darstellung in der Mehrheit der von ihr untersuchten Artikel in Bezug auf den MST als negativ, tendenziös zugunsten von Landeigentümern und Regierung und unkritisch gegenüber Polizeieinsätzen. Als deren Folge wird vom MST der Eindruck "einer wütenden Bande, die mit allen zerstritten ist und bei jeder Gelegenheit Krach schlägt," erweckt. ¹⁴³

Untermauert wird das Ergebnis von Mendonça durch die Vorwürfe, die im letzten Jahr in einigen Zeitungen und Fernsehsendern erhoben wurden, wonach der MST angeblich die Allianz anderer lateinamerikanischer Massen-, jedoch auch Guerillaorganisationen (die Rede war u. a. vom peruanischen *Sendero luminoso*) suche, um einen bewaffneten Kampf vorzubereiten. Ziel dieses Kampfes sei es, "to overthrow the government and install socialism. "A44 Die Wogen der Gerüchte schlugen so hoch, dass sie in einem persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten Cardoso ausgeräumt werden mussten.

Als Folge dieser Berichterstattung scheint auch die Sympathie für den MST in der Bevölkerung zu sinken. So wurde im letzten Jahr in der größten Zeitschrift des Landes, der *Veja*, sogar auf den angeblichen Tiefpunkt der "Bewegung" hingewiesen. Nur noch 28% der Bevölkerung verspürten danach Sympathie für die Ziele des MST.¹⁴⁵

Umso wichtiger zeigen sich in einem solchen Umfeld die eigenen medialen Ausdrucksformen des MST, die dazu beitragen, eine alternative Gegenöffentlichkeit zu bilden. Dazu zählen vor allem die unmittelbaren Diskussionsforen und -arenen, die sich im Zusammenhang mit den zuvor dargelegten Aktionsformen ergeben. Einen wesentlichen Beitrag in diesem Sinne liefern sicherlich die "pädagogischen Märsche" im Rahmen des *Projeto Popular*, aber auch die öffentlichen Auftritte im Zuge der *Consulta Popular*, während derer sich breiter Raum für diskursive Kommunikation bietet. Daneben hat der MST ein Programm unter dem Titel "Solidaritätstourismus" entworfen, das in- und ausländische Touristen in die *Acampamentos* und *Assentamentos* einlädt, um diesen die Probleme der Landlosen näher zu bringen und Solidarisierungen über die Landesgrenzen hinaus zu erreichen. ¹⁴⁶ In diesem Sinne ist das Programm, genauso wie die Informationsveranstaltungen und Kongressteilnahmen von MST-Aktivisten im Ausland, als Erschließung öffentlicher Arenen zu interpretieren. Darüber hinaus zeigt die hohe Frequenz von Berichten über den MST in ausländischen Zeitungen und im Fernsehen, aber auch die zahlreichen Kontakte zu internationalen NGO's, dass der MST die Bedeutung internationaler Solidaritäten erkannt hat und zu nutzen versteht.

_

Die Autorin legt 300 Artikel, die den MST zum Thema haben, aus den Zeitungen Folha de São Paulo, O Globo, O Estado de São Paulo und Jornal do Brasil in der Zeit vom 20. April bis zum 20. August 1999 zugrunde. (Mendonça 1999)

¹⁴³ Vgl. Mendonça 1999

¹⁴⁴ Vgl. hierzu die Artikel "MST denies `armed struggle' claims" im Latin American Brazil Report vom 6. Juli 1999, S. 6, bzw. "MST puts demands to President" vom 10.8.99, S. 7.

Siehe Lima 1999:51; als Gründe für den Popularitätsverlust führt der Autor in allerdings stark polemisierender Weise das aggressive Auftreten und die verfehlten Konzepte des MST an.

Vgl. hierzu den Artikel "Touren zu den Siedlungen der `Landlosen-Bewegung" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 04.01.01, S. 9. Danach haben im Jahr 2000 nach Angaben des MST rund 40.000 Personen, darunter die Hälfte Ausländer, die Lagersiedlungen besucht.

Vorteilhaft erweisen sich dabei die verschiedenen institutionalisierten Medien, über die der MST verfügt. So wird seit der Öffnung des Nationalen Sekretariats in São Paulo die Monatszeitschrift *Jornal Sem Terra* herausgegeben, die sich mit dem aktuellen Geschehen im und um den MST beschäftigt. Den Schwerpunkt des eigenen medialen Ausdrucks stellt indes das Internet dar, in dem auf der eigenen Homepage neben dem *Jornal Sem Terra* zahlreiche Artikel, Hintergrundinformationen, Statistiken und Daten veröffentlicht werden. Bezogen auf Brasilien sollten diese medialen Ausdrucksformen, was deren Breitenwirksamkeit betrifft, aufgrund ihres limitierten Zugangs zwar nicht überschätzt werden – wichtiger erscheinen hier tatsächlich die Präsenzöffentlichkeiten und einige kleine Radiostationen, die der MST betreibt –, aber international tragen sie enorm zur Verbreitung der eigenen Anliegen und zur Schaffung von Solidaritäten und politischem Druck bei.

4.1.6 Einschätzung des realen Demokratisierungspotenzials

Der Aspekt der Selbsthilfe, aber auch der staatsbürgerlichen Sozialisierung kommt vor allem in der Wahrnahme politisch-bürgerlicher, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Grundrechte auf lokaler Ebene zum Ausdruck. Die Grundlage hierfür bilden die Acampamentos und Assentamentos. Nach Angaben des MST wurden in der Zeit von 1990 bis 1999 2194 Acampamentos mit insgesamt 368.325 beteiligten Familien errichtet. 148 Daneben wurden zwischen 1979 und 1999 (nach einer Studie der Universität von Espírito Santo) brasilienweit 3958 Assentamentos mit 475.801 angesiedelten Familien gezählt. 149 Wie eine 1992 von der United Nations Food and Agricultural Organisation (FAO) in Auftrag gegebene Studie beweist, liegt der durchschnittliche Verdienst eines Angesiedelten mit 3,7 Mindestlöhnen im landesweiten Vergleich deutlich über dem allgemeinen Durchschnittseinkommen auf dem Land, und dies bereits nach einer relativ kurzen, maximal zehn- bis zwölfjährigen Laufzeit eines Assentamentos – denn die ersten entstanden, wie gesehen, erst Ende der 70er Jahre. 150 Damit tragen die Assentamentos als Ausdruck der "landlosen Selbsthilfe" essenziell dazu bei, die in der Verfassung definierten sozialen Rechte zu realisieren. Dies um so mehr, als die Assentamentos nicht nur die Grundlage des wirtschaftlich-sozialen Aufstiegs bilden, sondern auch den Ort staatsbürgerlicher Sozialisation bzw. sozialer Erziehung, die sich in den Seminaren, Diskussionen, Alphabetisierungs- und Fortbildungskursen für Erwachsene und in den über 800 siedlungsinternen Grundschulen vollzieht. 151

Daneben sind aber auch die Erfahrungen des konkreten und gemeinsamen politischen Engagements als sozialer Lernprozess aufzufassen. Gerade Landlose und Kleinbauern sind eine der in

Die Zeitschrift erreichte 1993 bereits eine Auflage von 30.000, darunter 9000 feste Abonnenten (Bröckelmann-Simon 1994:281).

Die Zahlen sind aufgeführt in der MST-Statistik "Acampamentos e número de famílias 1990-1999", www.mst.org.br/bibliotec/acampam/acamptot.htm, eingesehen am 16.10.2000.

Die Zahlen entstammen der Statistik "Assentamentos 1979-1999", veröffentlicht auf der MST-Seite www.mst.org.br/bibliotec/assentam/assent4.html, eingesehen am 16.10.2000.

Vgl. zu der FAO-Studie: Hammond 1999:480. Der Autor verweist an selbiger Stelle auf den Zusammenhang, wonach längere Laufzeiten der Assentamentos in der Regel auch zu gesteigerter Produktion führen, zumal die Infrastruktur der besetzten Ländereien in der Mehrzahl der Fälle erst von den Besetzern geschaffen werden muss

Vgl. Boris 1998:57 bzw. MST: "Summary of Current Projects", www.mstbrazil.org/ summary.html, eingesehen am 16.10.2000. Danach werden in den Schulen, die Mitte der 90er Jahre von der UNICEF ausgezeichnet wurden, derzeit ca. 75.000 Kinder von über 2800 vom Munizip gestellten Lehrern unterrichtet.

der brasilianischen Gesellschaft unterprivilegiertesten Gruppen, in der über Jahrhunderte hinweg ein striktes Abhängig- und Hörigkeitsverhältnis gegenüber dem Gutsherrn und ein hohes Maß an Lethargie, Apathie und Passivität gepflegt worden war, das durch deren geringes Bildungsniveau und unterentwickeltes Rechtsempfinden begünstigt wurde. Die Erfahrungen des politischen Engagements tragen daher u. a. dazu bei, die agrarische Ungleichverteilung als kein partikuläres, sondern als ein strukturelles Gesellschaftsproblem in der Verantwortung des Staates zu erkennen und die eigenen Rechte als Bürger dieses Staates auf der Grundlage der Verfassung von 1988 wahrzunehmen. Insofern fördert die Bewegung der Landlosen ein neues, bis dato unbekanntes staatsbürgerliches Selbstbewusstsein unter den Angehörigen dieser rechtlich, politisch und wirtschaftlich unterprivilegierten sozialen Gruppe.

Im Rahmen kritischer Öffentlichkeitsbildung und politischer Einflussnahme bewahrheiten sich für den MST einige der im Theorieteil entwickelten Annahmen. So zeigt sich einerseits, dass sich das Zusammenspiel von straffer interner Organisation und großem Mobilisierungspotenzial an der Basis positiv auf die öffentliche Wahrnehmung, national wie international, auswirkt. Als Folge dieser Wahrnehmung wird dem MST sowohl in der gesellschaftlichen wie in der institutionalisierten politischen Sphäre eine beachtliche Aufmerksamkeit zuteil. Diese wiederum wusste die Führung des MST bislang geschickt zu nutzen, insofern als sie die Landlosenbewegung als Wortführer gegen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Missstände im Zentrum der "neuen" sozialen Bewegung Brasiliens zu etablieren verstand.

Ferner hat insbesondere die Erfahrung der *Lei-9840*-Kampagne gezeigt, dass breiter Massenprotest dazu angetan ist, die institutionalisierte politische Sphäre zu beeinflussen und deren Politik in Teilbereichen zu innovieren bzw. zu korrigieren. Insofern sind dem MST, vor allem im Zusammenspiel mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, auch in diesem Bereich konkrete Erfolge zu attestieren, zumal das Heranführen der Landlosen an das soziopolitische System nicht nur als staatsbürgerliche Selbsthilfe und Sozialisation, sondern auch als höherer Grad an Inklusion der Bevölkerung und somit als Teilkorrektur des Systems zu interpretieren ist.

Die zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Resistenzen, die dem MST gerade vonseiten der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Eliten entgegenschlagen, zeigen zudem, dass die tendenziell destabilisierende Wirkung des MST auf bestimmte Bereiche des realen politischen Systems als Gefahr erkannt und ernstgenommen wird. Insofern verdeutlicht die Analyse des MST, dass das Streben sozialer Bewegungen bzw. der sie konstituierenden Akteure innerhalb Brasiliens nicht automatisch "nur" als politische Einflussnahme gewertet, sondern unter Bezugnahme auf die Ideologie des MST durchaus auch als Griff nach politischer Macht interpretiert werden kann. Dass dies auch getan wird, zeigen u. a. die in Kapitel 4.1.5 zitierten Vorwürfe, wonach der MST einen gewaltsamen Machtwechsel vorbereite. In welchem Maß die Interpretation allerdings tatsächlich zutrifft, bleibt spekulativ und schwer zu belegen. Das Beispiel des MST zeigt hingegen deutlich, dass die soziale Bewegung in Brasilien in den 90er Jahren in Bezug auf Inhalte und Breitenwirksamkeit eine neue Qualität erreicht hat.

-

¹⁵² Vgl. Boris 1998:43f.

4.2 Die indigene Bewegung

Die indigene Bewegung wurde in der Vergangenheit häufig nur unscharf von der *Campesino*-Bewegung getrennt, die Belange der Indigenen mit denen der Kleinbauern gleichgesetzt. Allerdings verkennt diese Gleichsetzung das Wesen indigener Bewegung, das nur vor dem Hintergrund eines effektiven Minderheitenschutzes und den besonderen historischen Umständen von fünf Jahrhunderten sozialer und kultureller Unterdrückung und Dezimierung indigener Völker zu verstehen ist. Mittlerweile wird angenommen, dass um 1500, der ersten Ankunft von Portugiesen in Brasilien, auf dem heutigen Territorium Brasiliens zwischen fünf und sechs Millionen Indigene gelebt haben, die sich nach verschiedenen Schätzungen in 700 bis 900 verschiedene Völker und Volksgruppen aufspalteten. Aktuell, nachdem der vorläufige Tiefpunkt Anfang der 80er Jahre mit nur noch ca. 200.000 Angehörigen indigener Völker überschritten ist, beträgt der Anteil Indigener mit ca. 325.000 etwa 0,2% der Gesamtbevölkerung. 154

Traditionell wurde in Brasilien bis in die 80er Jahre hinein eine assimilatorische und paternalistische staatliche Indigenenpolitik betrieben. Eine wichtige Funktion bei der Umsetzung und Durchführung dieser Politik kam seit ihrer Gründung 1973 der Nationalen Indigenenbehörde FUNAI zu. Diese hatte ihre Indigenenpolitik ganz im Zeichen einer positivistischen Grundeinstellung ausgerichtet, die Indigenen – vergleichbar "großen, ungehobelten, unangepassten Kindern" – grundsätzlich eine Entwicklungsfähigkeit zusprach, die gefördert werden müsste. Ziel dieser Förderung war das Erreichen des "zivilisatorischen Niveaus" des Restes der Gesellschaft. Damit war die FUNAI ursprünglich von den militärischen Machthabern dazu konzipiert, nicht etwa die ethnische und kulturelle Vielfalt zu schützen, sondern langfristig deren Verschwinden und zugleich das Entstehen einer herrschaftsstabilisierenden nationalen Einheitskultur zu fördern.

Als Gegenpol zur staatlichen Indigenenpolitik etablierte die katholische Kirche 1972 den Indigenen Missionsrat CIMI ("Conselho Indigenista Missionário"), einen dezentral organisierten Dachverband zur Verteidigung indigener Interessen. Der CIMI setzte es sich zur Aufgabe, auf dem Fundament der Theologie der Befreiung die Indigenen in ein breites gesellschaftliches "Bündnis der Armen" einzubinden und trug damit in dieser Phase wesentlich zur Gründung erster indigener Organisationen bei. 156

Den ersten Schritt auf dem Weg zu einer nationalen indigenen Bewegung stellte 1980 die Gründung der heute bedeutungslosen UNI ("União de Nações Indígenas") im Süden des Landes dar. Die UNI war zwar weit davon entfernt, den Anspruch einer nationalen Vertretung indigener

Van Cott zeigt in ihrem Aufsatz auf, dass sowohl der Liberalismus als auch der Marxismus als die beiden einflussreichsten Denkschulen der 50er, 60er und 70er Jahre in Lateinamerika die Indigenenfrage nicht als ethnisch-kulturelles sondern als sozioökonomisches bzw. entwicklungspolitisches Problem begriff. (Cott 1994:5)

Die Zahlenangaben zur heutigen Situation beruhen auf offiziellen Zählungen, zusammengefasst auf der Seite "Povos Indigenas" der kirchlichen Indigenenbehörde CIMI (www.cimi.org.br, eingesehen am 31.10.2000). Die Zahlen für die 80er Jahre entstammen dem Aufsatz von Souza Jr. (1994:213). Die Schätzungen für den Beginn des 16. Jahrhunderts variieren je nach Quelle, liegen jedoch größtenteils im Rahmen der angegebenen Zahlen: Prien spricht z. B. von 5 Millionen und 700 Ethnien (Prien 1997:174), indigene Organisationen sprechen von "über fünf Millionen Indigenen und 970 Völkern" ("Manifesto – Brasil: 500 Anos de Resistência Indigena, Negra e Popular", www.cimi.org.br, eingesehen am 31.10.2000), die brasilianische Bischofskonferenz CNBB gar von sechs Millionen Indigenen (CNBB 2000:79).

¹⁵⁵ Vgl. hierzu die Ausführungen bei August 1995:7 ff., 195-199

¹⁵⁶ Vgl. August 1995:14 ff.

Völker und Organisationen zu erfüllen, trotzdem werden ihr vor allem hinsichtlich der Neuausrichtung der Indigenenpolitik in der Verfassung von 1988 große Verdienste zugeschrieben. 157 Nach der Einschätzung des Rechtsprofessors Carlos Frederico Marés de Souza Filho wurde erst mit dieser Verfassung, in der zum ersten Mal die Existenz kollektiver indigener Rechte und die Eigenheit indigener sozialer und kultureller Strukturen anerkannt wurden, ein zumindest theoretischer Schlussstrich unter die Integrations- und Assimilationspolitik gezogen. 158 Als Schlüsselstelle muss dabei der Artikel 231 der Verfassung von 1988 angesehen werden, in dem es heißt:

"Article 231 [Native Populations and Lands]

(0) Indians shall have their social organization, customs, languages, creeds, and traditions recognized, as well as their native rights to the lands they traditionally occupy, it being incumbent upon the Republic to demarcate them and protect and ensure respect for all their property." 159

Damit birgt der Artikel 231 auch die Grundlage für die Anerkennung eines Gebietes als "indigen", nämlich durch seine sogenannte Demarkierung. Erst nach Abschluss des Demarkierungsverfahrens bestehen für die Angehörigen dieses Gebietes bestimmte Nutzungs- und Verfügungsrechte. 160 Die Demarkierung selbst setzt vor allem zwei Bedingungen voraus. Zunächst muss ein indigenes Volk als solches von der FUNAI (nach anthropologischen Gesichtspunkten) offiziell anerkannt werden, und des weiteren muss das Gebiet, das von einem Volk oder einer Gruppe bewohnt wird, von einer hierzu entsandten Expertengruppe als deren traditionelles Gebiet erachtet werden. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann der zeitaufwendige Demarkationsprozess beginnen, in dem seit der Einführung des Dekrets 1775/96 durch die Regierung Cardoso 1996 Dritte, die Ansprüche auf das Land geltend machen, innerhalb einer 90tägigen Frist Widerspruch gegen die Demarkierung des Gebietes einlegen können. 161 Ursprünglich war der Abschluss des Demarkationsprozesses durch eine Übergangsregelung bis spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung, also bis 1993, vorgeschrieben worden, musste jedoch aufgegeben werden. 162

Daneben gesteht der Artikel 232 der Verfassung indigenen Völkern explizit das Recht zu, die eigenen Interessen und Rechte zu verteidigen. 163 Mit diesen Passagen übte, wie u. a. Mares de Souza Filho beschreibt, die Verfassung eine katalysatorische Funktion im Hinblick auf die Entstehung indigener Organisationen aus. So stellte die Phase nach deren Verabschiedung, also die

¹⁵⁷ Das Hauptproblem der UNI bestand darin, dass sie nicht aus lokalen und regionalen Organisationen hervorging, sondern von einigen Aktivisten gleich auf nationaler Ebene gegründet wurde. Eine nachträgliche Implantierung eines solchen Unterbaus misslang (s. CIMI: "Movimento Indígena", www.cimi.org.br/movimento.htm, eingesehen am 20.10.2000). Zu den Erfolgen der UNI vgl. Price 1992:40.

¹⁵⁸ Vgl. Souza Jr. 1994:218 f.

^{159 &}quot;Brazil - Constitution", a. a. O.

¹⁶⁰ Diese sind u. a. in Artikel 231 II definiert: "The lands traditionally occupied by Indians are intended for their permanent possession, and they shall be entitled to exclusive use of the riches of the soil, rivers, and lakes existing thereon." (,,Brazil-Constitution", a. a. O.)

Die einzelnen Schritte des Verfahrens sind aufgeführt auf den Seiten der FUNAI ("Terras Indígenas", www.funai.gov.br/Terras_Indigenas/terras_indigenas.html, eingesehen am 31.10.2000).

¹⁶² Vgl. Müller-Plantenberg 1988:104

¹⁶³ Der Artikel 232 lautet: "Indians, their communities, and organizations have standing to sue to defend their rights and interests, the Public Attorney's Office intervening in all the procedural acts." ("Brazil – Constitution", a. a. O.)

späten 80er und frühen 90er Jahre, eine "Gründerzeit" indigener Organisationen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene dar. 164

Neben der Verfassung wird in der Literatur als zweiter Faktor, der die indigene Renaissance begünstigte, auch die Zunahme internationaler Solidarität und Unterstützung angeführt. Brysk beschreibt vor allem die internationale NGO-Szene, namentlich die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, die im Vorfeld der 500-Jahr-Feiern der "Entdeckung" Lateinamerikas 1992 die indigenen Völker als ihre natürlichen Verbündeten entdeckt hätten, als förderlich bei deren Organisation. ¹⁶⁵

4.2.1 Interne Verfasstheit

Die organisatorischen Strukturen indigener Bewegung können nur vor dem Hintergrund der ethnisch-kulturellen Sonderstellung indigenen Zusammenlebens verstanden werden, das selten den Rahmen von kleineren Gruppen, Familienclans, Gemeinden und Dörfern übersteigt und häufig noch stark traditionalistisch geprägt ist. Zwischen den verschiedenen Clans und Gemeinden besteht traditionell ein eher loser und sporadischer Kontakt, zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Völkern gibt es hingegen so gut wie gar keinen Kontakt. Ein Blick auf die potentiellen Träger einer autonomen indigenen Bewegung, d. h. auf die ca. 325.000 Angehörigen indigener Völker, die in Brasilien leben, zeigt zudem, wie heterogen diese sind. So leben einige indigene Völker wie z. B. die Yanomami im Amazonasgebiet vielfach noch relativ oder ganz isoliert vom Einfluss der europäischen Kultur. Hier gilt das Engagement indigener Bewegung größtenteils in advokatorischer Vertretung der dortigen Völker – der Wahrung der natürlichen Lebensräume als Garantie für den Fortbestand dieser Kulturen. Die Völker im Nordosten Brasiliens sind hingegen seit nahezu 500 Jahren dem portugiesischen bzw. europäischen Akkulturationsdruck ausgesetzt. Der Kampf dieser "akkulturierten" oder "wiederentstehenden" Völker gilt vor allem ihrer offiziellen Anerkennung als indigenem Volk bzw. ihres Rechtes zur "Eigendefinition". 166

Insgesamt herrscht somit eine große soziale, kulturelle und sprachliche Heterogenität, in der längst nicht alle Völker des Portugiesischen als gemeinsamer Verkehrssprache mächtig sind. Die Möglichkeiten des kommunikativen Austausches erschweren sich zusätzlich durch die vielfach isolierte und voneinander distanzierte Lage indigener Gebiete. Insofern muss die Organisation indigener Bewegung in der Realität als ein schwieriges Unterfangen angesehen werden, bei dem sich nach dem bisher Gesagten auch die Frage nach der "Authentizität der indigenen Repräsentativität" stellt, also danach, wen eine Organisation vertritt und als wie authentisch und repräsentativ diese Vertretung zu bewerten ist. Aus dem Misserfolg der UNI wurde in den 90er Jahren jedenfalls der Schluss gezogen, den Aufbau indigener Bewegung zwingend "von unten nach oben" zu betreiben.

Indigenenpolitik wirklich zum Ausdruck.

Vgl. hierzu die Übersicht in: Souza Jr. 1994:230f.; zur allgemeinen Entwicklung in Lateinamerika vgl. Boris 1998:5 ff.; Stavenhagen 1997:1 ff. und Guerrero 1997:7 ff.

¹⁶⁵ Vgl. Brysk 1994:3 ff.

Vgl. CNBB 2000:83; nur durch das Recht zur Eigendefinition, so die Argumentation der Indigenen und der Kirche, k\u00e4me die Ernsthaftigkeit des Bruches mit der paternalistischen Ausrichtung der staatlichen

Aufgrund der Besonderheiten indigener Lebensformen war dieser Aufbau jedoch "mit schmerzvollen Prozessen der Mobilisierung und Organisation" verbunden. 167 Generell agiert die Mehrzahl der heutigen "neuen" indigenen Organisationen nur auf lokaler oder regionaler Ebene. 168 Erst in den 90er Jahren zeigten sich auch auf nationaler Ebene erste Fortschritte. Beispiele hierfür sind die "Nationalen Indigenen Treffen" 1991 und 1992 in Brasilia, zu denen 121 Vertreter aus 53 Völkern bzw. im Jahr darauf sogar 350 Vertreter aus 101 indigenen Völkern und 55 Organisationen erschienen. 169 Aus ihnen ging auch die Gründungsidee des Indigenenrates CAPOIB ("Conselho de Articulação dos Povos e Organizações Indígenas do Brasil") hervor, der sich aus 33 gewählten Mitgliedern zusammensetzt. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, regelmäßige Treffen auf nationaler Ebene zu organisieren, die Arbeit der lokalen und regionalen Organisationen zu koordinieren und über das Nationale Büro in Brasília politische Lobbyarbeit zu leisten. Der CAPOIB ist damit gerade nicht dazu konzipiert, grundlegende Entscheidungen in Vertretung indigener Interessen eigenständig zu treffen. Auf der ersten Vollversammlung des CAPOIB 1995 in Brasília, an der 201 Vertreter aus 77 Völkern und 40 Organisationen teilnahmen, wurde dieser artikulatorische Charakter des CAPOIB bestätigt, dessen Status jedoch auf den eines nationalen Dachverbandes indigener Bewegung ausgeweitet. Im selben Zuge wurde ein Direktorium gewählt und dessen Aufgaben durch die Verabschiedung eines Programms und offizieller Statuten festgelegt.

Trotzdem konnte der CAPOIB bis heute wenig dazu beitragen, der indigenen Bewegung Brasiliens den Charakter einer Massenbewegung zu verleihen. Stattdessen wird die aktuelle indigene Bewegung im wesentlichen von einer "neuen" jungen Führungselite getragen und in ihrem Erscheinungsbild geprägt.¹⁷⁰ Deren Angehörige haben in der Regel eine Zeitlang in nicht-indigenen Umgebungen gelebt, in denen sie qualifizierte Berufsabschlüsse, aber auch nützliche Kenntnisse, Verhandlungsgeschick und Fähigkeiten im Umgang mit Behörden erworben haben. So bilden heute Agronomen, Ärzte, Lehrer und Rechtsanwälte das Rückgrat dieser intellektuellen Elite.

Schenkt man den Ausführungen in der einschlägigen Literatur Glauben, so wurden die traditionellen lokalen Führerschaften indigener Gemeinschaften von der Entwicklung dieser neuen Führungs- und Akteursgruppe bis heute relativ unangetastet gelassen. ¹⁷¹ Denn danach werden diese nach wie vor von Autoritätspersonen der älteren Generation ausgeübt, die die spezifische kulturellen und religiösen Traditionen ihrer Gemeinden und ethnischen Gruppe pflegen. Da die traditionellen Führer andererseits keinen oder nur geringen Bezug zu den Anforderungen moderner Organisation haben, wurden diese Bereiche in zunehmendem Maße an die jüngere Generation indigener Aktivisten delegiert, so dass sich die Rollen und Funktionen beider in fruchtbarer Weise ergänzen. Während die älteren traditionellen Autoritäten sich mit Gemeindeangelegenheiten vor Ort befassen, engagieren sich die jüngeren Führungskräfte im Aufbau von Organisationen und Bündnissen und bauen Kontakte zur Umwelt auf. ¹⁷² Durch diese Kooperation mit den traditionalen Führerschaften scheint die "neue" indigene Bewegung entgegen frühe-

¹⁶⁷ Vgl. Stavenhagen 1997:2 ff.

¹⁶⁸ Vgl. hierzu die Übersicht in Souza Jr. (1994:230f.)

¹⁶⁹ Vgl. dazu wie zu den folgenden Ausführungen: CIMI: "Movimento Indígena", a. a. O.

¹⁷⁰ Kompakt wird die Entwicklung bei Stavenhagen (1994:2 ff.) beschrieben.

¹⁷¹ Vgl. die Einschätzungen bei Stavenhagen 1994:23 und Boris 1998:69f.

¹⁷² Vgl. Boris 1998:69f.

ren Erfahrungen auch eine tiefere Verankerung und breiteren Rückhalt in den indigenen Gemeinden zu besitzen. Dass die zweigeteilte Führerschaft jedoch langfristig das traditionelle Organisationsgefüge in Bewegung setzen und zerrütten kann, ist nicht auszuschließen.

Zudem sieht Guerrero die indigene Bewegung auch mit dem Widerspruch konfrontiert, dass "in dem Maße, wie sie sich dem etablierten System nähert, um die erstrebten Machtpositionen und Autonomie zu erobern, sie sich von ihrer Identität und von der besonderen Organisationsdynamik, die sie sich in den vergangenen 25 Jahren mühsam aufgebaut hat, entfernt."¹⁷³ Die Stabilität der internen Strukturen sollte somit, auch in Anbetracht dessen, dass die modernen Organisationsformen keine authentisch indigenen sind, sondern vielmehr aus dem europäischen Kulturkontext adoptiert wurden, keinesfalls überschätzt werden. Nichtsdestotrotz spiegelt die Entwicklung des letzten Jahrzehnts allerdings das neugewonnene Selbstbewusstsein als indigene Völker.

4.2.2 Grundlagen der kollektiven Identität

Die Schwierigkeiten beim Aufbau indigener Bewegung werden in der Literatur häufig auch auf die Probleme zurückgeführt, die deren Aktivisten beim Entwurf einer eigenen Ideologie hatten. Sie sind hauptsächlich als Resultat der enormen kulturellen, sprachlichen, sozialen und religiösmythischen Unterschiede zwischen den verschiedenen indigenen Völkern zu sehen. In dem Aufstieg indigener Organisationen des letzten Jahrzehnts spiegelt sich deshalb auch der erfolgreiche Verlauf eines Abstraktionsprozesses, in dem das Gemeinschaftsgefühl nicht mehr nur die Mitglieder der jeweiligen Dorfgemeinschaft, sondern auch die der Nachbardörfer bzw. sogar die Kategorie der Indigenen überhaupt umfasst.¹⁷⁴ Erst dieser Prozess ermöglichte die Entstehung einer indigenen Weltsicht, die zwar noch keine strukturierte und kohärente politische Ideologie ist, aber Elemente enthält, die sie klar und deutlich von anderen Ideologien unterscheidet.¹⁷⁵ Diese Elemente ergeben sich vor allem aus der besonderen Beziehung der autochthonen Bevölkerung zur Erde und Natur und ihrer kosmologischen Deutung der Welt, in der weder kapitalistische Konzepte noch neuzeitliche politische Konstrukte wie Staat und Nation eine Rolle spielen. Die Ideologie indigener Bewegung als Basis ihrer kollektiven Identität beruht somit weniger auf sozioökonomischen, als vielmehr auf religiös-kulturellen Gemeinsamkeiten.

Neben den religiös-kulturellen Gemeinsamkeiten muss allerdings auch die Allgemeinheit der prekären Verhältnisse der indigenen Völker und die Permanenz der systematischen Verletzung ihrer (verfassungsmäßig verankerten) Grund-, Menschen- und Staatsbürgerrechte als ein übergeordnetes und einigendes Motiv indigener Bewegung begriffen werden. Zahlreiche Studien haben sich mit diesen Rechtsverletzungen auseinandergesetzt. Darunter fallen die anhaltende Diskriminierung, Einschüchterung und Gewalt gegenüber Indigenen, gezielte Morde an Führerschaften und Aktivisten, Vergewaltigungen und Zwangssterilisierungen indigener Frauen, das illegale Eindringen von Goldsuchern, Kleinbauern, Viehzüchtern, aber auch der Arbeiter von Holz- und

¹⁷³ Guerrero 1997:82

¹⁷⁴ Vgl. Boris 1998:67

Vgl. Stavenhagen 1997:26, 23. Bestätigt wird dessen Einschätzung durch Guerrero (1997:80), der sogar davon spricht, dass die indigenen Bewegungen in der letzten Dekade ein hohes ideologisches Niveau erreicht hätten.

Erdölfirmen in indigene Gebiete und die hiermit verbundene Zerstörung der natürlichen Lebensräume sowie Bio- und Genpiraterie. 176

Die programmatischen Forderungen der "neuen" indigenen Bewegung, die sich hieraus ergeben, betreffen vier Bereiche: territoriale und sozioökonomische Rechte, Bürger- und Menschenrechte, kulturelle Rechte und politische bzw. administrative Rechte. Einen Einblick in die Forderungen gewährt die Abschlusserklärung des Treffens der CAPOIB im April 2000, in der diese zusammengefasst werden:

- "1. Die Erfüllung der in der Verfassung garantierten Rechte der indigenen Völker:
- a. Bis zum Ende des Jahres 2000 fordern wir die Demarkierung und Regulierung aller indigenen Gebiete;
- b. Die Rücknahme des Dekrets 1775/96;

/.../

- g. Die Anerkennung der wiederentstehenden Völker und ihrer Territorien;
- h. Schutz vor dem Eindringen in die Territorien der isolierten Völker;
- i. Die Räumung der illegal in indigenem Land errichteten Siedlungen;
- j. Die Respektierung des ausschließlichen Nutzungsrechtes der in indigenen Gebieten befindlichen natürlichen Ressourcen und die Verhinderung von Biopiraterie;
- k. Die Einstellung der im Bau befindlichen Wasserkraftwerke, Kanäle, Eisenbahnstrecken, Straßen, Pipelines und die Entschädigung der durch bereits realisierte Projekte hervorgerufenen Schäden;
- 4. Das Ende jeglicher Form von Diskriminierung, Vertreibung, Massakern, Bedrohung der Führerschaften, Gewalt und Straflosigkeit. Die umfassende Aufklärung aller an indigenen Völkern begangenen Verbrechen der letzten 20 Jahre und Bestrafung der Verantwortlichen. Wir fordern Respekt vor unseren Kulturen, Traditionen, Sprachen, Religionen;
- 5. Die Bestrafung der Verantwortlichen für die kriminelle Sterilisierung indigener Frauen. [...];
- 7. Die Neustrukturierung eines indigenistischen Organs, seine Stärkung und Anbindung an das Präsidialamt der Republik mittels eines Sekretariats für Indigene Angelegenheiten; die Befragung der Basisorganisationen bei der Auswahl der Sekretäre;
- 8. Die Wahl des Präsidenten der FUNAI durch die indigenen Völker [...];

T...7

11. Die Reformierung, die Ausweitung und den Bau von Schulen [...];

...7

- 15. Die Stärkung und Erweiterung der aktiven Partizipation der Gemeinden und (lokalen) Führerschaften in den Entscheidungsinstanzen über die öffentlichen Politiken gegenüber indigenen Völkern [...];
- 16. Die Gesundheitsversorgung muss unter Gesichtspunkten der Achtung und des Respekts vor der Kultur eines jeglichen Volkes stattfinden. [...];

[...]

- 19. Die Stärkung des Verbots, dass Zivil- bzw. Militärpolizei ohne Erlaubnis der (lokalen) Führerschaften nicht innerhalb indigener Gebiete operieren;
- 20. Die Aussetzung von juristischen Einspruchsverfahren gegen die Demarkierung der traditionell von indigenen Völkern bewohnten Gebiete."¹⁷⁷

Die Forderung nach der Anerkennung indigenen Landes ist dabei als Kern der Forderungen zu sehen. Ihre besondere Stellung erwächst nicht nur aus sozioökonomischen Gesichtspunkten, sondern ebenso aus politischen und kulturellen Aspekten. Denn nur die Anerkennung indigenen

¹⁷⁶ Vgl. hierzu Prien, der die Lage der indigenen Völker des brasilianischen Nordostens beschreibt (Prien 1997:15 ff.), die empirische Studie von Peter Schröder, der sich vor allem des Volkes der *Guajajara* angenommen hat (Schröder 1993:13 ff.), die von Clarita Müller-Plantenberg und der FHS Kassel 1988 herausgegebene Studie unter dem Titel "Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien" sowie den letztjährigen Bericht der CNBB zur "Lage der Indianischen Völker" (CNBB 2000:7 ff.).

^{177 &}quot;Documento Final da Conferência dos Povos e Organizações Indígenas do Brasil", www.cimi.org.br, eingesehen am 31.10.2000 (Übers. aus dem Portugiesischen durch den Verf.)

Landes garantiert auch die Verwirklichungsmöglichkeit anderer Rechte wie z. B. derjenigen auf soziale und kulturelle Integrität, auf Unterricht in der Muttersprache, auf die Kontinuität traditionaler Führerschaften usw. Die Forderung nach Land ist somit auch die Forderung nach "Autonomie."178 Sie ist eng an die Konzepte von "Volk" und "Territorium" gekoppelt und klingt auch in dem Forderungskatalog der CAPOIB immer wieder an (z. B. im Punkt 19). Den Bezugspunkt dieser Forderungen stellt der schon erwähnte Artikel 231 der Verfassung von 1988 dar, der zwar die Verwendung der beiden Termini meidet¹⁷⁹, jedoch dessen ungeachtet sehr wohl die soziale und kulturelle Sonderstellung der Indigenen und deren Anrecht auf das von ihnen traditionell bewohnte Land anerkannt. Die Verfassung von 1988 ist somit auch als Beitrag zur Entstehung einer kollektiven indigenen Identität zu bewerten. 180 Vor diesem Hintergrund sind das Vorantreiben des Demarkationsprozesses (unter Rücknahme des Dekrets 1775/96) und die Gewähr eines effektiven Schutzes der demarkierten Gebiete vor unbefugtem, illegalem Eindringen als zentrale Forderungen indigener Bewegung zu verstehen. Adressat der Forderungen ist dabei der Staat, der - historisch bedingt - für die Ausgestaltung der Indigenenpolitik verantwortlich ist. Die Indigenenbehörde FUNAI wird zwar in vielen Punkten kritisiert und für reformierungsbedürftig erachtet, deren Abschaffung bildet jedoch, wie sich auch im Rückschluss aus Punkt 8 des Forderungskataloges ergibt, gerade kein Ziel indigener Bewegung. 181

4.2.3 Das individuelle politische und gesellschaftliche Umfeld

In der brasilianischen Gesellschaft haben Indigene nach wie vor gegen die tief verwurzelten und über die Jahrhunderte kultivierten Vorurteile, wonach Indigene als "primitive, faule und nichtsnutzige Tagediebe" gelten, anzukämpfen. Wie u. a. die Analysen von Pinheiro und Singer gezeigt haben, erleiden Indigene als "nicht-weiße" Ethnien zahlreiche Diskriminierungen und Benachteiligungen. Die kulturelle und ethnische Geringschätzung äußert sich vor allem in der Vorenthaltung elementarer Rechte und in dem hohen Maß an Gewalt gegen Indigene. 183

Daneben laufen indigene Völker und Gruppen gerade auf lokaler Ebene permanent Gefahr, in Konfliktsituationen zu geraten, sei es durch den Bau moderner Wasserkraftwerke, großangelegten

Die Forderung nach "Souveränität" und damit verbunden nach "Separation" vom Nationalstaat spielt innerhalb der gesamten lateinamerikanischen indigenen Bewegung nur eine untergeordnete und in Brasilien keine Rolle. (vgl. Cott 1994:13)

¹⁷⁹ Carlos Frederico Marés de Souza Filho verweist in einem anderen Aufsatz (2000:36f.) auf den Grund für die Vermeidung der Begriffe "Territorium" und "Volk" in der Verfassung. Völkerrechtlich könnte aus der Anerkennung einer indigenen Gemeinschaft als "Volk" nämlich theoretisch das Recht auf die Gründung eines eigenen Staates und die Begründung eines staatlichen Territoriums abgeleitet werden. Souza in einem früheren Artikel: "These two words, 'peoples' and 'territory', added to 'sovereignity', have the sound of hostile drums, of liberation wars, of insurrection and independence, and therefore are immediately and irrationally rejected by the so-called nationalist sectors, especially the military." (Souza Jr. 1994:222). Ähnlich argumentiert Van Cott (Cott 1994:1 ff.).

¹⁸⁰ Vgl. Price 1992:45

Hierzu beigetragen hat sicherlich auch die Ernennung des in dieser Arbeit bereits mehrfach erwähnten exponierten Rechtsprofessors Carlos Frederico Marés da Souza Filho zum Präsidenten dieser Behörde Ende 1999. (vgl. Dallari, Dalmo de Abreu: "O Século XXI para os índios do Brasil", Artikel in der Zeitschrift Porantim, Nr. 222, Jan./Feb. 2000, S. 3)

Vgl. hierzu die sehr aufschlussreichen Ausführungen bei Sabine August (1995: ff.), die u. a. in dem heute noch populären Werk des Soziologen Gilberto Freyre über die ethnisch-kulturelle Verfasstheit der brasilianischen Gesellschaft aus den 30er Jahren eine der Ursachen des Überkommens der traditionellen Vorurteile ausmacht.

Vgl. hierzu die zahlreichen Fälle, die im Bericht der brasilianischen Bischofskonferenz zur Lage indigener Völker dokumentiert werden. (CNBB 2000:8 ff.)

Holzeinschlag, den Abbau von Gold, Erdöl und anderen Rohstoffen oder durch das Eindringen von Viehzüchtern oder Kleinbauern. Amazonien stellt dabei aufgrund seines enormen Reichtums an natürlichen Ressourcen den größten Brandherd dar, in dem sich wirtschaftliche Interessen und die der Indigenen entgegenstehen. Die endemische Anwendung von Gewalt bis hin zu systematischen Ermordungen indigener Führerschaften und Aktivisten spiegeln die enormen wirtschaftlichen Interessen, die sich auf dieses Gebiet konzentrieren.

Die indigene Bewegung selbst sieht ihrerseits die aktuelle Regierung als einen ihrer Hauptgegner an. Kritisiert wird vor allem deren Haltung bzw. diejenige des Kongresses, den wirtschaftlichen Interessen auf Kosten des Schutzes der autochthonen Kulturen und Lebensformen Priorität zu geben. Als Indiz für den mangelnden Willen der Regierung wird von indigener und kirchlicher Seite u.a. die Streichung der finanziellen Mittel der Nationalen Indigenenbehörde FUNAI¹⁸⁵ und das 1996 vom Präsidenten Cardoso erlassene Dekret 1775/96 angeführt. Mit seinem Inkrafttreten habe sich nicht nur das Demarkierungsverfahren noch zusätzlich verzögert, sondern es zeige auch, dass die Verantwortung des brasilianischen Staates gegenüber den indigenen Völkern negiert würde, indem die betreffenden Angelegenheiten auf die zivilgerichtliche Ebene herabgestuft würden. Zudem sei der rechtliche Status zahlreicher bereits demarkierter Gebiete neuerlich in Frage gestellt worden, da lokale Großgrundbesitzer regen Gebrauch vom neuen Widerspruchsrecht gemacht hätten.¹⁸⁶

In der Tat scheint sich ein gewisser Mangel an politischem Willen – zumindest bei der Umsetzung der Verfassungsartikel zur Demarkierung indigenen Landes, die ja eigentlich bereits vor acht Jahren hätte beendet sein sollen – nicht leugnen zu lassen. Die Ignoranz gegenüber indigenen Interessen lässt sich dabei zwar zum Teil durch die wirtschaftlichen Zwänge und Engpässe rechtfertigen, denen Brasilien unterliegt, allerdings muss auch die in Kapitel drei beschriebene Verstrickung von wirtschaftlicher und politischer Macht als tendenzielle Schwächung indigener Interessen verstanden werden. Diese wird dadurch verstärkt, dass die indigene Bewegung selbst über keine starke Lobby verfügt und traditionell nur von der Kirche unterstützt wird. Und selbst aus deren Engagement ergibt sich eine gewisse Gefahr für die Identität der indigenen Bewegung. So hat zwar besonders die katholische Kirche in Form des CIMI indigenen Organisationen von Anfang an wichtige Aufbauhilfe und logistische Unterstützung geleistet und leistet sie immer noch, auch im Hinblick auf die Ausbildung der neuen Führungseliten, zugleich hat sie den Anspruch religiöser Missionsarbeit nie aufgegeben. Offiziell symbolisiert zwar der "Dialog" als Ausdruck eines beidseitigen und ebenbürtigen Gedankenaustausches das "neue" Verhältnis zwischen Indigenen und Kirche, tatsächlich bildet er aber den Ausgangspunkt für eine Inkultura-

⁻

Aufgrund der sich überschneidenden Interessenlage kommt es dabei vereinzelt auch zu Konflikten mit Landlosen. So berichtet Maninha Xucuru-Kariri im Interview mit Tina Kleiber von einem solchen Konflikt im Land der Xokó im Bundesstaat Sergipe. (Kleiber 2000:20f.)

¹⁸⁵ Zu der Höhe der Haushaltskürzungen vgl. Duarte, Yvone: "O Orçamento Geral da União e os povos indígenas", Artikel in der Zeitschrift Porantim, Nr. 226, Juni 2000, S. 3

¹⁸⁶ Zu den prozessualen Auswirkungen des Dekrets 1775/96 siehe die Darstellungen der FUNAI in "Terras Indigenas" (a. a. O.); zur Kritik der Indigenen siehe das Abschlussdokument der Versammlung indigener Völker und Organisationen ("Documento Final...", a. a. O.) und das Interview mit Maninha Xucuru-Kariri (Kleiber 2000:21f.); zu der Kritik der Kirche den diesjährigen Bericht der Bischofskonferenz (CNBB 2000:84)

tionsstrategie.¹⁸⁷ Diese, so Sabine August in ihrer Studie, bedeutet aber nicht das Ablegen der eigenen, sondern den subtilen Eingriff in die fremde Kultur.¹⁸⁸ Da gerade der Schutz der ethnisch-kulturellen Sonderstellung das vorrangige Ziel indigener Bewegung ist, muss das Engagement der Kirche vor diesem Hintergrund als kritisch erachtet werden.

Auch die Bindung an internationale NGO's, die sich teils dem Schutz der Umwelt, teils dem der Menschenrechte verschrieben hat und der Bewegung finanzielle und logistische Unterstützung liefert, ist nicht unproblematisch, da sie häufig paternalistischer Natur ist und somit die freie Selbstbestimmung indigener Völker verkennt. Als Ausdruck der Internationalisierung indigener Interessen in den 90er Jahren steht jedoch auch die Gründung einiger eigener "indigener" multibzw. supranationaler Organisationen und Netzwerke. Ein Beispiel hierfür ist die "Indigene Koordination des Amazonasbeckens" COICA mit Sitz in Quito. Sie versteht sich als Koordinationsstelle der Anliegen aller indigenen Völker und Organisationen des gesamten Amazonasgebietes. 190

Auf nationaler Ebene ist ab Mitte der 90er Jahre ein verstärktes Zugehen auf andere zivilgesellschaftliche Akteure zu erkennen. Als prädestinierte Bündnispartner haben sich dabei bisher aufgrund verschiedener Analogien sowohl die afrobrasilianische Schwarzen- als auch die Landlosenbewegung herauskristallisiert. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die neue Allianzpolitik mit der von der CAPOIB mitvorbereiteten Kampagne "Brasil Outros 500 – Movimento de Resistência Indigena, Negra e Popular" im Umfeld der offiziellen 500-Jahr-Feiern der "Entdeckung" Brasiliens im letzten Jahr, in der alle drei Bewegungen miteinander kooperierten. 191 Dabei wurde gemeinsam wurde gegen "500 Jahre Gewalt, Unterdrückung, Völkermord und Sklaverei", gegen die Geschichtsverfälschung und "Karnevalisierung der Entdeckung" protestiert. 192 Trotzdem kann auch dieses Bündnis nicht über die nach wie vor relativ isolierte Lage der Indigenen hinwegtäuschen, zumal es auf lokaler Ebene vereinzelt immer wieder zu Spannungen und Konflikten sowohl mit Landlosen wie mit Afrobrasilianern kommt. 193

52

Vgl. hierzu die Ausführungen bei August (1995:17 ff.) Die Inkulturation basiert auf der Idee, dass Missionare im Zusammenleben mit indigenen Völkern oder Volksgruppen deren Leben, Kultur und Religion studieren sollen, in dieser Phase vorübergehend auch die eigene (christliche) Kultur hintanstellen sollen, um so die Betreuten permanent und reibungslos auf den Empfang der christlichen Botschaft vorbereiten zu können.

Vgl. August 1995:177. Einen Eindruck der Inkulturationspolitik bietet die Erklärung der brasilianischen Bischofskonferenz CNBB, in der es heißt, dass das Ziel der Evangelisierungsarbeit die Beeinflussung der kosmologischen Sicht der Indigenen sei, um "deren Spiritualität und Riten ein christliches Gesicht" zu geben. (CNBB 2000:92)

¹⁸⁹ Vgl. Brysk 1994:2 ff..

Nähere Informationen zur COICA liefern Gonzalez/Rodríguez 1996:19-24. Mit ihrer Gründung wurde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass viele indigene Völker an den Peripherien des brasilianischen Staates, speziell in den Grenzgebieten zu Peru, Ekuador, Venezuela, Kolumbien und den Guayanas, leben, und die zwischenstaatliche Fluktuation (etwa der *Yanomami*) in diesen Gebieten ohne Rücksicht auf Grenzen oder Nationalitäten sehr hoch ist.

Wörtlich übersetzt lautet die Bezeichnung der Kampagne "Brasilien Andere 500 – Bewegung des indigenen, schwarzen und Volkswiderstandes" und begründet sich ideologisch auf den in den 500 Jahren entwickelten Widerstandskulturen und -formen. Nähere Informationen zur Kampagne finden sich z. B. im Internet unter www.brasil-outros500.org.br, eingesehen am 20.10.2000.

¹⁹² Vgl. Beto, Frei: "A carnavalização do descobrimento", Artikel in der Zeitschrift Porantim, Nr. 224, April 2000, S. 5

¹⁹³ Vgl. Kleiber 2000:20f.

4.2.4 Das Spektrum der Aktions- und Protestformen

Teilweise kopieren indigene Akteure die Aktions- und Protestformen der Landlosen. Dazu zählen in den Küstenregionen des Nordostens Landbesetzungen als Mittel für die dort lebenden Völker und Volksgruppen – die zum großen Teil als landlos gelten müssen –, ihre traditionellen Lebensräume, aus denen sie im Laufe der Kolonisationsgeschichte vertrieben wurden, zurückzuerobern. Daneben greifen Indigene in jüngerer Zeit, gerade im Falle größerer externer Gefahren – wie dem Bau von Staudämmen, Straßen oder dem Abbau von natürlichen Ressourcen in oder nahe indigenen Gebieten – auch zu Extremformen direkten Protests wie vorübergehenden Geiselnahmen, Besetzungen von Behördengebäuden bis hin zu Drohungen mit kollektivem Selbstmord. Der Schaffen der

Auf dem Feld demonstrativer Aktionen beteiligte sich die indigene Bewegung zuletzt verstärkt an breit angelegten gesellschaftlichen Protesten. Beispiele hierfür sind der *Marcha Popular*, der sogenannte *Marcha dos 100 Mil*, der "Marsch der Hunderttausend", einer von den Linksparteien und sozialen Organisationen ausgerichteten Protestkundgebung gegen die Regierung Cardoso im August 1999, und vor allem die Kampagne "*Brasil Outros 500*" im letzten Jahr. ¹⁹⁶ Als Kontrapunkt zu den offiziellen Feierlichkeiten rund um den 22. April (als dem Datum der Entdeckung) wurde eine Reihe spektakulärer, medienwirksamer Aktionen und Proteste initiiert. ¹⁹⁷ Den Auftakt bildeten Manifestationen in zahlreichen Großstädten des Landes und ein aus "sechs Karawanen" bestehender Sternmarsch aus verschiedenen Landesteilen nach Porto Seguro, wo die Entdeckung offiziell unter Beteiligung der Präsidenten Cardoso und Sampaio begangen wurde. ¹⁹⁸ Dabei kam es zu teilweise massiven Auseinandersetzungen mit der Militärpolizei, die in der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration am 22. April einen ihrer negativen Höhepunkte erreichten. ¹⁹⁹

Die Mobilisierung auf indigener Seite erreichte dabei einen für ihre Verhältnisse hohen und bisher nicht erreichten Grad. So belief sich nach Angaben der Veranstalter allein die Teilnehmerzahl an der "Konferenz der Indigenen Völker und Organisationen Brasiliens" vom 17. bis 21. April 2000 in Coroa Vermelha (in unmittelbarer Nachbarschaft zu Porto Seguro) auf mehr als 3000 Vertreter aus 140 verschiedenen Völkern und Volksgruppen. ²⁰⁰ Trotzdem sind die Zahlen auch ein Beleg dafür, dass es sich bei der indigenen Bewegung um keine Massenbewegung handelt, d. h., ihr Mobilisierungsvermögen vergleichsweise gering ist.

Landbesetzungen, von den Indigenen als "retomada" (Rücknahme) bezeichnet, spielten z. B. im Kampf der Pataxó Hã-Hã-Hã-Hãe und der Xokó in den Bundesstaaten Bahia bzw. Sergipe eine wichtige Rolle. (vgl. Dilger 2000b:1 ff. bzw. Kleiber 2000:2 ff.)

¹⁹⁵ Vgl. z. B. die von der CIMI dokumentierten Fälle (CIMI 1996:58)

Vgl. hierzu die Artikel "Marcha dos 100 Mil – Poder de mobilização fotalece lutas sociais", Artikel in der Zeitschrift Porantim, Nr. 218, September 1999, S. 7 bzw. Vasco 1999:6

¹⁹⁷ Den Ablauf der Ereignisse schildert der Artikel von Dilger (2000b:1 ff.), der hier als Grundlage der Darstellung ausgewählt wurde.

¹⁹⁸ Der Hauptakt bestand im Einlauf der eigens hierfür nachgebauten Karavelle Capitânea, dem historischen Schiff des Admirals Cabral, in den Hafen von Porto Seguro.

Die hohe Präsenz von internationaler Presse und Medien sorgte für die weltweite Schilderung der Unruhen in Fernsehen und Printmedien und geriet, so die Einschätzung Dilgers, zum PR-Fiasko für die Regierung Cardoso. Aus dem Umfeld der indigenen Bewegung verlautete indes der nüchterne Kommentar: "Die Regierung hat ihr wahres Gesicht gezeigt." (Dilger 2000b:12 bzw. 16)

^{200 &}quot;Documento Final...", a. a. O.

Als Ausdruck intermediären Handelns stehen die an die Regierung gerichteten Forderungskataloge, Protestschreiben und Petitionen, vor allem vonseiten der CAPOIB, aber auch die offiziellen Treffen und Gesprächsrunden mit Angestellten der FUNAI und Regierungsvertretern. ²⁰¹ Ein konkretes Beispiel hierfür ist in der Tätigkeit der Kommission zu sehen, die in der Folge der Vorkommnisse im April 2000 auf einer Nachfolgekonferenz einberufen wurde, um die Vorgänge zu dokumentieren und in nationalen und internationalen Organen und Gremien zur Disposition zu stellen, aber auch um den hohen Grad der Mobilisierung zu festigen. ²⁰²

4.2.5 Die Rezeption in der Öffentlichkeit

In der Medienlandschaft Brasiliens erfährt die indigene Bewegung allenfalls periphere Beachtung. Was den Inhalt der wenigen Artikel und Berichte betrifft, die Indigene behandeln, manifestiert sich zudem ein gewisser Wandel. Während sich die Presse in den 70er Jahren noch überaus wohlwollend, allerdings ganz im Sinne der paternalistischen Ausrichtung der Indigenenpolitik, gegenüber indigenen Belangen gezeigt hatte²⁰³, deutete sich erstmalig in der zweiten Hälfte der 80er Jahre mit der Kampagne der Tageszeitung O Estado de São Paulo ein Wandel in der Darstellung an. Sie wird in der einschlägigen Literatur als Kritik an den als überzogen angesehenen Forderungen interpretiert, die von der UNI und der Kirche im Rahmen der Verfassungsdebatte erhoben wurden. Vor allem die Forderung nach der sofortigen Demarkierung aller indigenen Gebiete wurde vom Estado zum Anlass genommen, eine Konspirationsthese gegen die nationale Souveränität zu entwerfen. Deren haltlose Vermutung bestand darin, dass die indigene Mobilisierung von internationalen Akteuren betrieben würde, um so Zugriff auf das ressourcenreiche Amazonasgebiet zu erlangen. Die Kampagne kulminierte in der Forderung, nur den indigenen Volksgruppen Gebiete zuzugestehen, die noch in völliger Isolation lebten.

In dieselbe Richtung zielte nach Meinung von Souza Mitte der 90er Jahre die Berichterstattung von Rede Globo, die den Mord an mindestens 18 Yanomami durch eine bewaffnete Goldgräberbande durch die "übertriebene" Größe des demarkierten Yanomami-Gebietes zu begründen versuchte. Darüber hinaus werden die Privilegien, die Indigenen mit der Verfassung von 1988 eingeräumt wurden, tendenziell auch durch verschiedene Artikel in Frage gestellt, in denen versucht wird zu zeigen, dass auch Indigene nicht vor "niederen" Tugenden wie Profit- und Gewinnsucht gefeit sind. 207

Indigene Vertreter und Stellungnahmen finden hingegen keinen erkennbaren Widerhall in den Massenmedien, was die Dringlichkeit eigener Artikulations- und Publikationsorgane veranschaulicht. Allerdings zeigen sich die Möglichkeiten eigenen medialen Ausdrucks als sehr beschränkt

Die zuvor zitierte Abschlusserklärung wurde etwa in Form eines Protestschreibens verfasst und der Regierung übergeben. Eines der letzten Treffen zwischen Indigenen und Regierungsvertretern ereignete sich z. B. im direkten Vorfeld der 500-Jahr-Feiern. (vgl. Dilger 2000b:13)

²⁰² Vgl. "Conclusões da Pós-Conferência", Artikel in der Zeitschrift Porantim, Nr. 226, Juni 2000, S. 7

²⁰³ Vgl. August 1995:71

²⁰⁴ Vgl. Müller-Plantenberg 1988:109f.

²⁰⁵ Vgl. Guerrero 1997:93f.

²⁰⁶ Vgl. Souza Jr. 1994:229, 215

Vgl. den Artikel "O cobiçado tesouro dos índios" ("Der begehrte Schatz der Indios") von Alexandre Oltamari in der Veja vom 20.10.99, S. 4 ff. und für Deutschland den Kommentar von Maritta Tkalec "Großer Häuptling im Mahagoniwald" in der Berliner Zeitung vom 07.08.2000, S. 1f.

und stark abhängig von bewegungsfremden Akteuren. Die Ursachen hierfür sind neben den bereits angedeuteten kulturellen und kommunikativen Schwierigkeiten wohl hauptsächlich in der mangelnden Ressourcenausstattung indigener Organisationen zu sehen. Unter den bewegungsfremden Akteuren nimmt der CIMI eine herausragende Stellung ein. Er gibt nicht nur die monatlich erscheinende Zeitschrift *Porantim* heraus, sondern bietet zugleich eine dichte Präsenz von Hintergrundberichten, Statistiken und Nachrichten zu indigenen Angelegenheiten im Internet an. ²⁰⁸ Beide Medien werden in enger Kooperation mit indigenen Aktivisten und Vertretern der "neuen" Führungseliten erstellt, die sich ihrer als Sprachrohr bedienen können. Daneben spielen auch NGO's auf nationaler und internationaler Ebene eine Rolle bei der Verbreitung indigener Belange.

Autonome indigene Ausdrucksformen sind hingegen auf die Präsenzöffentlichkeiten auf Demonstrationen und Märschen beschränkt. Obwohl es sich dabei eher um punktuelle, relativ unsystematische Artikulationsformen handelt, bieten sie doch gewisse Gewähr dafür, die in Öffentlichkeit und Gesellschaft isolierte Lage Indigener aufzubrechen. Zugleich indiziert das Auftreten in diesen Öffentlichkeiten die Solidarisierung mit den Belangen anderer sozialer Bewegungen und fördert allgemein die Bildung einer kritischen Öffentlichkeit gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Zuständen. Insgesamt müssen die Möglichkeiten indigener Organisationen zur Erschließung von Öffentlichkeiten aber nichtsdestotrotz als äußerst limitiert eingeschätzt werden.

4.2.6 Einschätzung des realen Demokratisierungspotenzials

Bei der bisherigen Analyse der indigenen Bewegung Brasiliens haben sich einige Besonder- und Eigenheiten gezeigt, die die Beurteilung der Bewegung unter demokratierelevanten Gesichtspunkten erschwert. Dabei muss vor allem betont werden, dass es sich bei ihr um die Bewegung einer ethnischen Minderheit handelt, die für ihre kulturelle Selbstständigkeit, eine soziale, politische und ökonomische Autonomie und eine verbesserte rechtliche und staatsbürgerliche Inklusion eintritt, die vor allem in der Forderung nach der Demarkierung indigener Gebiete ihren Niederschlag finden. Nach den Statistiken der FUNAI sind heute – über sieben Jahre nach dem ursprünglich festgesetzten Abschluss des Demarkierungsprozesses – lediglich 315 von 561 als indigen identifizierten Gebieten demarkiert und der jeweiligen Volksgruppe rechtskräftig zugesprochen worden.

Als Formen bürgerschaftlicher Selbsthilfe sind daher in erster Linie all die Maßnahmen zu verstehen, die der Durchsetzung der indigenen Rechts- und Gebietsansprüche dienen, wie z. B. die Landbesetzungen Indigener im Nordosten Brasiliens. Die Interessen isoliert lebender Völker werden dabei advokatorisch vertreten. Allgemein wäre eine indigene Bewegung ohne die Unterstützung aus anderen gesellschaftlichen Kreisen jedoch nur schwer vorstellbar. Gerade die Kirche in Form des CIMI hat in diesem Sinne eine elementare Bedeutung inne. Insofern muss "Selbsthilfe" vor diesem Hintergrund vor allem in der Entwicklung einer eigenständigen, authentischen

-

²⁰⁸ Siehe www.cimi.org.br

²⁰⁹ Vgl. FUNAI: "Ações do Governo", www.funai.gov.br/Acoes_do_Governo/acoes_do_governo.html, eingesehen am 31.10.2000. Die Statistiken des CIMI verweisen sogar nur auf die Demarkation von 279 (von 594) von ihm als indigen identifizierten Gebieten. (vgl. CIMI: "Situação Juridica das Terras Indigenas", www.cimi.org.br, eingesehen am 03.11.2000

Position im Verbund des Protests für die verstärkte Berücksichtigung indigener Interessen und in der Abnabelung von den ursprünglichen Betreuern und Initiatoren gesehen werden. ²¹⁰

Auch das Feld staatsbürgerlicher Sozialisierung zeigt für die indigene Bewegung nur beschränkte Relevanz. Soziales Lernen wäre in diesem Zusammenhang vor allem als das Ergebnis des "neuen" indigenen Engagements und der Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen, wie z. B. bei der Kampagne Outros 500, zu begreifen. Als deren Folge zeigt sich nach 1988 ein neues indigenes Selbstbewusstsein, das u. a. in der "Gründerzeit" indigener Organisationen und den umfassenden rechtlichen Forderungen zum Ausdruck kommt. Der Grad dieser Mobilisierung ist aber, wie gesehen, vergleichsweise gering. Zwar umfasst die indigene Bewegung nicht nur jene Aktivisten, die an der Artikulation der verschiedenen Proteste partizipieren, sondern, wie zu Anfang dieses Abschnitts argumentiert, auch die traditionellen Führerschaften und Gemeinden – denn gerade die Interaktion beider ist das charakteristische Element der "neuen" Indigenenbewegung. Allerdings leben diese in der Regel zurückgezogen, haben wenig mit dem öffentlichen Auftreten als "Bewegung" zu tun und zeigen wenig Verständnis für die neuzeitlichen Konstrukte von Staat und Nation. Deshalb und vor dem Hintergrund, dass der Schutz vor gesellschaftlicher und kultureller Assimilation eine der Hauptforderungen der indigenen Bewegung ist, wäre es paradox zu untersuchen, inwiefern ihre Sozialisierung im staatsbürgerlichen Sinne durch die Entwicklung des letzten Jahrzehnts gefördert wurde.

Trotz des dynamischen Bildes, das z. B. Diego Guerrero zeichnet, indem er den neuen Indigenismo als "multilateral, interaktiv, pluridirektional zwischen Akteuren und unterschiedlichen Politiken, mehrschichtig und vielseitig in seinen Zielen" beschreibt²¹¹, zeigen sich dessen Möglichkeiten zur Bildung einer kritischen Öffentlichkeit und zur Einflussnahme auf staatliche Institutionen im Sinne einer Korrektur der etablierten Politik in Brasilien eher als beschränkt. Ein Indiz hierfür sind nicht zuletzt die geringen Fortschritte bei der Demarkierung indigener Gebiete. Allerdings zeigt das Beispiel der Kampagne "Outros 500", dass auch in der indigenen Bewegung die Notwendigkeit von politischen bzw. zwilgesellschaftlichen Bündnissen für die Durchsetzung von sozioökonomischen Veränderungen erkannt wurde, selbst wenn die Abhängigkeit von Verbündeten die Möglichkeiten, eigene Positionen durchzusetzen und gestaltend in den Demokratieprozess des Landes einzugreifen, auch wieder verringert. Sie selbst gewinnt innerhalb des Gebildes "neuer" sozialer Bewegung und für die Demokratisierung der Gesellschaft vor allem insofern Bedeutung, als der Umgang mit ethnisch-kulturellen Minderheiten in den politischen Theorien der Gegenwart ein wesentliches Kriterium bildet, um die demokratische Verfasstheit eines Staates bzw. einer Gesellschaft zu ermessen. ²¹² Der demokratische Charakter eines pluriethnischen bzw. kulturellen Systems kommt danach gerade durch seine inklusive Ausrichtung, d. h. in diesem Fall durch die Anerkennung seiner sozialen und kulturellen Vielfalt und des grundsätzlich gleichberechtigten Status der verschiedenen Kulturen oder Völker innerhalb dieses Systems zum Aus-

²¹⁰ Vgl. auch Boris 1998:64

²¹¹ Vgl. Guerrero 1997:93

Vgl. hierzu auch das Kapitel "Differenzempfindliche Inklusion" bei Jürgen Habermas (1996:17 ff.), in dem der Autor sich nicht nur gegen die Majorisierung geborener Minderheiten verwehrt, sondern, begründet auf der Garantie formal gleicher Bürgerrechte, demokratische Rechtsstaaten in der Verpflichtung sieht, "verschiedene Wege zum prekären Ziel einer 'differenzempfindlichen' Inklusion" zu eröffnen, wie etwa "eine funktional spezifizierte Übertragung bzw. Dezentralisierung von staatlichen Kompetenzen, vor allem die Gewährung kultureller Autonomie, gruppenspezifische Rechte, Politiken der Gleichstellung und andere Arrangements für einen effektiven Minderheitenschutz."

druck.²¹³ Die Forderungen der indigenen Bewegung sind insofern auch als ein Verlangen nach "mehr und einer besseren Demokratie" zu verstehen und betreffen die nationale Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, da sie die Prämissen, auf denen der Nationalstaat in Lateinamerika vor über einem Jahrhundert errichtet wurde, ernsthaft in Frage stellen.²¹⁴ Dem Argument, wonach sie deshalb eine Gefahr für die Stabilität und Integrität der jungen Demokratie bedeuteten, kann durch die Einschätzung von Donna Van Cott widersprochen werden:

"the threat to democracy in Latin America, and the source of instability in democratizing countries, is the excluding state itself, not those [indigenous organizations, Anm. des Verf.] who demand inclusion in the process of governance and the definition of the nation-state."

Vor diesem Hintergrund ist der Umgang mit der indigenen Bewegung als ein Gradmesser für die demokratische Qualität der brasilianischen Gesellschaft und insbesondere seiner politischen Kultur zu sehen.

4.3 Die städtische Frauenbewegung

Das Entstehen der "neuen" brasilianischen Frauenbewegung koinzidierte in den 70er Jahren mit demjenigen der sogenannten Stadtteilbewegungen. 216 Beide sind nur schwer voneinander zu trennen, da beide wesentlich durch die Mütter und Hausfrauen der armen Stadtviertel an der Peripherie der Großstädte geprägt wurden. Diese begannen unter essentieller Hilfe der katholischen Kirche in den 70er Jahren – die neben einem Jahrzehnt gradueller politischer Öffnung vor allem auch ein Jahrzehnt wachsender ökonomischer Schwierigkeiten waren - ihre Bedürfnisse, die zum großen Teil aus sozioökonomischen Notsituationen entsprangen, zu artikulieren. Sie traten damit zugleich "aus der Unsichtbarkeit heraus, in die sie privat und häuslich eingeschlossen waren."²¹⁷ Im Mittelpunkt der erwachenden Frauenbewegung, die in dieser Phase zurecht als "militant motherhood" bezeichnet werden kann²¹⁸, befanden sich vor allem Forderungen nach Verbesserung der Wohnqualität (z. B. durch Häuserbau, die Anlage von Straßen, Strom- und Wasserleitungen), nach Verringerung der Lebenshaltungskosten und nach Einrichtung von Kindertagesstätten und Krippen auf Gemeindeebene. Genaugenommen handelte es sich in dieser Phase nicht um eine, sondern um mehrere verschiedene Bewegungen, z. B. die "Bewegung gegen hohe Lebenshaltungskosten", die "Bewegung gegen Preiserhöhungen", die "Bewegung für Krippen" und die Amnestiebewegung zur Befreiung inhaftierter Familienmitglieder. ²¹⁹

In Bezug auf die Trägerschaft war die "frühe" Frauenbewegung somit größtenteils identisch mit den verschiedenen Nachbarschaftsbewegungen, die wiederum große Überschneidungen mit der Basis der CEB's zeigten. Sie profitierten dabei auch von der "traditionalistischen Auffassung des Militärs, daß Frauen im Prinzip nicht politisch zu denken und zu handeln vermögen", da

²¹³ Vgl. Vilas 1997:7, 21

²¹⁴ Vgl. Stavenhagen 1997:32

²¹⁵ Cott 1994:22

Einen gelungenen Abriss zur Historie der Frauenbewegung in Brasilien liefern Maria Amélia Teles (Teles 1994) und Sonia E. Alvarez (Alvarez 1994).

²¹⁷ Delgado/Soares 1995:63

²¹⁸ Vgl. Alvarez 1994:16

²¹⁹ Vgl. Teles 1994:6 ff.; Delgado/Soares 1995:62

diese eine höhere Toleranzschwelle gegenüber den Aktivitäten von Frauen nach sich zog. ²²⁰ Dieser Hintergrund ist sicherlich als ein Grund dafür zu sehen, wenn Renate Rott bei der Analyse städtischer Bewegungen zu dem Ergebnis kommt, "daß es mehrheitlich Frauen waren und sind, die das Rückgrat dieser Bewegungen ausmachen. ⁽²²¹⁾

Die frühe Phase der brasilianischen Frauenbewegung war somit nur peripher durch den Feminismus von Frauen der Mittel- und Oberklasse geprägt. Erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurden die öffentlichen Räume, die zuvor durch die "militanten Mütter" und die CEB's erschlossen worden waren, zunehmend zur Entwicklung eines eigenständigen frauenspezifischen Diskurses genutzt:

"The CEB's and other local movements are spaces in which the issues generated by the feminist movement develop easily. [...] Thus, these associations and movements are fertile ground for redefining and criticizing sexism, racism, authoritarism and intolerance in the heart of society. **222**

Für die Entwicklung der feministischen Linie wird in der einschlägigen Literatur vor allem das Jahr 1975, von der UNO zum Internationalen Jahr der Frau erklärt, mit Bedeutung belegt. ²²³ In Brasilien fand in diesem Jahr das erste Frauentreffen von Rio de Janeiro statt, das *Centro de Desenvolvimento da Mulher Brasileira* (CDMB, Zentrum der Entwicklung der brasilianischen Frau) wurde gegründet und zahlreiche Bücher und Zeitschriften beschäftigten sich mit der Lage der Frau in der brasilianischen Gesellschaft. Zusammengenommen bildete dieses auch den Grundstock dafür, dass die breitere Öffentlichkeit anfing, die Geschlechter- bzw. Frauenproblematik zu erkennen. Als Folge der Mobilisierung von 1975 war gerade in den Jahren darauf ein verstärktes Entstehen von Frauenorganisationen, aber auch eine zunehmend selbstbewusstere Gesellschaftskritik aus frauenspezifischer Sicht zu erkennen. Hierzu trugen vor allem die "Nationalen Feministischen Treffen" und die Frauenkongresse in São Paulo bei, die beide ab 1979 in einjährigem und später zwei- bis dreijährigem Abstand stattfanden. ²²⁴

Nach der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems 1979 zeichnete sich allerdings eine neue Konfliktlinie ab. In der brasilianischen Linken wurde nämlich um die zu dieser Zeit verhältnismäßig starke Frauenbewegung geworben, allerdings auch die Meinung vertreten, dass der Geschlechterkampf hinter dem der Klasse zurücktreten müsse und sich ohnehin im Gefolge einer möglichen Revolution in einer egalitären Gesellschaft von selbst erledigen würde. Zunächst müsste daher der gemeinsame Kampf einzig und allein den Sturz der Diktatur anstreben. In den Augen der autonomen Feministinnen hingegen stellte diese Argumentation lediglich den Versuch dar, die Frauenbewegung für die Arbeit der nach 1979 neubegründeten Linksparteien zu instrumentalisieren. Sie argumentierten, dass alle Revolutionen, auch wenn sie die sozialen Rechte der Männer und Frauen der unterdrückten Schichten generell erweitert hätten, doch letztlich das

²²⁰ Vgl. Boris 1998:170; genauso: Delgado/Soares 1995:63

Vgl. Rott 1994:164. Zu demselben Ergebnis kommt Teresa Pires de Rio Caldeira in ihrer lokal auf sechs Kommunen der Peripherie São Paulos begrenzten Analyse (Caldeira 1990:49).

²²² Caldeira 1990:74

²²³ Teles 1994:65f.

²²⁴ Sonia E. Alvarez (1994:28) resümiert den wichtigen ersten Frauenkongress von 1979 wie folgt: "The 1979 Paulista Congress thus set forth one of the women's movement's unique contributions to the struggle for a democratic Brazil, proclaiming that power relations in the family, in daily life, in civil society and just in the State and political society, must also be democratized."

patriarchale Modell reproduziert hätten. Nur eigenständige feministische Ansätze könnten die patriarchalen Strukturen bekämpfen. 225

Als Folge dieses internen Konfliktes vollzog sich faktisch eine Spaltung der Bewegung in Partei- und Gewerkschaftsaktivistinnen auf der einen und "Autonome" auf der anderen Seite. In der Praxis erwies sich diese Spaltung, so zumindest die Einschätzung von Sonia E. Alvarez, jedoch nicht als Schwächung, sondern "these seemingly divergent feminist strategies instead proved to be complementary. [...]...in effect, a dual, or two-pronged, political strategy. "226 Danach nutzte ein Teil der Bewegung den ihr offerierten Zugang in die politischen und wirtschaftlichen Institutionen, wohingegen der andere Teil autonom blieb, d. h. aus autonomen Feministinnen- und Frauenorganisationen heraus agierte und als Pressure Group fungierte.

Die 80er Jahre lassen sich aus Sicht der Frauenbewegung als ein Jahrzehnt sowohl sozialer als auch politisch-institutioneller Erfolge umschreiben. ²²⁷ Die Erfolge manifestierten sich z. B. in den Behörden, die zunächst auf föderaler und ab 1985 mit dem Übergang zu zivilen Regierungen auch auf nationaler Ebene zum Schutz der Rechte der Frauen eingerichtet wurden. Vor allem der sogenannte "Conselho Nacional dos Direitos da Mulher" (CNDM, eigentlich "Nationaler Rat für die Rechte der Frau"), der personell mehrheitlich mit bekannten Feministinnen besetzt war, entwickelte sich in dieser Zeit zum wichtigsten Lobby- und Artikulationsorgan von Fraueninteressen. 228 Seine Aktivitäten werden retrospektiv als ausschlaggebend für die umfassende Berücksichtigung der Rechte der Frauen in der Verfassung von 1988 bewertet, in der u. a. zum ersten Mal in der brasilianischen Geschichte die Rolle des Mannes als Familienoberhaupt aufgegeben und gleiche Aufgaben in der Familie für beide Geschlechter festgelegt wurden.²²⁹

Daneben sorgte u. a. die Kampagne gegen Gewalt gegenüber Frauen dafür, dass ab 1982 ausschließlich von Frauen betriebene Spezialeinheiten der Polizei eingerichtet wurden, die sogenannten "Delegacias Da Mulher" (DDM, "Frauenkommissariate"), die sich ausschließlich Delikten, an denen Frauen, meistens als Opfer, beteiligt waren, annahmen. Außerdem wurden Noteinrichtungen, Melde- und Beratungsstellen wie z. B. SOS Mulher gegründet, um die Verletzungen der verfassungsmäßigen Rechte der Frauen zu registrieren und den Opfern vor allem von sexueller Gewalt oder von Gewalt in Haushalt und Familie rechtlichen und moralischen Beistand zu leisten. 230

Die beginnenden 90er Jahre werden aus der Sicht zahlreicher Aktivistinnen hingegen als Ernüchterung beschrieben, da in dieser Zeit die Etats der regionalen und nationalen Frauenorgane erhebliche Mittelkürzungen zu verkraften hatten. Aus den Reihen der Bewegung wurde

²²⁵ Vgl. hierzu Alvarez 1994:3 ff.; anhand des Beispiels von São Paulo beschreibt Sonia E. Alvarez (1989:239) in einer früheren Studie die "Institutionalisierung" und "Entradikalisierung" der Frauenbewegung durch deren Einbindung in parteipolitische Strukturen als eine der größten Gefahren der 80er Jahre für den Bestand derselben. Vgl. auch Teles 1994:88f., 119

²²⁶ Alvarez 1994:39

²²⁷ Vgl. Alvarez 1994:39

²²⁸ Vgl. Delgado/Soares 1995:85

²²⁹ Vgl. Artikel 226V der brasilianischen Verfassung (Brazil – Constitution, a. a. O.); zu den Fortschritten im Bereich der Arbeitsgesetzgebung siehe: Bruschini 1994:20 ff.; eine allgemeine Einschätzung (zu formaler Gleichheit, Sozialrechten etc.) liefert Sonia E. Alvarez (1994:42).

²³⁰ Vgl. zu diesem Abschnitt Delgado/Soares 1995:85; Gewaltdelikten gegenüber Frauen widmet sich der Artikel von Eva Alterman Blay "Asesinadas y no Asesinas" in der Zeitschrift MUJER/FEMPRESS, Nr. 219/220, Februar/März 2000, im Internet unter: www.fempress.cl/219/temas2.html, eingesehen am 15.11.2000.

diese Entwicklung als Versuch gewertet, ihren politischen Einfluss auf die politischen Institutionen zurückzudrängen. Als direkte Reaktion hierauf vollzog sich der verstärkte Rückzug vieler Aktivistinnen auf die zivilgesellschaftliche Ebene, der in der Literatur verschiedentlich mit dem Begriff der "NGO-isierung" der Frauenbewegung umschrieben wird.²³¹

4.3.1 Interne Verfasstheit

Die städtische Frauenbewegung trägt in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht den Charakter eines "movimento popular", d. h., sie ist in ihrer Gesamtheit nicht als eine typisch lateinamerikanische Basis- bzw. Massenbewegung zu begreifen. Stattdessen wird ihr Erscheinungsbild, wie es sich im Begriff der "NGO-isierung" manifestiert, wesentlich von der Vielzahl der verschiedenen, meistens lokal agierenden Nichtregierungsorganisationen, One-Issue-Gruppen, aber auch deren assoziativen Netzwerken untereinander bestimmt. Innerhalb dieses Geflechts kann dabei nach wie vor zwischen Organisationen mit vornehmlich sozioökonomischem Ansatz und solchen mit feministischem Ansatz unterschieden werden. Beiden ist in den 90er Jahren allerdings gemeinsam, dass die Problematik der Geschlechterverhältnisse thematisiert wird. Natasha Middleton führt in ihrer Analyse der modernen Frauenbewegung Brasiliens deshalb trefflich die Kategorien der "praktischen geschlechtsspezifischen Interessen" ("strategie gender interests") und der "strategischen geschlechtsspezifischen Interessen" ("strategie gender interests") ein, um die Divergenz beider Ansätze zu beschreiben. 233

Vor diesem Hintergrund hat sich eine breite Palette der unterschiedlichsten Organisationen, Gruppen und Projekte gebildet. Ein Teil verfolgt dabei die gemeinsame Erfahrung in der Arbeitswelt als Organisationsprinzip (wie etwa die Vereinigungen der Hausangestellten, der Metallarbeiterinnen, der Prostituierten u. a.), in anderen Fällen überwiegen karitative Aspekte (wie z. B. bei den Organisationen Coletivo Mulher Vida in Recife und Davida in Rio de Janeiro, die (minderjährige) Prostituierte betreuen); wieder ein anderer Teil widmet sich vornehmlich der frauenspezifischen und feministischen Informations- und Aufklärungsarbeit (wie das sehr exponierte Centro Feminista de Estudo e Assessoria (CFEMEA) in Brasília, eine 1989 gegründete NGO, die als Bindeglied zwischen Kongress und zivilgesellschaftlichen Organisationen fungiert; ferner das Centro de Informação da Mulher und die Nichtregierungsorganisation CEPIA, "Cidadania, Estudos, Pesquisa, Informação, Ação", in Rio de Janeiro).

Die eingangs beschriebene Divergenz zeigt sich auch in den Trägerschaften der verschiedenen von und für Frauen betriebenen Organisationen. So rekrutieren die Organisationen mit "praktischem" Ansatz ihre Trägerinnen und Aktivistinnen größtenteils aus den ärmeren Bevölkerungsschichten der großstädtischen Peripherien, in denen sie auch hauptsächlich agieren. Eine Vielzahl der Organisationen mit "strategischem" Ansatz fungiert hingegen vornehmlich als Sammelbecken für Frauen aus der Mittel- und Oberschicht. Als Folge dieser Unterschiede traten ver-

60

Vgl. hierzu die Einschätzung der ehemaligen Präsidentin des CNDM und heutigem Vorstandsmitglied der von ihr mitbegründeten NGO "CEPIA", Jaqueline Pitanguy, deren Lebenslauf gewissermaßen als Abbild dieser Entwicklung fungieren könnte. (Pitanguy 1999)

²³² Pitanguy (1999) charakterisiert das Erscheinungsbild der Frauenbewegung wie folgt: "Die 90er Jahre zeichnen sich vor allem durch ein Übermaß an NGO's, die sich mit Themen rund um Gender und Geschlecht auseinandersetzen, und durch die große Wirkung aus, die diese Bewegung mittels nationaler und internationaler Netzwerke auf den Bereich von Politik und Gesetzgebung, auf internationale Menschenrechtsabkommen und verträge, […] hatte." (Übers. aus dem Spanischen durch den Verf.)

²³³ Vgl. Middleton 1994:8f.

schiedentlich auch Konflikte und Reibungen auf. So repräsentierte z. B. der feministische Diskurs des zweiten Typus aus der Sicht einiger ärmerer Frauen "a bourgeois, white woman 's issue "234, für das anfänglich wenig Verständnis aufgebracht werden konnte.²³⁵

Ernsthafte Anstrengungen, die Bewegung in Form von Dachverbänden, Zentralen oder übergreifenden Organen zu institutionalisieren, wurden - sieht man von den nationalen Frauen- und Feministinnentreffen bzw. den Kongressen ab, die aber nicht wirklich als Institutionalisierungsversuche bewertet werden können – bisher nicht unternommen. Die Gefahr für den Bestand der Frauenbewegung und ihres Charakters als sozialer Bewegung wird vonseiten exponierter Aktivistinnen wie Jaqueline Pitanguy dementsprechend nicht in ihrer "Überinstitutionalisierung", sondern vielmehr in ihrer Zersplitterung und Isolierung gesehen. 236 Die jährlichen regionalen und nationalen Treffen, Kongresse und Konferenzen sind sicherlich auch als Versuch zu werten, dieser Gefahr entgegenzuwirken. Im April 2000 etwa wurde unter dem Motto "Der Feminismus in den 500 Jahren der Beherrschung: Widerstände, Eroberungen und Perspektiven" in João Pessoa im Nordosten Brasiliens das XIII. Nationale Feministische Treffen begangen, an dem etwa 600 Frauen aus den verschiedensten Organisationen und Gruppen, der Kirche, Gewerkschaften und Parteien partizipierten.²³⁷ Zugleich untermauert die relativ geringe Teilnehmerzahl allerdings sowohl die Eingangsthese, wonach es sich bei der Frauenbewegung um keine Massenbewegung handelt, wie auch die Befürchtungen von Pitanguy.

Grundlagen der kollektiven Identität

Es wäre somit sicherlich schwierig, vor diesem fragmentarischen Hintergrund innerhalb der Frauenbewegung eine kollektive Identität oder kohärente (Bewegungs-)Ideologie auszumachen. Vielmehr differieren die ideologischen und programmatischen Ausrichtungen analog zu den unterschiedlichen Ansätzen, Strategien und Zielen der verschiedenen Organisationen, die die Bewegung bilden. Grob könnte zwischen einer "materiell" orientierten Ideologie mit Schwerpunkten im Bereich der Armutsbekämpfung, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Besserstellung und einer "strategisch" orientierten, feministischen Ideologie unterschieden werden. Denn während erstere das Verhältnis der Geschlechter nicht als Priorität begreift und behandelt, stellt letztere die Deprivation aus frauenspezifischen Gesichtspunkten als wesentliche Grundlage ihres Wesens heraus; oder wie Middleton es beschreibt:

²³⁴ Alvarez 1994:51

²³⁵ Ein anschauliches Beispiel liefert Hildete Pereira de Melo mit ihrer Studie aus dem Ende der 80er Jahre (o. J.). Darin zeigt die Autorin den schwierigen Konflikt zwischen der Vereinigung der weiblichen Hausangestellten und den Feministinnen in Rio de Janeiro auf. Letztere als Angehörige der Mittel- und Oberschicht gelten dabei aus Sicht der Hausangestellten nicht als Mitstreiterinnen aus den Reihen der Frauenbewegung, sondern vor allem als Arbeitgeberinnen. Die mangelhafte Entlohnung überwiegt in diesem Fall vor etwaigen gemeinsamen frauenspezifischen Interessen.

²³⁶ Pitanguy (1999) sagt wörtlich: "Wir stehen vor großen Aufgaben, wobei die größten meiner Meinung nach vielleicht im Kampf gegen die Fragmentarisierung und die übertriebene Konkurrenz zwischen den verschiedenen NGO's und Gruppen, gegen die Option für den Staat und gegen die Globalisierung [...] zu sehen sind."

²³⁷ Zum Nationalen Treffen vgl.: Sousa, Teresa Cristina Nascimento: "Feministas retomando el rumbo de la Historia – Se realiza el XIII Encuentro Feminista Nacional de Brasil", Artikel in der Zeitschrift MUJER/FEMPRESS vom Juni 2000, abrufbar im Internet unter www.fempress.cl/223/temas2.html, eingesehen am 15.11.2000; zum Marsch siehe: CFEMEA: "Mulheres em Marcha", www.cfemea.org.br, eingesehen am 15.11.2000.

"To summarise: women who seek practical gender interests accept existing feminine roles and assert their rights on the basis of these roles. Those who pursue strategic gender interests do not, on the contrary they seek to transform the roles that society assigns women and seek equality and autonomy. ²³⁸

Trotz der divergierenden Ansätze verweist Sonia E. Alvarez auf einen für die Dynamik der Frauenbewegung wichtigen Prozess, der sich im letzten Jahrzehnt vollzog:

"In the 1990's, the existence of many feminisms was more widely acknowledged, and the diversity of feminist visions, approaches, organizational forms, and strategic priorities appeared to be increasingly respected within the movement. With the growth of 'popular feminism', the dichotomy between feminine and feminist struggles was also increasingly being abandoned or blurred. '239

Die Entwicklung des "populären" oder "Volksfeminismus" wird insofern als wichtig für die Bewegung gewertet, als er eine breite "politische Bewusstseinsbildung", gerade in den Reihen der Aktivistinnen aus armen Verhältnissen, aber auch "Solidaritätsfortschritte zwischen den verschiedenen Protagonistinnen" der Frauenbewegung spiegelt. Der "Volksfeminismus" wird danach als Folge eines breiten Erkenntnisprozesses aufgefasst, der von den Organisationen mit "strategischem", feministischem Ansatz auf diejenigen mit "materiellem" Ansatz überschwappte. Die Erkenntnis besteht darin, dass die grundlegende Verbesserung der Stellung und der Lebensverhältnisse der Frauen nur über die Neudefinition der Geschlechterrollen in der Gesellschaft und in der Familie zu erreichen sei. Die Agitation der Frauenbewegung lässt sich hiernach also auch als Kampf gegen die vorherrschende politische Kultur und die gesellschaftliche Mentalität verstehen, in der, wie in Kapitel drei dargelegt, tendenziell frauenfeindliche Komponenten wie Patriarchalismus, Autoritarismus und *Machismo* nach wie vor verwurzelt sind.

Dabei wird vor allem die Familie als "Basiseinheit" der Reproduktion der patriarchalen Geschlechterverhältnisse ausgemacht. Als direkte Folge der Fortschreibung der traditionellen Geschlechterverhältnisse wird die Doppelbelastung bzw. die doppelte Ausbeutung der Arbeitskraft der Frau reklamiert, die sich in den 80er und 90er Jahren – also einer Zeit, als Frauen massiv in den brasilianischen Arbeitsmarkt (v. a. den Dienstleistungssektor) drängten – faktisch für einen Großteil der berufstätigen Frauen, gerade in den einkommensschwächeren Familien, ergab. Denn neben der regulären Arbeit blieb die Hausarbeit und die Erziehung der Kinder auch weiterhin vornehmlich den Frauen überlassen. 243

Die programmatischen Forderungen, gerade im Bereich der "material gender interests", sind als Ausfluss der relativ hohen Zahl von One-Issue-Gruppen zahlreich und oft zu spezifisch, um zur Ausbildung einer kollektiven Identität beitragen zu können. Im Bereich der "strategie gender interests" lassen sich hingegen auch als Ergebnis des zuvor beschriebenen Prozesses einige die gesamte Bewegung betreffende Programmpunkte erkennen. Diese liegen zum einen im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und der Arbeitsbedingungen, wo die zahlreichen Diskriminierungen aufgegriffen und kritisiert werden. Daneben spielt aber auch der Kampf gegen (inner- und außer-

²³⁸ Middleton 1994:9

²³⁹ Alvarez 1994:53

²⁴⁰ Vgl. Delgado/Soares 1995:80

²⁴¹ Vgl. Delgado/Soares 1995:8 ff.

²⁴² Vgl. Jelin 1990:2

²⁴³ Vgl. Delgado/Soares 1995:76; Skidmore 1998:285

familiäre) Gewalt gegenüber Frauen, für die Anerkennung der Freiheit der weiblichen Sexualität und für die Legalisierung der Abtreibung eine wichtige Rolle innerhalb der Bewegung.²⁴⁴

Insgesamt zeigt sich auf dem Feld von Ideologie und Programmatik jedoch nichtsdestotrotz keine kohärente ideologische oder programmatische Einheit, sondern vielmehr eine breit gefächerte Palette verschiedener Ansätze und Strategien, die zwar alle in der einen oder anderen Weise und mit unterschiedlicher Akzentuierung die strukturelle Benachteiligung der Frau reklamieren, jedoch insgesamt nur in Maßen zu einer kollektiven Identität beizutragen vermögen.

4.3.3 Das individuelle politische und gesellschaftliche Umfeld

Die brasilianische Gesellschaft ist nach wie vor stark männlich dominiert und pflegt als größtes katholisches Land der Welt ein sehr traditionalistisches Frauenbild. 245 Frauen wurden traditionell aus dem öffentlichen Leben ferngehalten und in der Regel auf ihre Rolle als Mutter und Führerin des Haushalts reduziert. Die vorherrschenden weiblichen Stereotypen sind die einer gehorsamen Tochter, einer duldsamen Ehefrau und allgemein eines passiven und untertänigen Geschöpfs. Die realen Verhältnisse haben sich indes seit den 70er Jahren stetig verändert. So stieg beispielsweise der Frauenanteil an der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung – nachdem er bis 1970 bei Werten unter 20% gelegen hatte – laut offizieller Statistik des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik IBGE bis 1999 auf 40,3% an. 246 Im Bereich von Bildung und Ausbildung besteht laut Statistik sogar gar keine Benachteiligung von Frauen mehr: Im Bereich der schulischen Grundbildung liegen beide Geschlechter gleichauf, in den Kategorien mehrjähriger bzw. höherer Ausbildung, die in der Regel die Absolvierung eines Studiums einschließen, überwiegt sogar der Anteil von Frauen vor dem der Männer. 247 Weniger ausgeglichen zeigen sich trotz des verstärkten Engagements von Frauen in den Gewerkschaften die durchschnittlichen Einkommen beider Geschlechter: Danach verdienen Männer im Durchschnitt mit monatlich 3,2 Mindestlöhnen immer noch mehr als doppelt soviel wie Frauen (1,4 Mindestlöhne).²⁴⁸

Auf politischer Ebene manifestiert sich eine gewisse Stagnation. So geht aus den Statistiken der CFEMEA hervor, dass der Anteil von Frauen, die bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr zu Abgeordneten gewählt wurden, im Vergleich zu 1996 kaum gestiegen ist (1996: 10,99%; 2000: 11,61%) und mit knapp 11% relativ niedrig ist. Bei den Bürgermeisterwahlen zeigte sich ein ähnliches Bild: Betrug der Anteil von Frauen 1996 5,5%, so steigerte er sich in diesem Jahr nur

²⁴⁶ Siehe Statistik Nr. 4.1.A der Kategorie "*Trabalho*"("Arbeit") des IBGE für das Jahr 1999, www.ibge.gov.br/estatistica/populacao/trabalhoerendimento/pnad99/sintese/tabela.shtm, einges ehen am 19.12.2000.

63

Einen Gesamtüberblick über die aktuelle Programmatik der Frauenbewegung findet sich auf der Seite der Universität Campinas (PUC) "Movimento Feminista atual", puccamp.aleph.com.br/movimento feminista/atual.htm, eingesehen am 12.11.2000. Daneben behandelt Maria Teles (1994:9 ff.) die Problematik des Kampfes gegen Gewalt gegen Frauen und für eine freie weibliche Sexualität; zum Kampf für die Legalisation der Abtreibung siehe Barsted 1992:16 ff.. Die einzelnen Aspekte hängen insofern miteinander zusammen, als sowohl die Zahl illegal vorgenommener Abtreibungen, die Zahl von Todesfällen bei Abtreibungen und die von Sterilisationen in Brasilien ausgesprochen hoch ist. Dabei sind es vornehmlich Frauen aus ärmeren Schichten, die zu illegaler Abtreibung bzw. Sterilisation als vermeintlich sicherer und billiger Verhütungsmethode Zuflucht nehmen.

 $^{^{245}\,}$ Vgl. zum hier geschilderten Frauenbild u. a. Skidmore 1998:285

²⁴⁷ Siehe Statistik Nr. 3.1.A der Kategorie "Educação"("Bildung") des IBGE für das Jahr 1999, a. a. O.; aus dieser geht z. B. hervor, dass in der Kategorie von elf und mehr Ausbildungsjahren der Anteil von Frauen sogar bei 55% liegt.

²⁴⁸ Siehe Statistik Nr. 7.1.12 der Kategorie "Rendimento" ("Verdienst") des IBGE für das Jahr 1999, a. a. O.

geringfügig auf 5,68%. Auf nationaler Ebene zeigt sich ein ähnliches Bild wie auf der Bürgermeisterebene: So wurden bei den Kongresswahlen 1998 nur 30 Frauen in Ämter als Parlamentarierinnen (5,85%) und zwei neue Senatorinnen zu den bereits 1994 gewählten drei anderen hinzu gewählt. ²⁴⁹ Die Zahlen verdeutlichen auch, dass die Chancen der Frauen, in höhere politische Ämter gewählt zu werden, mit zunehmender Bedeutung des Amtes geringer werden.

Wie die Analyse von Singer im Auftrag der ILO zeigt, zählt das weibliche Geschlecht trotz der graduellen Veränderung der realen Geschlechterrollen nach wie vor zu den wichtigsten Motiven und Ursachen für soziale und rechtliche Diskriminierung. ²⁵⁰ Insgesamt spricht damit vieles dafür, dass die traditionellen Geschlechterrollen in breiten Teilen der Bevölkerung weiterhin gepflegt werden und zwar genauso in den konservativ-traditionalistischen Kreisen wie in den ärmeren sozialen Schichten mit geringem Zugang zu Bildung. ²⁵¹ Der Widerstand gegen feministische Forderungen zeigt sich dementsprechend hartnäckig, d. h., diese werden entweder ignoriert oder aber – mitunter gewaltsam – unterdrückt. Auch die Kirche, die in den 70er Jahren noch entscheidend zum Entstehen der Mütter- und Nachbarschaftsvereinigungen beigetragen hat und die "materiell" orientierten Organisationen auch heute noch logistisch unterstützt, offenbart sich in vielen Fragen als vehementer Gegner des modernen Feminismus. Vor allem die Forderungen nach der sexuellen Freiheit der Frauen und nach der Legalisierung der Abtreibung kollidieren mit den moralischen Vorstellungen des Klerus. ²⁵² Folglich ist die feministische Frauenbewegung vielfach auf sich allein gestellt; oder wie Leila de Andrade Barsted in ihrer Studie über den Kampf um die Legalisierung der Abtreibung resümiert:

"In fact, they had few allies. The Regional Medical Councils (with some exceptions), the Federal Council of the Brazilian Bar Association, trade union locals and confederations, and the progressive intelligentsia were at best indifferent to the feminist struggle and at worst contrary to it."

Als wesentlicher Faktor für die Erfolge der Frauenbewegung der letzten beiden Jahrzehnte in Brasilien wird hingegen, gerade aus der Sicht von Aktivistinnen, die internationale Verknüpfung der verschiedenen nationalen Frauenbewegungen angeführt. ²⁵⁴ Gerade der Erfahrungsaustausch mit Frauenaktivistinnen aus Ländern der sogenannten Ersten Welt, in denen die Gleichberechtigung der Frau größtenteils bereits eine andere Qualität erreicht hat, dürfte diesbezüglich zur Stärkung und Artikulation des Protests beigetragen haben. Die aktive Teilnahme brasilianischer Aktivistinnen an den internationalen Frauenkonferenzen ²⁵⁵ und der letztjährigen globalen Frauenkampagne gegen Armut und sexuelle Gewalt, die nach einer Schätzung des CFEMEA weltweit von

²⁵⁴ Vgl. Pitanguy (1999)

²⁴⁹ Zu den Zahlen vgl. die Statistiken des CFEMEA: "Número de mulberes eleitas se mantém estável", in: Jornal Fêmea, Oktober 2000 bzw. "A Bancada Feminina no Congresso Nacional", www.cfemea.org.br (durchklicken über "Temas e Dados" und "Política e Poder"), beide eingesehen am 20.11.2000

Vgl. Singer (1997). Daneben führt Maria Teles als Beispiel rechtlicher Diskriminierung an, dass Vergewaltigungen im brasilianischen Strafrecht nicht etwa als Verbrechen gegen die Person, sondern nur gegen die Moral und die guten Sitten behandelt werden. (Teles 1994:98)

So wird u. a. auch auf die Diskriminierung von Frauen und die "Männerlastigkeit" innerhalb der Landlosenbewegung verwiesen. (vgl. Bröckelmann-Simon 1994:346)

²⁵² Siehe hierzu Barsted 1992:17 ff.

²⁵³ Barsted 1992:181

Vgl. hierzu z. B. den öffentlichkeitswirksamen Protest im Rahmen der Internationalen Frauenkonferenz in Peking 1995 im Artikel "*Tangos feministas*" von Birte Rodenberg in der ila, Nr. 220 vom Nov. 1998, S. 10-12, in dem die Autorin beschreibt, wie "Lateinamerikanerinnen die Rolltreppen im Konferenzgebäude blockierten und mit Plakaten für ihre Forderungen demonstrierten." (S. 11)

ca. 5000 Frauenorganisationen und -gruppen aus 159 Ländern getragen wurde²⁵⁶, sind als solche Erfahrungsaustausche bzw. internationale Vernetzungen anzusehen.

Die brasilianische Frauenbewegung leistete ihrerseits in den 80er Jahren auf dem lateinamerikanischen Kontinent Pionierarbeit und trug z. B. maßgeblich zum Gelingen des I. Treffens der Feministinnen Lateinamerikas und der Karibik 1981 in Bogotá bei. Mittlerweile finden regelmäßig in zweijährigem Abstand Treffen in diesem Rahmen statt, letztmalig 1999 das VIII. Treffen in der Dominikanischen Republik. Dabei gilt die brasilianische Frauenbewegung in Lateinamerika nach wie vor als die "größte, mannigfaltigste, radikalste und politisch einflussreichste" der verschiedenen nationalen Bewegungen.²⁵⁷

4.3.4 Das Spektrum der Aktions- und Protestformen

Die Aktionspotenziale der Frauenbewegung sollten angesichts ihres fragmentarisierten Erscheinungsbildes nicht überbewertet werden. So finden sich in Fachliteratur und Medien keinerlei Hinweise auf direkte Aktionen der Bewegung. Auf dem Feld demonstrativer Aktionen konstatiert Sonia E. Alvarez hingegen nach dem Abflauen in den 80er Jahren für das letzte Jahrzehnt "revitalized mobilizational efforts", die in zahlreichen Demonstrationen und Protestmärschen ihren Niederschlag gefunden hätten. 258 Alvarez verweist dabei vor allem auf die Mobilisierungsleistungen im Rahmen der Kampagne gegen Gewalt gegenüber Frauen und gegen die weit verbreitete Straflosigkeit bei Delikten gegen Frauen Mitte der 90er Jahre. Auch aktuell birgt die Frage von (sexueller) Gewalt gegenüber Frauen noch ein relativ hohes Mobilisierungspotenzial. Dies zeigte sich u. a. in der Kampagne gegen Armut und sexuelle Gewalt im vergangenen Jahr. In deren Rahmen hatten brasilienweit zahlreiche Aktivitäten stattgefunden, waren verschiedene Kongresse und Debatten abgehalten und Demonstrationen und Protestmärsche organisiert worden, wie z. B. der Marcha das Margaridas (Margaritenmarsch) zum Auftakt der Kampagne im März und die Abschlussdemonstration in Brasília am 16. Oktober 2000.²⁵⁹ Dabei waren es vor allem die Hausangestellten, die in diesem Zusammenhang neben den Landarbeiterinnen besonders in Erscheinung traten.²⁶⁰

Daneben partizipieren Frauen, die dem Umfeld der Bewegung zugerechnet werden, an den verschiedenen Protesten, die sich vor allem gegen die Folgen der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik wenden, und tragen diese, obwohl nicht explizit ausgewiesen, oft maßgeblich mit. ²⁶¹ Insgesamt scheint sich mit diesen Beispielen allerdings das von Pitanguy gezeichnete Bild einer stark fragmentarisierten Bewegung zu verstärken, die selten in gemeinsamen Aktionen an die Öffentlichkeit tritt.

Auch auf dem Feld intermediären Protests wird spätestens seit dem Rückzug vieler Aktivistinnen aus den staatlichen Institutionen ein konzertiertes, koordiniertes Auftreten als geschlossene Bewegung nicht deutlich. Generell zeigt sich jedoch, dass Aktivistinnen aus dem Umfeld der Frauenbewegung durchaus die Möglichkeiten nutzen, die sich ihnen bieten, um Einfluss auf poli-

²⁵⁹ Vgl. hierzu: CFEMEA, Mulheres, a. a. O.

²⁵⁶ Vgl. hierzu CFEMEA, Mulheres, a. a. O.

²⁵⁷ Vgl. Delgado/Soares 1995:63

²⁵⁸ Alvarez 1994:49

Vgl. Tina Kleiber von der Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt ASW, die in Brasilien zahlreiche Frauenprojekte betreibt, im Interview vom 31.10.2000.

²⁶¹ Vgl. Tina Kleiber im Interview vom 31.10.2000

tische Prozesse und Entscheidungsverfahren zu nehmen. Als Beispiel hierfür kann die von Jaqueline Pitanguy gegründete NGO CEPIA gelten, die als Bindeglied zwischen Bewegung und Nationalkongress konzipiert wurde. 262 Auf kommunaler Ebene stellt hingegen das Verfahren des sogenannten partizipativen Haushalts (Orcamento Participativo, kurz OP), das seit 1989 in verschiedene Kommunalverfassungen Eingang fand, ein wenngleich verstecktes Beispiel intermediären Handelns von Frauenaktivistinnen dar. Die Idee des OP besteht darin, die Bürger und Bürgerinnen in einem mehrphasigen Diskussions- und Entscheidungsprozess direkt in die Verteilung der Haushaltsmittel, die der Kommune für Investitionen zur Verfügung stehen (in der Regel zwischen zehn und 18 Prozent des Gesamthaushalts), einzubinden. 263 Obwohl die Beteiligung von Frauen am OP-Verfahren in der Analyse von Renate Rehaag – der eine Studie zugrunde liegt, die 1998 in Porto Alegre, der Hauptstadt des südbrasilianischen Bundeslandes Rio Grande do Sul angefertigt wurde – nicht explizit ausgewiesen ist, spricht doch vieles dafür. So belegt die Studie, dass der überwiegende Teil der OP-engagierten Bürgerinnen und Bürger, nämlich ca. 67%, aus dem Umfeld sozialer Bewegungen stammt. 264 Darunter am stärksten sind mit 41% die Nachbarschafts- und Stadtteilbewegungen vertreten. Wie eingangs erwähnt, besteht deren Trägerschaft jedoch fast ausschließlich aus Frauen. Diese wiederum werden in der einschlägigen Literatur zugleich dem Umfeld der Frauenbewegung zugerechnet, vornehmlich als deren "materieller" Flügel. Insofern ist eine rege Beteiligung von Frauenaktivistinnen zumindest zu vermuten. Allerdings trägt das Beispiel auch dazu bei, den Eindruck zu verstärken, dass die verschiedenen Organisationen, die als konstitutive Elemente der Frauenbewegung angesehen werden, es im Verlauf der Øer Jahre nur selten vermochten, als solche in der Öffentlichkeit aufzutreten und dabei frauenspezifische Angelegenheiten zu platzieren.

4.3.5 Die Rezeption in der Öffentlichkeit

Die Haltung der massenmedialen Presse gegenüber der Frauenbewegung zeigt sich wechselhaft und stark abhängig vom thematischen Bezug. Betrachtet man allein die Präsenz von Frauen und Frauenthemen in der Presse, so wird von feministischer Seite eine relativ positive Bilanz gezogen. Allerdings bleibt das Frauenbild im brasilianischen Fernsehen und den Printmedien beharrlich von sexistischen Vorurteilen geprägt und die Frau häufig auf ihre sexuellen Reize

²⁶² Vgl. zum Konzept der NGO: www.cepia.org.br

Zu Ablauf, Erfolgen und Kritik des OP siehe Rehaag 2000:2 ff. und Petit, Pere: "Modo Petista – PT-Regierung in Belém, Pará", in der II.A, Nr. 239 vom Oktober 2000, S. 22f.. Petit verweist u. a. darauf, dass Porto Alegre und Belém für die Einführung des Modells des OP 1998 von der UNO "als eine der besten Amtsführungen für eine menschliche Welt ausgezeichnet" wurde. (S. 22) Nach den Wahlerfolgen der PT auf Länderebene 1998 bzw. den Kommunalwahlen diesen Jahres und früherer Jahre wurde und wird der OP u. a. im gesamten Bundesland Rio Grande do Sul und auf munizipaler Ebene in den Millionenstädten São Paulo, Belém u. a. eingeführt. (Rehaag 2000:2 ff.)

Vgl. Rehaag 2000:28. In den Gremien des fortgeschrittenen Stadiums des OP-Entscheidungsverfahrens, den sogenannten OP-R\u00e4ten, stammen sogar 91\u00df der Delegierten aus dem Umfeld sozialer Bewegungen.

Vgl. hierzu Daise Reis, die einer feministischen Organisation in Olinda im Nordosten Brasiliens angehört, im Interview mit Gabi Küppers (erschienen unter der Überschrift "Stadt-Land-Fluß – Vier Frauen im Gespräch über Feminismus und seine Differenzierungen", in: ila, Nr. 220 vom November 1998, S. 15-19). Darin äußert die Aktivistin u. a. (S. 16): "Ich denke, nie waren Frauen in den Medien so präsent wie in den letzten fünf Jahren, mit positiven wie mit negativen Vorzeichen.[...] Ich glaube, die häufige Rede von der Frau in den Medien ist ein Zeichen dafür, daß sich die Rollen verschieben und daß die Debatte, welches die neue Rolle sein wird, noch in vollem Gange ist."

reduziert.²⁶⁶ Deshalb müssen die Möglichkeiten für Frauen aus dem Umfeld der Bewegung, Eingang in die großen Medien des Landes zu finden und diese als Artikulations- und Kommunikationsplattform zu nutzen, als eher beschränkt eingeschätzt werden:

"In a society dominated by the media, the absence of channels for shaping public opinion has also been a major problem for the women's movement in submitting its claims. While the media has sometimes been sympathetic to women's causes, access to the mainstream press, particularly the television networks, is still limited and intermittent."

Somit bewahrheitet sich zumindest für den Bereich der massenmedialen Öffentlichkeiten, dass die Frauenbewegung als solche keinen oder nur sehr beschränkten Eingang findet. Frauenthemen werden zwar behandelt, die Bewegung jedoch größtenteils ignoriert. Allerdings scheinen die verschiedenen Frauen- und feministischen Organisationen die Nichtbeachtung in den "offiziellen" Medien im Bereich alternativer Öffentlichkeiten wenigstens teilweise kompensieren zu können. So ging die Frauenbewegung bereits früh dazu über, eigene mediale Ausdrucksformen und Foren zu schaffen. Bereits seit den 70er Jahren wurde ihr Wirken durch die Herausgabe frauenspezifischer und feministischer Zeitungen und Zeitschriften flankiert und unterstützt. Frühe Beispiele hierfür sind u. a. die Zeitung Brasil Mulher (1975-1979), die Zeitung Nós Mulheres (1976-1978) sowie die wissenschaftliche Halbjahreszeitschrift Mulherio (1981-1987). Zwar wurde der Druck bzw. Vertrieb all dieser Zeitungen (häufig aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten) nach relativ kurzer Lebensdauer wieder eingestellt, allerdings nicht ohne dass neue Zeitungen in die Bresche gesprungen wären. 268

Die "NGO-isierung" der Frauenbewegung in den 90er Jahren kann auch als Zunahme alternativen Publizierens und Informierens interpretiert werden. So bildeten sich mit Enfoque Feminista, einer Zeitschrift, die von sechs verschiedenen Frauenorganisationen gemeinsam betrieben wird, mit der Zeitschrift Fêmea, herausgegeben vom CFEMEA und mit der halbjährlich und zweisprachig (portugiesisch/englisch) erscheinenden wissenschaftlichen Zeitschrift Revista Estudos Feministas nicht nur absatzstarke und etablierte Zeitschriften heraus, sondern genauso wurde das Internet von zahlreichen Organisationen (CFEMEA, CEPIA, Davida u. a.) als Artikulations- und Informationsforum entdeckt. Daneben verweist Sonia E. Alvarez zusätzlich darauf, dass in dieser Zeit frauenspezifische und feministische Videovertriebe, Verlagshäuser und Studienzentren und Arbeitszirkel, letztere an zahlreichen Universitäten, gegründet wurden. Auch die eingangs erwähnten Informations- und Meldestellen sind als Elemente zur Bildung einer kritischen Öffentlichkeit, nämlich gegenüber den Verbrechen und Diskriminierungen gegen Frauen, zu sehen, und tragen zumindest in diesem Bereich zu einem dynamisches Bild der Frauenbewegung bei.

4.3.6 Einschätzung des realen Demokratisierungspotenzials

Zunächst bleibt festzuhalten, dass sich an mehreren Stellen der Analyse gezeigt hat, dass die Bezeichnung als "eine" Bewegung dem vielseitigen Charakter des Engagements von Frauen teilweise nur schwer gerecht wird. Eine zentrale Motivation der Mehrzahl der Frauenorganisationen

²⁶⁸ Vgl. hierzu Teles 1994:7 ff.

²⁶⁶ Inwiefern das Bild "sambatanzender, halbnackter Mulattinnen" auch aus finanziellen Gründen von der Tourismusindustrie gepflegt wird, stellt den Untersuchungsgegenstand der Arbeit von Gillian (1998:5 ff.) dar.

²⁶⁷ Barsted 1992:183

²⁶⁹ Vgl. Alvarez 1994:49

ist jedoch – und insofern ist die Bezeichnung als Bewegung doch zutreffend – die konkrete Verbesserung der Position der Frau in der brasilianischen Gesellschaft bzw. die Veränderung der Geschlechterverhältnisse. Allerdings fällt es bei deren Analyse schwer, innerhalb eines 20- bis 30jährigen Zeitraumes profunde Veränderungen zu erkennen. Stellvertretend mag hierzu die Einschätzung von Cecilia McCallum zitiert werden:

"Some men now accept that 'their' women go out to struggle autonomously 'in the street' beyond the domestic domain. But continuity is also an aspect of historical process. Overall the combination of continued economic deprivation, culturally produced gender inequality and the moral framework that restricts sexuality to 'correct' domains of action, contributes to a painful slowness in change."

Gestützt wird McCallum in ihrer Einschätzung durch einige der in Teil 4.3.3 genannten Statistiken, etwa im Arbeits- und Bildungssektor, die durchaus von einer solchen, wenngleich langsam stattfindenden Veränderung der Geschlechterrollen in der brasilianischen Gesellschaft zeugen. Nur ist es problematisch, den konkreten Anteil der Frauenbewegung in dem Geflecht unterschiedlicher Faktoren, die zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse beitragen, einzuschätzen. Insofern wäre es sicherlich stark vereinfachend und zu abstrakt, die Veränderung der Geschlechterverhältnisse als "staatsbürgerliche Selbsthilfe" der Frauen zu begreifen. Deutlich wird der Aspekt der Selbsthilfe eher in der Mikroperspektive, auf lokaler Ebene, bei der Reihe von Organisationen, die sich entweder der Verbesserung der Lebensverhältnisse im Viertel oder in der Nachbarschaft, der Angleichung der Arbeitsbedingungen (Hausangestellte, Prostituierte, Industriearbeiterinnen u. a.) oder aber der Beseitigung bzw. Veränderung bestimmter gesellschaftlicher Phänomene (Gewalt gegen Frauen, Sexismus u. a.) und rechtlicher Benachteiligungen (z. B. im Strafrecht, Familienrecht, Arbeitsrecht etc.) verschrieben haben. Die Vielseitigkeit der Ansätze, Projekte und Strategien, in denen auch die advokatorische Vertretung marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen (z. B. die der Prostituierten) und der Opfer von Gewalt und Unterdrückung betrieben wird, spiegelt zugleich die Vielseitigkeit femininer Selbsthilfe.

Die verschiedenen Aktionsansätze müssen aber auch als Variante staatsbürgerlicher Sozialisation verstanden werden. Als besonders fruchtbar wurde in diesem Zusammenhang u. a. das Kooperieren der Frauen aus der Mittel- und Oberschicht und denen der Unterschicht beurteilt, als dessen Resultat der "Volksfeminismus" zu sehen ist. Daneben haben die Erfahrungen des mannigfaltigen Engagements dazu geführt, dass die strukturelle Benachteiligung der Frau zumindest in der Frauenbewegung als gesellschaftliches Problem erkannt und auf der Grundlage der Verfassung von 1988 angegangen wird. Insofern fördern die zahlreichen Aktivitäten unter dem Dach der Frauenbewegung auch die Ausbildung einer aktiven Bürgerschaft. Vor diesem Hintergrund ist auch die Äußerung von Jaqueline Pitanguy verständlich, wenn sie sagt:

"Ich beunruhige mich nicht so sehr, dass die jüngeren Generationen nicht aktiv am feministischen Kampf teilnehmen, denn in vielen jungen Frauen sind die Prinzipien unserer Bewegung bereits verankert, so dass sie zwar keine Plattform bilden, aber gleichwohl die "Haut" dieser Bewegung sind."²⁷¹

Der Einfluss auf die politischen Strukturen kann nach den mageren Ergebnissen des Teils 4.3.4 nur am konkreten Frauenanteil in den politischen Institutionen bemessen werden. Ein Erfolg, der direkt vom Wirken der Frauenbewegung abgeleitet wird, ist dabei die Einführung einer Quote durch den Gewerkschaftsdachverband CUT und 1991 durch die PT von mindestens 30% Frauen

²⁷⁰ McCallum 1999:288

²⁷¹ Pitanguy 1999 (Übers. aus dem Spanischen durch den Verf.)

in allen Exekutivämtern.²⁷² Was allerdings politische Ämter im Institutionensystem betrifft, musste für die 90er Jahre eine stagnierende Entwicklung konstatiert werden, wobei sich generell auf kommunaler Ebene größere Möglichkeiten für Frauen abzeichnet haben, in die Politik einzutreten. Allerdings ist es hierbei grundsätzlich schwierig, einen direkten Zusammenhang zwischen der Wahl von Frauen in politische Ämter und dem Wirken der Frauenbewegung herzustellen. So belegt die Studie von Céli Regina Jardim Pinto, dass die Mehrzahl der in Ämter gewählten Frauen keinen oder nur geringen Bezug zur Frauenbewegung oder zum Feminismus haben. 273 Allerdings gibt es auch Ausnahmen. So wurden in den 90er Jahren mit Luiza Erundina, Benedita da Silva und kürzlich Marta Suplicy drei Leitfiguren der feministischen bzw. der Frauenbewegung in hohe politische Ämter gewählt, Erundina und Suplicy jeweils zur Bürgermeisterin von São Paulo und da Silva zur Senatorin bzw. sukzessive zur Vizegouverneurin des Bundesstaates von Rio de Janeiro. 274 Deshalb kann allgemein sicherlich festgehalten werden, so wenigstens das Ergebnis von Pinto, dass das Engagement der verschiedenen Frauen- und feministischen Organisationen die Möglichkeiten des Eintretens in die Politik und die Räume in den Institutionen für Frauen grundsätzlich erhöht hat.²⁷⁵ Insofern kann in diesem Zusammenhang sowohl von einer graduellen "Korrektur der etablierten Politik" als auch von einer sozialisatorischen Leistung der Frauenbewegung gesprochen werden, allerdings nicht bezogen auf deren Träger, sondern auf die politische Kultur, und da speziell im Sinne von mehr Gleichheit im Verhältnis der Geschlechter.

Durch ihren pluridirektionalen Ansatz, der sowohl Aktivitäten in der zivilgesellschaftlichen Sphäre als auch in den politischen bzw. gewerkschaftlichen Institutionen und Organen umfasst, trägt die Frauenbewegung durch ihr Agieren in verschiedenen Bewegungen und Gruppen nicht nur zur Vernetzung innerhalb der zivilgesellschaftlichen Sphäre, sondern auch zur Verbindung von politischer und zivilgesellschaftlicher Sphäre bei. Zugleich erhöht die Bewegung mit der Breite dieses Ansatzes auch die Akzeptanz feministischer Forderungen in beiden Sphären. Damit wiederum fördert sie die Bildung einer kritischen Öffentlichkeit gegenüber den mannigfaltigen Vorurteilen und Diskriminierungen, die Frauen immer noch erleiden, und zugleich die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. Delgado und Soares sprechen vor diesem Hintergrund trefflich von den "spezifischen Handlungsformen" der Frauenbewegung, die "auf neue gesellschaftliche Beziehungen zwischen Männern und Frauen, auf einen neuen Dialog zwischen Staat und Frauen, zwischen Frauen und privaten Arbeitgebern und auf Veränderung der Verhältnisse im familiären Bereich" zielten.

Daneben zeigen die Erfahrungen aus der Transformationsphase der 70er und 80er Jahre – in der der Protest gegen das Militärregime in elementarer Weise von der Frauenbewegung getragen wurde –, dass sie den Kampf gegen Autoritarismus, Militarismus und Patriarchalismus, als deren

²⁷² Vgl. Marques 1992:124

²⁷³ Vgl. Pinto 1994:50 ff.

²⁷⁴ Luiza Erundina und Benedita da Silva stammen im Gegensatz zu Marta Suplicy beide aus ärmlichen Verhältnissen. Luiza Erundina, als Migrantin aus dem kargen Nordosten Brasiliens nach São Paulo gekommen, bei ihrer Wahl 56 Jahre alt und "nicht eben schön im herkömmlichen Sinne" war das genaue Gegenteil des Klischeebildes der brasilianischen Frau, "die immer schön und jung sein muß", "sie war die Anti-Kandidatin." (vgl. Teles 1992) Benedita da Silva stammt als Afrobrasilianerin aus einer der Favelas von Rio de Janeiro und hatte bei ihrer Wahl eine lange Karriere als Aktivistin in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen hinter sich (vgl. Pinto 1994:517).

²⁷⁵ Vgl. Pinto 1994:517

²⁷⁶ Delgado/Soares 1995:81f.

"höchster Ausdruck" das Militärregime galt, an exponierter Stelle führt.²⁷⁷ Da diese Attitüden von der Bewegung als die wesentlichen Ursachen und zugleich als fruchtbarer Grund für die strukturelle Unterdrückung der Frau ausgemacht wurden, ist die Frauenbewegung als tragendes Element und *conditio sine qua non* im Prozess der Demokratisierung von politischer Kultur und politischem System zu begreifen. Die Antwort auf die Frage, inwieweit sie jedoch tatsächlich zum konsequenten Bruch mit dem autoritären Erbe beitragen kann, bleibt aufgrund der nach wie vor starken und vielfältigen Resistenzen aus der männlich dominierten gesellschaftlichen Sphäre spekulativ.

²⁷⁷ Vgl. Foweraker 1995:74f.

5 Fazit

Welches abschließende Fazit lässt sich aus den beschriebenen Entwicklungen und Tendenzen für die Bedeutung sozialer Bewegungen für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft in Brasilien ziehen? Zunächst muss festgestellt werden, dass das politische System Brasiliens weit davon entfernt ist, als demokratisch zu gelten. Die hohen Grade an politischer Exklusivität, sozialer Polarisierung, Gewalt und Autoritarismus sind dabei die Komponenten, die seine Bezeichnung als defizitäre Demokratie oder als autoritär-demokratischen Mischtyp rechtfertigen. Unter diesen Prämissen muss das Wirken sozialer Bewegungen beurteilt werden. Dabei sollen zunächst, auf der Basis der untersuchten Beispiele, die Ergebnisse der verschiedenen Kategorien, die zu Beginn dieser Arbeit entwickelt wurden, kurz zusammengefasst werden, um eine abschließende Beurteilung vorzubereiten.

In Bezug auf die internen Faktoren haben sich zum Teil sehr unterschiedliche Ergebnisse gezeigt. So variierte das Erscheinungsbild bzw. die interne Verfasstheit der untersuchten Bewegungen zwischen den für Lateinamerika typischen "movimentos populares", also breiten Basis- bzw. Massenbewegungen, regionalen Bewegungen und fragmentarisierten Bewegungen auf der Basis von kleinen Nichtregierungsorganisationen und One-Issue-Gruppen. Entsprechend heterogen zeigte sich das Verhältnis von Träger- zu Resonanzgruppe und die Verfahren der internen Entscheidungsfindung. Generell bestätigte sich, dass höhere Grade an Organisiertheit, Zentralisierung und Hierarchisierung die Möglichkeiten einer Bewegung zu Massenmobilisierungen und damit die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erhöhen. Weitet sich die bewegungsinterne Hierarchisierung hingegen zum Bruch zwischen Träger- und Resonanzgruppe aus, oder aber besteht ein zu geringer interner Zusammenhalt, so droht nicht nur der Verlust der kollektiven Identität, sondern das Absterben der Bewegung schlechthin.

Was die Grundlage kollektiver Identität betrifft, so haben sich verschiedene Motive herauskristallisiert. Die Ideologie als Fundament zur Ausbildung eines "Wir-Gefühls" beruhte im Fall der untersuchten Bewegungen auf ethnisch-kulturellen, geschlechtsspezifischen oder sozioökonomischen Gemeinsamkeiten. ²⁷⁸ Die Ideologien der Bewegungen sind somit höchst individuelle und spezifische Ideenkonstrukte. Dass sie dabei zum Teil einen stark idealistischen bzw. utopistischen Charakter aufweisen, ist auf das allgemeine Wesen von Ideologien und sozialen Bewegungen zurückzuführen. Die programmatische Umsetzbarkeit muss hingegen in vielen Fällen eher skeptisch beurteilt werden, gerade vor dem Hintergrund der Heterogenität und Interessendivergenz einer Gesellschaft wie der brasilianischen. Sie entbehren deshalb teilweise eines gewissen Realismus.

Daneben hat sich, ausgehend von den ideologischen und programmatischen Inhalten, für den Fall Brasiliens bestätigt, dass keinesfalls auf eine grundsätzlich systemstabilisierende Wirkung sozialer Bewegungen geschlossen werden kann. Vielmehr sind einige Elemente des realen politischen Systems zentrale Motive des Protestes. Als Beispiel kann hierbei u. a. die von breiten Teilen der Gesellschaft getragene Fundamentalkritik an der Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der aktuellen Regierung angeführt werden, die in der einen oder anderen Form in jeder der untersuchten Bewegungen Nachhalt findet und somit als einigende, bewegungsübergreifende Motivationen verstanden werden müssen.

-

Darüber hinaus sind natürlich auch andere Motive z. B. in Form politischer oder gesellschaftlicher Ziele wie der Schutz der Umwelt, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder das Streben nach Weltfrieden vorstellbar.

Das gesellschaftliche Umfeld als externer Faktor gestaltet sich für alle untersuchten Fälle auf seine Weise schwierig. Dabei ist vor allem auf das autoritäre Erbe, die klientelistischen und oligarchischen Traditionen und die hieraus resultierende Verknüpfung von politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht zu verweisen. So werden sozialen Bewegungen zahlreiche Resistenzen entgegengestellt. Dabei entwickeln vor allem Teile der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Eliten ein hohes und zum Teil aggressives Widerstandspotenzial. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Möglichkeiten sozialer Bewegungen zunächst als sehr beschränkt. Allerdings ist sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene eine zunehmende Vernetzung verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen und Bewegungen zu beobachten, die vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine neue Qualität angenommen hat. Dabei ist insbesondere auf das breite Bündnis des *Projeto Popular* zu verweisen.

Auf dem Feld von Aktions- und Protestformen hat sich gezeigt, dass für die Wirksamkeit sozialen Protests und für das Entstehen einer "neuen demokratischen Kultur" die Massenhaftigkeit des Protests und seine Einbindung in einen größeren Kontext sozialer Mobilisierung eine entscheidende Rolle spielt. So zeigt vor allem das Beispiel des *Projeto Popular*, aber auch der *Lei-9840*-Kampagne, dass die Kontinuität und die Breitenwirksamkeit eines Protests großen Anteil daran haben, in welchem Grad Einfluss auf die institutionalisierten Strukturen, Organe und Entscheidungsfindungen der politischen Sphäre genommen werden kann. Je "massenhafter" die Aktionen sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit der Wahrnehmung auf nationaler und internationaler Ebene zu veranschlagen. Mit wachsender Wahrnehmung wiederum nehmen die Einfluss- und Druckpotenziale einer Bewegung zu, womit es den politischen Institutionen – wie das Beispiel des MST, aber auch die Erfahrungen der indigenen Bewegung im vergangenen Jahr zeigen – tendenziell schwerer fällt, deren Forderungen zu ignorieren. Zudem kann nur ein breiter und basisbezogener Ansatz langfristig zu einer Veränderung der sozialen Beziehungen bzw. zur Herausbildung einer demokratischen Bürgerkultur führen.

Eine Aussage darüber, welche Protestformen, direkt, demonstrativ oder intermediär, besonders prädestiniert erscheinen, um politischen Einfluss zu erzielen, kann hingegen nicht getroffen werden. So hat sowohl die "Strategie der bewussten Konfrontation" der Landlosenbewegung in Form von Landbesetzungen zu Erfolgen geführt, genauso wie auf der anderen Seite das Volksbegehren der *Lei-9840*-Kampagne als intermediäre Aktionsform. Zudem fanden in der Regel demonstrative Aktionen als flankierende Maßnahmen von Besetzungen, Petitionen und bestimmten Forderungen statt, so dass letztlich die Verknüpfung der verschiedenen Aktions- und Protestformen, also die Gesamtheit des Protests, als größter Garant öffentlicher und politischer Wahrnehmung zu gelten hat.

Was die Formen von Öffentlichkeit betrifft, so hat sich die Relevanz der These gezeigt, wonach das Schicksal einer Bewegung entscheidend von deren Vermögen zur Bildung von Öffentlichkeit abhängt. Dabei erweist sich der Zugang zu der institutionalisierten Medienlandschaft des Landes tendenziell als schwierig bzw. blockiert und die Rezeption in den großen Medien als zum Teil sehr kritisch bzw. tendenziös. Insofern fungieren gerade die verschiedenen Formen alternativer Gegenöffentlichkeit als die Säulen des Auftretens sozialer Bewegungen in der Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich um eigene mediale Ausdrucksformen in Form von Zeitungen, Flugblättern und Websites, deren Zugang allerdings für die Teile der Gesellschaft mit geringer Schulbildung und finanzieller Ausstattung beschränkt ist. Die Auftritte in den Präsenzöffentlichkeiten sind deshalb vor diesem Hintergrund als wichtiges komplementäres Element

alternativer Gegenöffentlichkeiten zu begreifen. Je höher sich dabei die Kompetenz zur Schaffung von massenmedialer und alternativer Öffentlichkeit zeigt, desto höher ist auch das Potenzial einer Bewegung zur aktiven und gestaltenden Teilnahme an politischen und gesellschaftlichen Prozessen einzuschätzen.

Hinsichtlich der Realisierung demokratieförderlicher bzw. demokratisierender Potentiale ist in den untersuchten Bewegungen in starker Weise sowohl der Aspekt der staatsbürgerlichen Selbsthilfe und der Solidarisierung mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen, als auch derjenige des sozialen Lernens bzw. der Sozialisierung zum Ausdruck gekommen. So werden diese von Bevölkerungsgruppen getragen, die zahlreiche Diskriminierungen und Vorurteile erfahren oder als gesellschaftliche Randgruppen gelten. Insofern ist eine wesentliche Leistung der Bewegungen darin zu sehen, dass die Trägerschaft dahingehend sensibilisiert und politisiert wird, das eigene Schicksal nicht als partikular und "gottgegeben" hinzunehmen, sondern es als Ausfluss struktureller gesellschaftlicher Probleme zu begreifen, die temporär und somit veränderbar sind. In diesem Sinne ist auch die Verfassung von 1988, in der die Rechte des einzelnen Bürgers, aber auch Kollektivrechte und die diversen Verpflichtungen und Garantien des Staates breiten Raum verankert sind, nicht zu unterschätzen.

Zugleich verschafft das Mitwirken in sozialen Bewegungen Motivationen und Impulse zu Mobilisierungen, und sorgt damit dafür, dass die Beteiligten an das bislang exklusive politische und sozioökonomische System Brasiliens herangeführt werden. Gerade unter der Annahme, dass es sich bei Demokratien um grundsätzlich inklusive Systeme handelt, steuern soziale Bewegungen vor diesem Hintergrund auch zu dessen Demokratisierung bei. Die verschiedenen kollektiven Formen der Mobilisierung führen dabei zu höchst unterschiedlichen Fortschritten und Verbesserungen der konkreten Lebensumstände der Beteiligten. Generell birgt die lokale Ebene diesbezüglich größere Möglichkeiten der sozioökonomischen und politischen Emanzipation im Sinne bürgerschaftlicher Selbsthilfe und politischer Partizipation. Hier lassen sich alternative Verfahren einer Regulierung des Gemeinwesens konkretisieren und werden erfahrbar. Untermauert wird diese Einschätzung z. B. durch die Assentamentos des MST wie durch das Verfahren der partizipativen Haushalte. In diesem zeigt sich auch, dass die Veränderung der Prämissen politischen Handelns auf lokaler Ebene als das Ergebnis der wechselseitigen Durchdringung vielfältiger Formen der lokalen gesellschaftlichen Selbstorganisation zu sehen ist, angefangen bei den kirchlichen Basisgemeinschaften, Nachbarschafts- und Frauengruppen über die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bis hin zur Arbeiterpartei PT und anderen politischen Akteuren, die auf lokaler Ebene an diesem Zusammenspiel partizipieren.

Insofern gibt es zahlreiche Indizien dafür, dass soziale Bewegungen durch ihren lokalen Basischarakter mittel- und langfristig einen Wandel der politischen Kultur erzeugen. Sie fördern die Überwindung von sozialen, kulturellen, ethnischen und sexuellen Vorurteilen und Stigmatisierungen, aber genauso den Bruch mit den nach wie vor existenten autoritären und klientelistischen Strukturen der brasilianischen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft und nicht die politische Sphäre als der Handlungsrahmen, in dem soziale Bewegungen ansetzen, zu begreifen.

Die politischen Institutionen auf nationaler Ebene zeigen sich grundsätzlich weniger empfänglich für Impulse aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre. Dennoch zeigt nicht zuletzt das Beispiel der *Lei-9840*-Kampagne, dass auch diese sich den Einflüssen gesellschaftlicher Mobilisierung und sozialer Bewegung nicht entziehen können. Deshalb fungieren soziale Bewegungen in

Brasilien als intermediäre Akteure zwischen Lebenswelt und Staat, die gesellschaftliche Konflikte aufgreifen, diese in Positionen und Forderungen umwandeln und dadurch der politischen Sphäre zugänglich machen. Damit haben die Bewegungen im Bereich von Interessenartikulation und Interessenaggregation, gerade vor dem Hintergrund, dass diese Funktionen durch die Parteien nur unzureichend ausgefüllt werden, eine wichtige Rolle inne und tragen zur Verknüpfung von gesellschaftlicher und politischer Sphäre und zur Innovation der etablierten Politik bei.

Dem Staat fällt dabei die Rolle des ersten Adressaten des Protests zu. Indem es sozialen Bewegungen sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene vielfach gelingt, Solidaritäten zu erzeugen und kritische Öffentlichkeiten zu bilden, in denen die Defizite des Staates und des politischen Systems bloßgestellt werden, wird auch politischer Druck auf die Institutionen ausgeübt. Gerade die großen Mobilisierungsleistungen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre geben hierfür zahlreiche Beispiele. Sie verdeutlichen zudem, dass sich gegen die zahlreichen Defizite des brasilianischen Systems, gerade im Bereich von Sozial-, Wirtschafts- und Verteilungspolitik, in der Bevölkerung ein breiter und intensiv geführter Protest geformt hat. Dieser Protest sollte nach den Ergebnissen der verschiedenen Analysen weniger als Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes – wie sie ja u. a. dem MST vorgeworfen wurde –, sondern vielmehr als Beginn eines Prozesses staatsbürgerlicher Emanzipation aufgefasst werden. Dass dieser Prozess die Privilegien der bisherigen gesellschaftlichen und politischen Eliten nicht unangetastet lässt, ist als ein deutliches Zeichen dieser Emanzipation und nicht *per se* als revolutionäre Umstürzlerei zu werten.

Der Verlauf und Umfang des Prozesses ist aufgrund der zahlreichen Resistenzen, die ihn behindern und einschränken, und der Unsicherheiten, die ihn umgeben, allerdings nicht absehbar. So ist aufgrund der strukturellen Instabilität zivilgesellschaftlicher Akteure und Strukturen z. B. keineswegs gewährleistet, dass der derzeitige Mobilisierungsgrad dauerhaft konserviert oder gar ausgebaut werden kann. Allerdings weiß auch niemand, wann das Minimum an sozialer Kohäsion, das für jede Gesellschaft überlebensnotwendig ist, aufgrund von wachsender Armut, Gewalt und sozialer Ausgrenzung unterschritten ist. Deshalb scheinen verschiedene Indizien darauf hinzuweisen, dass auch in den politischen Eliten und Institutionen ein langsames Umdenken stattfindet, zumal mit der PT eine Partei existiert, die sehr offen für zivilgesellschaftliche Belange und die Forderungen sozialer Bewegungen ist. Daneben deuten vor allem die Erfahrungen der partizipativen Haushalte und der Verabschiedung des Gesetzes 9840/99 Modifikationen in der politischen Sphäre an. Da erstere wesentlich von Akteuren aus dem Umfeld sozialer Bewegungen getragen wird und letztere von diesen initiiert wurde, verdeutlichen beide Beispiele jedoch auch die Bedeutung, die die "Politik jenseits der vermachteten Strukturen" in Brasilien erreicht hat, und die Potentiale, die entwickelt werden, etablierte Politik nicht nur zu ergänzen und teilweise zu kompensieren, sondern auch zu korrigieren und zu innovieren.

6 Literaturverzeichnis

Monographien, Dissertationen, Aufsätze aus Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften u. a.:

- Almond, Gabriel A./ Powell, G. Bingham (1996): Comparative Politics Today A World View, 6. A., New York
- Almond, Gabriel A./ Verba, Sidney (1963): "The Civic Culture", Princeton
- Alvarez, Sonia E./ Dagnino, Evelina/ Escobar, Arturo (Hrsg.): Cultures of Politics/Politics of Cultures: Re-Visioning Latin American Social Movements, Boulder – Oxford 1998
- Alvarez, Sonia E. (1989): "Politizing Gender and Engendering Democracy", in: Stepan, Alfred (Hrsg.): Democratizing Brazil: Problems of Transition and Consolidation, Oxford, S. 205-249
- Alvarez, Sonia E. (1994): "The (Trans) formation of Feminism(s) and Gender Politics in Democratizing Brazil", in: Jaquette, Jane S. (Hrsg.): The Women's Movement in Latin America: Participation and Democracy, Boulder Oxford, S. 13-63
- August, Sabine (1995): Die Indianer im Spiegel der brasilianischen Geschichte, Frankfurt/Main
- Barsted, Leila de Andrade Linhares (1992): "Legalization and Decriminalization of Abortion in Brazil: Ten Years of Feminist Struggle", in: Revista Estudos Feministas, Nr. 0/92, S. 169-186
- Birle, Peter (2000): "Zivilgesellschaft in Südamerika Mythos und Realität", in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5 Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen, S. 231-271
- Bobemer, Klaus/ Krumwiede, Heinrich W./ Nolte, Detlef/ Sangmeister, Hartmut (Hrsg.) (1998): Lateinamerika Jahrbuch 1998, (darin speziell das Kapitel "Brasilien Chronologie 1997", S. 136-153), Institut für Iberoamerikakunde, Frankfurt/Main
- Boris, Dieter (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg
- Bröckelmann-Simon, Martin (1994): Landlose in Brasilien Entstehungsbedingungen, Dynamik, Demokratisierungspotential der brasilianischen Landlosenbewegung, Mettingen
- Bruschini, Cristina (1994): "Women and Labor in Brazil: The History of an Issue and Prospects for the Future", in: Revista Estudos Feministas, Nr. 1/1994, S. 201-211
- Brysk, Alison (1994): "Acting Globally: Indian Rights and International Politics in Latin America", in: Cott, Donna Lee Van (Hrsg.): Indigenous People and Democracy in Latin America, London, S. 29-51
- Burdick, John (1992): "Rethinking the Study of Social Movements: The Case of Christian Base Communities in Urban Brazil", in: Escobar, Arturo/ Alvarez, Sonia E. (Hrsg.): The Making of Social Movements in Latin America: Identity, Strategy, and Democracy, Boulder Oxford, S. 171-184
- Buro, Andreas (2000): "Das Jahrhundert der sozialen Bewegungen Entstehungsgründe, Motivationen, Grenzen und Wirkungen", in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 1, März 2000
- Caldeira, Teresa Pires de Rio (1990): "Women, Daily Life and politics", in: Jelin, Elizabeth (Hrsg.): Women and Social Change in Latin America, London New Jersey Genf, S. 47-78
- Carreras, Sandra (1998): "15 Jahre im Labyrinth: Wegmarken und Aporien der Debatte über die Demokratie in Lateinamerika", in: Lateinamerika-Jahrbuch 1998, hrsg. von Bodemer, Klaus/ Krumwiede, Heinrich W./ Nolte, Detlef/ Sangmeister, Hartmut, Bd. 7, Frankfurt/Main, S. 35-53
- Chalmers, Douglas A./ Vilas, Carlos M./ Hite, Katherine/ Martin, Scott B./ Piester, Kerianne/ Segarra, Monique (Hrsg.): The New Politics of Inequality in Latin America Rethinking Participation and Representation, Oxford 1997
- Cohen, Jean L./ Arato, Andrew (1992): Civil Society and Political Theory, Cambridge
- Costa, Sérgio (1997): Dimensionen der Demokratisierung Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und lokale Partizipation in Brasilien, Frankfurt/Main
- Cott, Donna Lee Van (Hrsg.): Indigenous People and Democracy in Latin America, London 1994
- Cott, Donna Lee Van (1994): "Indigenous People and Democracy: Issues for Policymakers", in: dies. (Hrsg.): Indigenous People and Democracy in Latin America, London, S. 1-27
- Croissant, Aurel/ Lauth, Hans-Joachim / Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5 Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen, S. 9-49
- Delgado, Maria Berenice Godinho/ Soares, Vera (1995): "Die Frauenbewegung im demokratischen Übergang in Brasilien", in: Hellmann, Michaela(Hrsg.): Ohne uns keine Demokratie (Sem gente não tem jeito) Soziale Bewegungen und die Auseinandersetzung um die Demokratie in Brasilien, Unkel/Rhein Bad Honnef, S. 61-89
- Escobar, Arturo/ Alvarez, Sonia E. (Hrsg.): The Making of Social Movements in Latin America: Identity, Strategy, and Democracy, Boulder Oxford 1992

- Faltheuer, Thomas (1997): "Die Wiederkehr des Verdrängten Agrarreform und soziale Bewegungen in Brasilien", in: Lateinamerika Analysen und Berichte, Bd. 17, mit dem Titel "Land und Freiheit", Bad Honnef, S. 66-80
- FIAN (Hrsg.) (1998): Brot, Land und Freiheit Globale Kampagne für die Agrarreform in Brasilien, Herne
- Foweraker, Joe (1995): Theorizing Social Movements, London
- Foweraker, Joe/ Landman, Todd (1997): Citizenship Rights and Social Movements A Comparative and Statistical Analysis,
 Oxford
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/94, Köln, S. 77-105
- Gillian, Angela (1998): "The Brazilian mulata: images in the global economy", in: Race & Class, Bd. 40, Juli-Sept. 98, Nr. 1, S. 59-69
- Gleich, Utta von (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?, Frankfurt/Main 1997
- Gonzalez, José Luis/ Rodríguez, Alexánder Mansutti (1996): "Die Koordination der indianischen Organisationen des Amazonasbeckens (COICA) und die Umwelt", in: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte indigener Völker Prävention der Auswirkungen des Ressourcenabbaus, hrsg. von der Gesamthochschule Kassel/ ELNI, Kassel, S. 19-24
- Grefa U., Valerio (1997): "Indigene Entwicklung und Nachhaltigkeit", in: Gleich, Utta von (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?, Frankfurt/Main, S. 34-45
- Guerrero, Diego A. Iturralde (1997): "Indigene Forderungen und gesetzliche Rahmenbedingungen: Herausforderungen und Widersprüche", in: Gleich, Utta von (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika – Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?, Frankfurt/Main, S. 74-101
- Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/Main
- Habermas, Jürgen (1997): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskussionstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, (darin: Kapitel VIII. Zur Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit, S. 399-467), 5. A., Frankfurt/Main
- Habermas, Jürgen (1976): "Legitimationsprobleme im modernen Staat", in: Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme, Tagung der Dt. Vereinigung für Politische Wissenschaft in Duisburg im Herbst 1975, Braunschweig, S. 39-61
- Hammond, John L. (1999): "Law and Disorder: The Brazilian Landless Farmworkers' Movement", in: Bulletin of Latin American Research, Bd. 18, Nr. 4, Oktober 99, S. 469-489
- Hellmann, Michaela (Hrsg.): Ohne uns keine Demokratie (Sem gente não tem jeito) Soziale Bewegungen und die Auseinandersetzung um die Demokratie in Brasilien, Unkel/Rhein Bad Honnef 1995
- Hellmann, Michaela (1995): "Einleitung. Demokratisierung und die sozialen Bewegungen in Brasilien", in: Hellmann, Michaela(Hrsg.): Ohne uns keine Demokratie (*Sem gente não tem jeito*) Soziale Bewegungen und die Auseinandersetzung um die Demokratie in Brasilien, Unkel/Rhein Bad Honnef, S. 7-25
- Holston, James / Caldeira, Teresa P. R. (1989): "Democracy, Law, and Violence: Disjunctions of Brazilian Citizenship", in: Agüero, Felipe / Stark, Jeffrey (Hrsg.): Fault Lines of Democracy in post-transition Latin America, Miami, S. 263-296
- Jelin, Elizabeth (Hrsg.): Women and Social Change in Latin America, London New Jersey Genf 1990
- Jelin, Elizabeth (1990): "Introduction" zu: dies. (Hrsg.): Women and Social Change in Latin America, London New Jersey Genf, S. 1-11
- Kinzo, Maria D´Alva Gil (1993): Radiografia do Quadro Partidário Brasileiro, Fundação Konrad-Adenauer-Stiftung/ Centro de Estudos, Pesquisas N°1, São Paulo
- Klein, Ansgar/ Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997
- Marques, Maria Dirlene T. (1992): "Feministinnen in der PT" (Interview mit Gabi Küppers), in: Küppers, Gabi (Hrsg.): Feministamente, Wuppertal, S. 119-124
- McCallum, Cecilia (1999): "Restraining Women: Gender, Sexuality and Modernity in Salvador da Bahia", in: Bulletin of Latin American Research, Bd. 18, Nr. 3, Juli 99, S. 275-293
- Melo, Hildete Pereira de (o. J.): "Feministas y empleadas domésticas en Rio de Janeiro", in: Chaney, Elas M./ Castro, Mary Garcia (Hrsg.): Muchacha, cachifa, criada, empleada, empregadinha, sirvienta y... más nada Trabajadoras del hogar en América Latina y el Caribe, ohne Jahresangabe, S. 215-234
- Mendonça, Maria Luisa (1999): "O MST na midia", im Internet veröffentlicht unter www.mst.org.br/bibliotec/textos/realbrasil/mstnamidia.htm, eingesehen am 16.10.2000

- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5 Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000
- Merkel, Wolfgang/ Lauth, Hans-Joachim (1998): Systemwechsel und Zivilgesellschaft: welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/98, 30. Januar 98, S. 3-12
- Middleton, Natasha (1994): Women, Organization and the Church in Brazil, Institute of Latin American Studies ILAS, London
- Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.) (1988): Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien, Kassel
- Neidhardt, Friedhelm (1994): "Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen", in: ders. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/94, Köln, S. 7-41
- Noé, Alberto (1989): "Movimientos Sociales en Brasil, 1970-1982", in: Camacho, Daniel/Menjívar, Rafael (Hrsg.): Los Movimientos Populares en América Latina, Mexiko-Stadt, S. 382-408
- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2000): Lexikon Dritte Welt Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg
- O'Donnell, Guillermo (1992): "Transitions, Continuities, and Paradoxes", in: Mainwaring, Scott/ O'Donnell, Guillermo/ Valenzuela, Julio Samuel: Issues in democratic consolidation: the new South American democracies in Comparative Perspective, Notre Dame/Indiana, S. 17-56
- Paoli, Maria Célia/Telles, Vera da Silva (1998): "Social Rights: Conflicts and Negotiations in Contemporary Brazil", in: Alvarez, Sonia E./ Dagnino, Evelina/ Escobar, Arturo (Hrsg.): Cultures of Politics/Politics of Cultures: Re-Visioning Latin American Social Movements, Boulder - Oxford, S. 64-92
- Paoli, Maria Célia (1995): "Soziale Bewegungen in Brasilien: Auf der Suche nach der politischen Identität", in: Hellmann, Michaela (Hrsg.): Ohne uns keine Demokratie (Sem gente não tem jeito) Soziale Bewegungen und die Auseinandersetzung um die Demokratie in Brasilien, Unkel/Rhein Bad Honnef, S. 26-60
- Pinheiro, Paulo Sérgio (1997): "Popular Responses to State-Sponsored Violence in Brazil", in: Chalmers, Douglas A./ Vilas, Carlos M./ Hite, Katherine/ Martin, Scott B./ Piester, Kerianne/ Segarra, Monique (Hrsg.): The New Politics of Inequality in Latin America Rethinking Participation and Representation, Oxford, S. 261-280
- Pinto, Céli Regina Jardim (1994): "Housewives, Mothers, Feminists, Fighters: women in the 1994 Brazilian elections", in: Revista Estudos Feministas, Nr. 2/94, S. 507-517
- Price, Jessica (1992): Indian Identity: Indians under the State in Brazil, Institute of Latin American Studies ILAS, London
- Prien, Hans-Jürgen (1997): "Kirchen und Lebensrechte indigener Völker: Fallbeispiel Brasilien", in: Gleich, Utta von (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?, Frankfurt/Main, S. 158-175
- Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt/Main
- Roberts, Kenneth M. (1997): "Beyond Romanticism: Social Movements and the Study of Political Change in Latin America", in: Latin American Research Review, Vol. 32, Nr. 2, hrsg. von Gilbert W. Merkx, University of New Mexico, S. 137-151
- Rodas, Nidia Arrobo/ Steffens, Elisabeth: "Abia Yala zwischen Befreiung und Fremdherrschaft. Der Kampf um Autonomie der indianischen Völker Lateinamerikas, Aachen Mainz
- Rott, Renate (1994): "Zur Stellung der Frauen: Eine fesselnde Tradition?", in: Junker, Detlef/ Nohlen, Dieter/ Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts, München, S. 149-169
- Rucht, Dieter (1997): "Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft", in: Klein, Ansgar/ Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland: Möglichkeiten und Grenzen, Bonn, S. 382-403
- Schröder, Peter (1993): *União e Organização* Zur Entstehung modernen indigenen Widerstands in Brasilien. Eine vergleichende Untersuchung anhand von Fallbeispielen, Bonn
- Skidmore, Thomas E. (1998): *Uma História do Brasil* (Übers. des US-amerikanischen Originals *A History of Brazil*), 2. A., São Paulo
- Singer, Paulo (1997): "Social Exclusion in Brazil", Studie der ILO, im Internet veröffentlicht unter www.ilo.org/public/english/bureau/inst/papers/1997/dp94/index, eingesehen am 20.09.2000
- Souza Filho, Carlos Frederico Marés de (2000): "Selbstbestimmung der Völker und Vielfalt der Rechtssysteme", in: Rodas, Nidia Arrobo/ Steffens, Elisabeth: "Abia Yala zwischen Befreiung und Fremdherrschaft. Der Kampf um Autonomie der indianischen Völker Lateinamerikas, Aachen Mainz, S. 23-40

- Souza Jr., Carlos Frederico Marés de (1994): "On Brazil and Its Indians", in: Cott, Donna Lee Van (Hrsg.): Indigenous People and Democracy in Latin America, London, S. 213-233
- Stavenhagen, Rodolfo (1997): "Indigene Völker: Neue Akteure in Lateinamerika", in: Gleich, Utta von (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential?, Frankfurt/Main, S. 15-33
- Stédile, João Pedro/Fernandes, Bernardo Mançano (1999): Brava Gente A trajetória do MST e a luta pela terra no Brasil, São Paulo
- Teles, Maria Amélia (1994): brasil mulher Kurze Geschichte des Feminismus in Brasilien, Hamburg Berlin (dt. Übersetzung des brasilianischen Originals: Breve História do Feminismo no Brasil, São Paulo 1993)
- Teles, Maria Amélia (1992): "Neues Bewusstsein nach dem kontinentalen Feministinnentreffen" (Interview mit Gabi Küppers), in: Küppers, Gabi: Feministamente Frauenbewegung in Lateinamerika, Wuppertal, S. 109-117
- Thiery, Peter (1992): "Zivilgesellschaft ein liberales Konzept?", in: Lauth, Hans-Joachim/ Mols, Manfred/ Weidenfeld, Werner: zur Relevanz theoretischer Diskurse: Überlegungen zu Zivilgesellschaft, Toleranz, Grundbedürfnissen, Normanwendung und sozialen Gerechtigkeitsutopien, Mainz, S. 69-87
- Tocqueville, Alexis de (1984): Über die Demokratie in Amerika, 1. und 2. Teil von 1835 bzw. 1840, 2. A., München Stuttgart
- Urani, André (1998): "Caraterísticas da Economia Informal e o Mercado de Trabalho", in: IBASE (Hrsg.): Economia Informal: Legalidade, Trabalho e Cidadania, Brasília, S. 23-35
- Veser, Ernst (1993): Die Reorganisation des Parteiensystems in Brasilien von 1979, Europäische Hochschulschriften, Frankfurt/Main
- Vilas, Carlos M. (1997): "Participation, Inequality, and the Whereabouts of Democracy", in: Chalmers, Douglas A./ Vilas, Carlos M./ Hite, Katherine/ Martin, Scott B./ Piester, Kerianne/ Segarra, Monique (Hrsg.): The New Politics of Inequality in Latin America Rethinking Participation and Representation, Oxford, S. 3-42
- Waack, William (1995): "Eine neue politische Kultur in Brasilien?", in: Sevilla, Rafael/ Ribeiro, Darcy (Hrsg.): Brasilien Land der Zukunft?, Länderseminar des Instituts für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländer in Tübingen, Unkel/Rhein Bad Honnef, S. 117-126

Dokumente

- Amnesty International (1994): Brasilien Jenseits der Verzweiflung. Menschenrechte in Brasilien heute, Köln "Brazil Constitution", im Internet verfügbar unter www.uni-bayreuth.de/ students/jurweb/geo/jurweb-br.html, eingesehen am 20.09.2000
- "Documento Final da Conferência dos Povos e Organizações Indígenas do Brasil" ("Abschlussdokument der Konferenz Indigener Völker und Organisationen"), im Internet verfügbar unter www.cimi.org.br, eingesehen am 31.10.2000
- IBGE: verschiedene Statistiken zu Arbeit, Bildung und Entlohnung aus dem Jahr 1999, im Internet veröffentlicht unter www.ibge.gov.br/estatistica/populacao/ trabalhoerendimento/pnad99/sintese/ tabela.shtm, eingesehen am 19.12.2000
- MST: "Carta ao Presidente" ("Brief an den Präsidenten"), www.mst.org.br/informa/info32.htm, eingesehen am 20.7.2000
- MST: "4° Congresso Nacional do MST Linhas políticas reafirmadas no IV Congresso Nacional do MST"("Die politischen Leitlinien des MST, die auf dem IV. Nationalen Kongress beschlossen wurden"), im Internet veröffentlicht unter www.mst.org.br/historico/congresso/congresso19.html, eingesehen am 11.10.2000
- "Manifesto Brasil: 500 Anos de Resistência Indígena, Negra e Popular" ("Manifest Brasilien: 500 Jahre indigenen, schwarzen und Volkswiderstandes"), im Internet veröffentlicht unter www.cimi.org.br, eingesehen am 31.10.2000
- Ministério do Trabalho e Emprego Brasileiro (Bras. Arbeitsministerium): "Mercado de Trabalho" ("Arbeitsmarkt"), im Internet verfügbar unter www.mte.gov.br/se/mercado/merc02.htm, eingesehen am 03.10.2000

Artikel und Berichte aus Fachzeitschriften, Zeitschriften und Zeitungen:

Die Großzahl der Artikel und Berichte entstammt entweder Zeitschriften mit entwicklungspolitischem (iz3w, ASW), lateinamerikanischem (ila, Lateinamerika Nachrichten, Bulletin of Latin American Research* – bezogen über das Internet) oder brasilianischem (Brasilien Dialog, Latin American Brazil Report) Schwerpunkt aus dem deutsch- und englischsprachigen Raum. Daneben wurde mit der Zeitschrift Porantim, herausgegeben vom brasilianischen Indigenen Missionsrat der katholischen Kirche CIMI, eine wichtige Quelle für Informationen über die Indigene Bewegung durchforstet. Die portugiesisch- und englischsprachig erscheinende brasilianische Halbjahreszeitschrift Estudos Feministas sowie die spanischsprachige "lateinamerikanische Monatszeitschrift" MUJER/FEMPRESS (bezogen über das Internet) erlaubten hingegen wertvolle Einblicke in den aktuellen Stand der Frauenbewegung in Brasilien. Für aktuelle Informationen wurden darüber hinaus Artikel aus mehreren deutschen und brasilianischen überregionalen Zeitungen und Zeitschriften für die Arbeit ausgewertet. Aufgrund von Mehrfachzitierungen und der thematischen Relevanz und Bedeutung einzelner Artikel werden diese im folgenden explizit aufgeführt. Es handelt sich dabei um:

Bartelt, Dawid Danilo (2000): "500 Jahre Brasilien – Welche Erzählung", Artikel im Sonderheft der Lateinamerika Nachrichten in Zusammenarbeit mit der Kooperation Brasilien KoBra "500 Jahre Brasilien – Auf den Blickwinkel kommt es an", Nr. 311, Mai 2000, S. 4-10

CIMI (1996): "Indianische Völker – Ein Situationsbericht", Artikel in der Zeitschrift Brasilien Dialog des Instituts für Brasilienkunde, Nr. 3/4/96, S. 55-64

CNBB (2000): "Lage der Indianischen Völker", in: Brasilien Dialog, Nr. 3/4/99-2/00, S. 77-95

Dilger, Gerhard (2000a): "Fünf Millionen sagen nein! – Die Volksbefragung gegen Verschuldung in Brasilien", in: ila, Nr. 239, Oktober 2000, S. 35f.

Dilger, Gerhard (2000b): "Rote Krone sticht!", Artikel im Sonderheft der Lateinamerika Nachrichten in Zusammenarbeit mit der Kooperation Brasilien KoBra "500 Jahre Brasilien – Auf den Blickwinkel kommt es an", Nr. 311, Mai 2000, S. 12-16

Hees, Wolfgang (2000a): "Mit Papp-Urnen gegen Verschuldung – In Brasilien schließen sich die Basisbewegungen zusammen", in: iz3w – Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 247, August 2000, Freiburg, S. 16f.

Hees, Wolfgang (2000b): "Plebiszit über die Auslandsverschuldung", Artikel im Sonderheft der Lateinamerika Nachrichten in Zusammenarbeit mit der Kooperation Brasilien KoBra "500 Jahre Brasilien – Auf den Blickwinkel kommt es an", Nr. 311, Mai 2000, S. 26f.

Karnofsky, Eva (2000): "Cardoso setzt Soldaten gegen Landlose ein", Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 14.9.2000, S. 10

Kleiber, Tina (2000): "'Dies ist eine Gesellschaft voller Grenzen' – Interview mit der APOINME-Vertreterin Maninha Xukuru-Kariri", Artikel im Sonderheft der Lateinamerika Nachrichten in Zusammenarbeit mit der Kooperation Brasilien KoBra "500 Jahre Brasilien – Auf den Blickwinkel kommt es an", Nr. 311, Mai 2000, S. 20-22

Lima, Maurício (1999): "Marchando para trás", Artikel in der Zeitschrift Veja, Nr. 42, vom 20.10.99, S. 51

Melchers, Ingo (1998): "Reform oder Revolution – Agrarreform und Modernisierung in Brasilien", in: ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika), Nr. 215, Mai 1998, S. 11f.,14

Pitanguy, Jaqueline (1999): "Caminamos y tropezamos... pero caminamos", Artikel im Sonderheft Feminismos Fin de siglo der lateinamerikanischen Frauenzeitschrift FEMPRESS 1999, im Internet veröffentlicht unter www.fempress.cl (durchklicken über "números especiales"), eingesehen am 15.11.2000

Rehaag, Regine (2000): "OP - Die Gaúchos bestimmen selbst – Wie die BürgerInnen von Porto Alegre über die Verwendung öffentlicher Gelder entscheiden", ILA, Nr. 239, Oktober 2000, S. 24-29

Secco, Alexandre (2000): "Teatro Agrário", Artikel in der Zeitschrift Veja vom 12.07.2000, S. 42f.

^{*} Da es sich im Kern um eine politische bzw. soziologische Zeitschrift handelt, werden die mehrseitigen und wissenschaftlich fundierten Artikel aus ihrem Inhalt im ersten Teil (Monographien, Sammelbände, Aufsätze aus wissenschaftlichen Zeitschriften, etc.) aufgeführt.

- Sousa, Teresa Cristina Nascimento (2000): "Feministas retomando el rumbo de la Historia Se realiza el XIII Encuentro Feminista Nacional de Brasil", Artikel in der Zeitschrift MUJER/FEMPRESS, Juni 2000, im Internet veröffentlicht unter www.fempress.cl/223/temas2.html, eingesehen am 15.11.2000
- Vasco, Kátia (1999): "Marcha Popular Construindo um novo país", Artikel in der Zeitschrift Porantim, Nr. 220, November 1999, S. 6
- Whitaker, Chico (2000): "Schach dem Stimmenkauf Mit Aufklebern und Websites gegen die Wahlkorruption in Brasilien", in: Le Monde diplomatique, Beilage der taz vom 15.9.2000, S. 22
- Zuchold, Michael/ Stiel, Björn (2000): "Rebellen mit Grund und ohne Boden", Artikel in der *Jungle World* vom 14.6.2000, S. 20

Eingesehene Websites und Links im Internet

Amnesty International: Jahresberichte zu Brasilien, im Internet abrufbar unter: www.amnesty.de/berichte/index.html, eingesehen im November 2000

CEPIA, www.cepia.org.br, verschiedene Artikel, Statistiken und Seiten, eingesehen im Oktober 2000

CFEMEA, www.cfemea.org.br, verschiedene Artikel, Statistiken und Seiten, eingesehen im Oktober 2000

CFEMEA: "Mulheres em Marcha", www.cfemea.org.br, eingesehen am 15.11.2000

CIMI – Conselho Indigenista Missionário, www.cimi.org.br, verschiedene Artikel und Seiten, eingesehen im Oktober 2000

CIMI: "Movimento Indígena", www.cimi.org.br/movimento.htm, eingesehen am 20.10.2000

FIAN: "Brot, Land und Freiheit – Globale Kampagne für die Agrarreform in Brasilien", www.fian.de/frames.htm, eingesehen am 17.10.2000

FUNAI, www.funai.org.br, verschiedene Artikel, Statistiken und Seiten, eingesehen im Oktober 2000

"Lei 9840 – Voto não tem preço, mas consequências", www.lei9840.org.br, verschiedene Artikel und Seiten, eingesehen im Oktober 2000

MST - Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, www.mst.org.br, verschiedene Artikel und Seiten, eingesehen im Oktober 2000

"Movimento Feminista atual", puccamp.aleph.com.br/movimentofeminista/atual.htm, eingesehen am 12.11.2000

Projeto Brasil Outros 500, www.brasil-outros500.org.br, verschiedene Artikel und Seiten, eingesehen im Oktober 2000